

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Akzeptanz und Unsicherheit in  
europäischen Sozialstaaten“

verfasst von / submitted by

Mag.<sup>a</sup> Petra Permesser

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt / UA 066 905

degree programme code as it ap-  
pears on the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Masterstudium Soziologie

degree programme as it appears  
on the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Reinprecht



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>11</b>
1.1	Soziologische Relevanz . . . . .	12
1.2	Forschungsleitende Fragen und Hypothesen . . . . .	14
1.3	Aufbau der Arbeit . . . . .	15
<b>2</b>	<b>Gesellschaftsmodelle nach Robert Castel</b>	<b>17</b>
2.1	Zonen-Modell . . . . .	18
2.1.1	Zone der Integration . . . . .	20
2.1.2	Zone der Entkoppelung . . . . .	21
2.1.3	Zone der Fürsorge . . . . .	22
2.1.4	Zone der Unsicherheit . . . . .	22
2.2	Zukunft des Individuums . . . . .	23
2.2.1	Trend zur Entkollektivierung . . . . .	23
2.2.2	Drei Typen von Individuen . . . . .	25
2.3	Robert Castel und der Sozialstaat . . . . .	27
<b>3</b>	<b><i>Sensitizing Concepts zum Sozialstaat</i></b>	<b>31</b>
3.1	Typologie von Sozialstaat-Regimen nach Esping-Andersen . . . . .	32
3.1.1	Liberaler Typus des Sozialstaat-Regimes . . . . .	34
3.1.2	Konservativer Typus des Sozialstaat-Regimes . . . . .	34
3.1.3	Sozialdemokratischer Typus des Sozialstaat-Regimes . . . . .	35
3.2	Weiterentwicklung und Kritik an Esping-Andersen . . . . .	36

## INHALTSVERZEICHNIS

---

3.3	Die Typologie in der vorliegenden Masterarbeit . . . . .	38
<b>4</b>	<b>Ausgewählte Ergebnisse der Sozialstaatsforschung</b>	<b>41</b>
4.1	Vergleichende Sozialstaatsforschung . . . . .	42
4.2	Einstellungsforschung zu Sozialstaaten . . . . .	49
4.2.1	Einstellungsforschung – methodisch betrachtet . . . . .	51
4.2.2	Einstellungsforschung – geografisch betrachtet . . . . .	54
4.2.3	Einstellungsforschung – inhaltlich betrachtet . . . . .	54
<b>5</b>	<b>Methodischer Zugang</b>	<b>61</b>
5.1	Datenbasis: <i>European Social Survey</i> . . . . .	61
5.2	Methode: Multi-Level-Modelling . . . . .	63
5.3	Abhängige Variable: Aufgaben des Sozialstaates . . . . .	66
5.4	Hypothesen auf individuellem Niveau . . . . .	73
5.5	Kontextindikatoren . . . . .	81
5.5.1	Methodische Überlegungen zu den Kontextindikatoren . . . . .	81
5.5.2	Hypothesen auf nationaler Ebene . . . . .	82
5.6	Verwendete Software für die Berechnungen . . . . .	85
<b>6</b>	<b>Auswertung und Interpretation der Mehrebenenanalyse</b>	<b>87</b>
6.1	Modellspezifikation . . . . .	87
6.1.1	Variablen im Modell . . . . .	87
6.1.2	Maßzahlen . . . . .	89
6.1.3	Gewichtung . . . . .	90
6.2	Modellberechnungen . . . . .	92
6.2.1	Schrittweiser Modellaufbau . . . . .	92
6.2.2	Statistische Probleme in der Berechnung . . . . .	94
6.3	Hypothesenprüfung . . . . .	95
6.3.1	Einflüsse des sozialen Umfelds . . . . .	95
6.3.2	Einflüsse des Erwerbsarbeitsumfelds . . . . .	97
6.3.3	Einflüsse der politischen Einstellung . . . . .	98
6.3.4	Einflüsse der Länderzugehörigkeit . . . . .	100
6.4	Reflexion der Modellspezifikationen . . . . .	105
6.4.1	Modellverbesserung durch andere Variablen? . . . . .	105
6.4.2	Modellverbesserung durch Regionaldaten? . . . . .	107

<b>7 Conclusio</b>	<b>109</b>
<b>Literatur</b>	<b>115</b>
<b>Abstracts</b>	<b>127</b>
<b>Anhang: Zentraler R-Code</b>	<b>129</b>



## TABELLENVERZEICHNIS

1	Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen <i>aufgaben</i> (gewichtet) . . .	71
2	Deskriptive Statistik der unabhängigen Variablen zum Treffen mit Arbeitskolleg*innen und Freund*innen (gewichtet) . . . . .	74
3	Deskriptive Statistik der dichotomisierten Variablen <i>wenige Sozialkontakte</i> nach Land (gewichtet) . . . . .	75
4	Deskriptive Statistik der unabhängigen Variablen zur Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden (gewichtet) . . . . .	76
5	Deskriptive Statistik der dichotomisierten Variablen zur Wahrscheinlichkeit eigener Erwerbsarbeitslosigkeit nach Land (gewichtet) . . . . .	77





## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1	High Density Scatterplot zwischen den Variablen <i>Lebensqualität für Ältere</i> und <i>Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose</i> . . . . .	69
2	High Density Scatterplot zwischen den Variablen <i>Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose</i> und <i>ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten</i> . . . . .	69
3	High Density Scatterplot zwischen den Variablen <i>Lebensqualität für Ältere</i> und <i>ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten</i> . . . . .	69
4	Abhängige Variable <i>Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates</i> im Ländervergleich (gewichtet) . . . . .	72
5	Links-Rechts-Skala im Ländervergleich (gewichtet) . . . . .	78
6	Histogramm der Gewichtungvariablen <i>totalweight</i> . . . . .	92
7	Modellberechnungen der Mehrebenenanalyse mit individuellen und Kontextindikatoren . . . . .	93
8	Random Effects nach Ländern im Modell 5 . . . . .	101
9	Regionales Modell 10 im Vergleich mit Modell 5 . . . . .	108



# KAPITEL 1

## EINLEITUNG

Manche haben den Blues  
Und lieben die Einsamkeit  
Manche haben ein zweites Mobiltelefon  
Alle sind Spiegel der Zeit [...]

Manche kaufen Immobilien  
Und reden von Sozialneid  
Anderen wird das Wohngeld gekürzt  
Die kriegen den Räumungsbescheid (Dota)

Im Herbst 2017 wurde im Zuge der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ für eine neue Bundesregierung über die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer für österreichische Arbeitnehmer\*innen diskutiert. Sie stellt gemeinsam mit der Pflichtmitgliedschaft für Unternehmen in der Wirtschaftskammer eine wesentliche Säule des österreichischen Sozialstaatssystems dar. Eine Abschaffung erschien mir gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der Sozialpartnerschaft und des gesamten österreichischen Sozialstaats (Flecker und Hermann 2005; Stern und Hofmann 2018). Erst durch eine Recherche zur rechtlichen Situation in anderen europäischen Ländern wurde mir klar, dass die Sozialpartnerschaft keine unbedingte Voraussetzung für das Funktionieren eines Sozialstaats darstellt. So wurde jene Idee der Regierungsverhandler\*innen zum Ausgangspunkt meiner Masterarbeit.

In den letzten Jahrzehnten fand ein Wandel des Sozialstaatssystems europaweit statt. Das machte auch der ÖGB als Teil des österreichischen Sozialpartnerschaftssystems deutlich, als er 2018 nach der Rede des damaligen Finanzministers Hartwig Löger vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich warnte (ÖGB 2018). Im deutschsprachigen Raum wird dieser Wandel besonders deutlich an Hartz IV. Damit wurde der Bezug sozialstaatlicher Transferleistungen für Erwerbsarbeitslose deutlich gekürzt (Butterwegge 2015a). Gleichzeitig wird jener Sozialneid, den Dota in *Spiegel der Zeit* besingt, medial und im politischen Diskurs mit abwertenden Schlagworten wie „Sozialschmarotzer\*innen“ und „sozialer Hängematte“ thematisiert, ohne sich mit der Situation der anderen ernsthaft auseinanderzusetzen (Wiesböck 2018). Es stellt sich daher die Frage, ob jener mediale und politische Diskurs auch in der Bevölkerung zu finden ist. Also wie beurteilen Bürger\*innen sozialstaatliche Leistungen? Und lassen sich dabei Länderunterschiede feststellen? Diese Fragen versucht die vorliegende Arbeit zu beantworten.

### 1.1 Soziologische Relevanz

Betrachtet man den Text zu *Spiegel der Zeit* aus einem soziologischen Blickwinkel, wird ein für die vorliegende Arbeit zentrales Phänomen deutlich. Der Arbeitsmarkt unterlag in den letzten Jahrzehnten einem Wandel, der sich durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik und *Workfare* bei sozialstaatlichen Leistungen zeigt (Atzmüller 2014; Paz-Fuchs und Eleveld 2016; Vis 2007). Gleichzeitig kommt es für jene, die kein klassisches Erwerbsarbeitsverhältnis vorweisen können, zu fehlender sozialer Absicherung, wenn sich etwa die Frage stellt, ob z.B. Crowd-Worker\*innen überhaupt sozialversichert sind (Krammer 2018). Für digital arbeitende Personen hat Huws (2015) hierbei den Begriff des *Cybertariats* geprägt, der wiederum auf dem soziologischen Begriff des Prekariats beruht, der seit mehreren Jahren intensiv diskutiert und untersucht wird. Auch Robert Castel befasste sich bereits in den 1990er Jahren mit der Veränderung der Arbeitswelt und der damit einhergehenden Prekarisierung der Bevölkerung (Castel 2008 [2000]; 2005; 2011; 2016). Dabei geht er von der Grundannahme aus, dass Individuen abhängig vom jeweiligen Staat und den gesellschaftlichen Voraussetzungen sind und dies in einer Soziologie des Individuums berücksichtigt werden muss (Castel 2011, S. 362). Auch in der Einleitung von *Die Metamorphosen der sozialen Frage* stellt er Mitte der 1990er die Frage nach dem Staat:

Wo liegt die Toleranzschwelle einer demokratischen Gesellschaft für das, was ich lieber gesellschaftliche Entwertung als Ausgrenzung nennen möchte? Genau darin besteht nach meinem Dafürhalten die neue soziale Frage. [...] Die derart gestellte Frage ist auch eine Frage nach dem Staat, nach der Rolle, welche der Staat unter diesen Umständen überhaupt spielen soll. (Castel 2008 [2000], S. 20)

Castel stellt also nicht die einzelnen Individuen und ihre (vermeintlich fehlende) Leistungsfähigkeit ins Zentrum der sozialen Frage, wie es heute oft im neoliberalen Diskurs erfolgt.<sup>1</sup> Wenn nun also der Sozialstaat eine Basis der sozialen Frage ist, gilt es dieser Überlegung zu folgen und die Akzeptanz der sozialstaatlichen Institutionen durch die Bevölkerung zu untersuchen.

Wer einen Blick auf die Medienberichte der letzten Monate wirft, merkt, dass der zwanzig Jahre alte, französische Text von Robert Castel auch heute auf die Gesellschaft angewendet werden kann. Während von der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung die AUVA reformiert wurde, die Arbeitnehmer\*innen bei Unfällen finanziell unterstützt, und verschärfte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen diskutiert wurden, dachte die deutsche Bundesregierung über eine Entschärfung des Hartz-IV-Modells nach. Diese Beispiele zeigen einen für die Masterarbeit relevanten Aspekt: Sie hängen eng mit Robert Castels Theorie der Entkoppelung von Individuen aus der Gesellschaft zusammen, in der er davon spricht, dass Individuen in die Gesellschaft durch eine familiäre Anbindung und durch ihre Erwerbsarbeit eingebunden und abgesichert sind. Eine Schwächung des sozialstaatlichen Gefüges, so Castel in seiner Theorie, führe zu vermehrter Unsicherheit bei den Individuen in einer Gesellschaft und zu einer stärkeren Gefahr der Entkoppelung (Castel 2008 [2000]; 2011; 2016). Alltagstheoretische Überlegungen könnten nun dazu führen, anzunehmen, dass Castels Theorie für alle Bürger\*innen spürbar ist und sie der Gefahr steigender Unsicherheit und Entkoppelung entgegenwirken wollen, indem sie zum Beispiel für eine Stärkung des Sozialstaates eintreten. Doch ist dies wirklich der Fall? Dieser Frage geht die vorliegende Masterarbeit nach.

---

<sup>1</sup> Es fällt auf, dass der Begriff des *Neoliberalismus* in der Soziologie oft synonym mit dem Begriff des globalen Finanzmarktkapitalismus genutzt wird und damit ein Rückbau eines sozialen Gefüges verstanden wird. Entsprechend wird dieser Begriff auch in der vorliegenden Arbeit verstanden (Aulenbacher 2007; Butterwegge 2013; Flecker 2018; Koza 2018; Lessenich 2008; van Dyk 2018).

## 1.2 Forschungsleitende Fragen und Hypothesen

Ausgehend von theoretischen Überlegungen zur Akzeptanz sozialstaatlicher Leistungen (Dallinger 2008; Ullrich 2008) und der empfundenen Unsicherheit (Castel 2008 [2000]; 2005; 2011; 2016) rückt die vorliegende Arbeit Sozialstaaten in Europa in den Fokus. Aufbauend auf Esping-Andersens Regime-Typologie (Esping-Andersen 1990; 1999), die in der vorliegenden Arbeit als *Sensitizing Concepts* (Blumer 1954) zur Unterscheidung unterschiedlicher sozialstaatlicher Konzeptionen zum Einsatz kommt, ergeben sich folgende Fragestellungen: Inwiefern beeinflusst der jeweilige sozialstaatliche Rahmen, wie Bürger\*innen die sozialstaatlichen Leistungen unterschiedlicher europäischer Länder bewerten? Lassen sich Zusammenhänge zwischen eigener gefühlter Unsicherheit und der Einstellung gegenüber den sozialstaatlichen Leistungen feststellen?

Die vorliegende Studie beruht dabei auf folgenden drei Grundannahmen:

- Die staatliche Konzeption eines Sozialstaates hat Einfluss auf die Einstellungen der Befragten in diesem Staat. Unterschiede in der Konzeption des Sozialstaates lassen sich auch in den Einstellungen feststellen. Anknüpfend an Dallinger (2008, S. 141, 143 f.) kann davon ausgegangen werden, dass dabei auch Kennzahlen wie der GINI-Koeffizient und das BIP pro Kopf Einflussfaktoren darstellen.
- Die Einstellungen zum Sozialstaat sind auch innerhalb eines Landes unterschiedlich. So kann angenommen werden, dass Personen, die von der Umverteilung durch den Sozialstaat stärker profitieren, eher eine positive Akzeptanz aufweisen und dass die politische Einstellung im Bezug auf Gerechtigkeit die Akzeptanz zum Sozialstaat ebenfalls prägt (ebd., S. 145).
- Die Unsicherheit, die ein Individuum für sich selbst spürt, lässt sich auch auf den Arbeitsmarkt (z.B. durch Erwerbsarbeitslosenraten) zurückführen (Lübke und Erlinghagen 2014, S. 322).

Aus diesen Grundannahmen lassen sich sieben Hypothesen postulieren, die im Kapitel 4 detailliert hergeleitet und beschrieben und im Kapitel 6.3 überprüft werden:

1. Je weniger Sozialkontakte eine befragte Person aufweist, desto mehr stimmt sie zu, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.
2. Personen, die die Gefahr sehen, ihren Erwerbsarbeitsplatz in den nächsten zwölf Monaten zu verlieren, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.

3. Personen, die sich selbst als links der Mitte bezeichnen, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.
4. In Ländern, deren Bruttoinlandsprodukt niedriger ist, wird eher befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.
5. Je höher die Erwerbsarbeitslosigkeit in einem Land ist, desto eher wird befürwortet, dass der Staat Aufgaben übernehmen soll.
6. In Ländern, deren Ausgaben zum Sozialschutz hoch sind, wird weniger befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.
7. In Ländern mit höherem GINI-Koeffizienten – d.h. mit einer höheren sozialen Ungleichheit – wird eher befürwortet, dass der Staat mehr Aufgaben übernehmen soll.

Jene sieben Hypothesen werden mit den Daten des *European Social Survey 2016* in einer Mehrebenenanalyse überprüft. Neben den individuellen Merkmalen aus dieser Befragung werden Kontextindikatoren, die von Eurostat veröffentlicht wurden, berücksichtigt. Die Daten von insgesamt 21 europäischen Ländern fließen in die Analyse mit ein.

## 1.3 Aufbau der Arbeit

Anschließend an dieses Einleitungskapitel werden die Theorien von Robert Castel dargestellt, um sein Zonen-Modell und die Rolle der Individuen und des Staates darin zu verdeutlichen. Das daran anschließende Kapitel rückt den Sozialstaat aus theoretischer Perspektive ins Zentrum. Vor dem Hintergrund von Esping-Andersens Regime-Typologie werden unterschiedliche Konzeptionen von Sozialstaaten diskutiert. Kapitel 4 setzt sich mit dem Forschungsstand rund um Sozialstaaten auseinander. Dabei werden mit der vergleichenden Sozialstaatsforschung und der Akzeptanzforschung zu Sozialstaaten zwei Schwerpunkte gesetzt.

Auf Basis der theoretischen Überlegungen und der Sichtung des Forschungsstandes kommt es in Kapitel 5 zur Operationalisierung des Forschungsvorhabens. In diesem Kapitel werden die Hypothesen vorgestellt und alle verwendeten Variablen für die Multi-Level-Analyse beschrieben. Es beinhaltet außerdem eine Beschreibung des verwendeten Datensatzes *European Social Survey* und eine Beschreibung der Methode Multi-Level-Analyse/Mehrebenenanalyse. Im Folgekapitel wird das Vorgehen und die

## KAPITEL 1. EINLEITUNG

---

Ergebnisse ebendieser Mehrebenenanalyse festgehalten und interpretiert. Neben der Beschreibung des methodischen Vorgehens in den Modellspezifikationen kommt es zur Hypothesenprüfung und zu einer Vorstellung der berechneten Modelle. Im abschließenden Teil dieses Kapitels wird letztendlich der Frage nachgegangen, wie die Modelle hätten verbessert werden können, bevor das abschließende Schlusskapitel die Masterarbeit zusammenfasst und einen Ausblick auf weitere Forschungsfelder in diesem Zusammenhang gibt.



## KAPITEL 2

# GESELLSCHAFTSMODELLE NACH ROBERT CASTEL

Und alle sind am Leben, 5 Tage, 40 Stunden  
Und definieren sich über das, was man den Tag so macht  
Und Hallo, was machst du so, was ist aus dir geworden  
Und wie fühlt es sich so an, wenn man es geschafft hat  
Vollbeschäftigt, unbefristet, glücklich? (Kettcar)

So singt die Band Kettcar in ihrem Song *Geringfügig, befristet, raus* und macht damit ein zentrales Element der heutigen *Lohnarbeitsgesellschaft* (vgl. zur Übersetzung und Verwendung des Begriffs: Castel 2008 [2000], S. 416) deutlich: Menschen definieren sich über ihre Lohnarbeit. Ähnliches hält Robert Castel (ebd., S. 13) fest, wenn er Lohnarbeit für Arbeitnehmer\*innen „als Hauptstütze für die Verortung in der Sozialstruktur“ hervorhebt. Daran anknüpfend spricht er – bei stabilen, unbefristeten Arbeitsverhältnissen und einer familiären/privaten Anbindung – von Integration in die Gesellschaft bzw. davon, dass nur jene Personen, die eine solche Integration vorweisen können, als Individuen anerkannt werden (Castel 2008 [2000], S. 13; 2011, S. 24). Basis dafür ist eine historische Analyse der (Lohn-)Arbeit und Gesellschaft und ein daraus entwickeltes Zonen-Modell, in dem Individuen verortbar sind (Castel 2008 [2000]).

## 2.1 Zonen-Modell

Als Castels bekanntestes Werk gilt *Die Metamorphosen der sozialen Frage*. In diesem Werk erstellt er – so der Untertitel – *Eine Chronik der Lohnarbeit*. Darin beschreibt er, wie im Laufe der Geschichte die Lohnarbeit für Arbeitnehmer\*innen<sup>2</sup> einen Status sichert.

Am einfachsten lässt sich Castels Sozialstruktur-Analyse, die er historisch begründet, schematisch in einem Koordinatensystem darstellen, das er für das vorindustrielle Zeitalter so beschreibt:

[. . .] where two vectors meet: one, the axis of integration/non-integration through work – in other words, the relationship to the means by which individuals succeed (or do not succeed) in reproducing their existence on an economic level; the other, an axis of integration/non-integration into a social and family network – in other words, involvement in (or breakdown of) a system of relationships, within which they can reproduce their existence on an emotional and social level. (Castel 2000, S. 520)

Betrachtet man diese Matrix mit ihren zwei Achsen, dann ergeben sich daraus vier Felder, oder – wie sie Castel nennt – Zonen. Jene der Integration, jene der Unsicherheit, jene der Fürsorge und jene der Entkoppelung (ebd., S. 525). Diese vier Zonen sind nicht gleich groß, sondern nach Gesellschaftskonfiguration unterschiedlich besetzt (Castel 2008 [2000], S. 13). Mit diesem Schema versucht Castel die gesamte Bevölkerung abzudecken und in seiner historischen Studie (ebd.) Verschiebungen zwischen und Veränderungen in den Zonen aufzuzeigen. Die Achsen selbst zeigen das darin bestehende Spannungsverhältnis auf.

Die Achse der sozialen Integration über familiäre und private Bande ist laut Castel (2000, S. 92, 528 f.) stark von einem die Gesellschaft prägenden Familienmodell abhängig. Generell attestiert er einen quantitativen Rückgang der Integrationsfunktion durch Familien, weil die Anzahl an Großfamilien rückläufig und die Scheidungsrate steigend

---

<sup>2</sup> Zur deutschsprachigen Begrifflichkeit des mehrdeutig zu übersetzenden französischen Begriffs *travailleur salarié*, den Castel im Original verwendet, merkt der Übersetzer an, dass dieser Begriff gleichsam mit Lohnarbeiter\*in, Lohnabhängige\*r oder Arbeitnehmer\*in übersetzt werden kann (Castel 2008 [2000], S. 416). Im Sinne der einfachen Verständlichkeit und der Breite der von Castel entwickelten Sozialstruktur-Analyse wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff verwendet, der in der österreichischen Arbeitswelt am üblichsten ist, auch wenn er das Abhängigkeitsverhältnis vom Lohn nicht mehr inhärent im Begriff beinhaltet.

ist (Castel 2000, S. 529). Er verknüpft damit das soziale Umfeld, das zur Gesellschaftsintegration beiträgt, stark mit der Blutsverwandtschaft. In einem späteren Text denkt Castel (2011, S. 179) hier auch breiter an konkrete Gemeinschaften unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis. Für die vorliegende Arbeit wird für die Achse der sozialen Integration das private soziale Umfeld (Familienangehörige – egal, ob blutsverwandt oder nicht –, Freund\*innen und Arbeitskolleg\*innen) berücksichtigt (vgl. Kap. 5.4). Die Achse verläuft aber auf jeden Fall „from a pole of stability to a pole of greatest turbulence“ (Castel 2000, S. 525).

Die Achse entlang der Lohnarbeitsbeziehungen bezeichnet hingegen eine Gesellschaftsintegration, die Individuen einen Status aufgrund ihres Lohnarbeitsverhältnisses verleiht. Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis schafft ein Kollektiv an Arbeitnehmer\*innen in der Lohnarbeitsgesellschaft (Castel 2008 [2000], S. 296, 302, 315). Wer kein unbefristetes Arbeitsverhältnis aufweisen kann – sei es, weil diese Person erwerbsarbeitslos ist oder ein atypisches Beschäftigungsverhältnis hat –, passt nicht in das Gesellschaftsbild einer Lohnarbeitsgesellschaft, wie auch der Begriff *atypisch* implizit zeigt. Gleichzeitig bedeutet dies für jene Individuen nicht nur eine Abwertung ihres Status, sondern auch einen komplizierteren Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen (Castel 2011, S. 25 f.). Für Österreich können hier exemplarisch die Kranken- und die Arbeitslosenversicherung genannt werden. Festzuhalten gilt hier, dass Castel seine Analyse von 1995 (Castel 2008 [2000], Kap. 5), dass der Status durch die Prekarisierung gänzlich verloren gehe, später revidiert (Castel 2011, S. 43–50): Er sieht die Prekarität später als eine „feste Form der Arbeitsverhältnisse“ (ebd., S. 43) oder anders formuliert als eine „Art Subproletarisierung innerhalb der Lohnarbeit“ (ebd., S. 43). Er stellt damit die Frage, ob es zu einer „Rekommodifizierung der Arbeitsverhältnisse“ (ebd., S. 44) kommen wird. Die von Castel hier beschriebene Achse der lohnarbeitlichen Integration spannt sich also einerseits zwischen einem unbefristeten Lohnarbeitsverhältnis und Erwerbsarbeitslosigkeit sowie andererseits zwischen Ersterem und prekärer bzw. kommodifizierter Erwerbsarbeit. Kommodifizierte Erwerbsarbeit wiederum steht in einem Gegensatz zu einer auf sozialstaatlichen Maßnahmen aufbauenden Gesellschaft, der eine Dekommodifizierung der Erwerbsarbeit inhärent ist (Esping-Andersen 1990).

Eine negative Position auf einer der beiden Achsen kann durch eine positive Position auf der anderen Achse kompensiert werden (Castel 2000, S. 525; 2008 [2000], S. 13). Ebenso sind die Übergänge zwischen den Zonen, die durch diese Achsen markiert werden, fließend. Sie unterliegen nicht nur einem Wandel über die Jahrzehnte/-hunderte,

sondern können sich für Einzelpersonen auch im Laufe ihres Lebens verändern (Castel 2008 [2000]; 2000; 2016).

### 2.1.1 Zone der Integration

Die Zone der Integration ist jener Bereich, in dem sich Individuen mit einer hohen Lohnarbeitsintegration durch ein stabiles, unbefristetes Arbeitsverhältnis und einer hohen sozialen Integration durch ein enges privates Umfeld befinden. Ein\*e Arbeitnehmer\*in mit einem unbefristeten Dienstverhältnis zahlt dabei über den Sozialstaat in die eigene Sicherheit ein. Denn die soziale Funktion, die durch die Konfiguration eines Sozialstaates entsteht und sich mit Castels Zonen-Modell deckt, ist die

Herstellung und Verbesserung der sozialen Integration der Gesellschaft [...] zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer gegen arbeitsbezogene Risiken (Unfall, Invalidität etc.) sowie zur Absicherung der Bevölkerung insgesamt gegen allgemeine Lebensrisiken (z. B. Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit) und – damit verbunden – der materielle Ausgleich von Schäden, Nachteilen etc. im Falle des Risikoeintritts; der Schutz der Arbeitnehmer im Betrieb bzw. am Arbeitsplatz gegen Ausbeutung [...] und die staatliche Garantie des Rechtsweges für Arbeitnehmer (Arbeitsrecht). (Reiter 2017, S. 53 f.)

Damit wird deutlich, wie stark die gesellschaftsintegrierende Funktion in der Lohnarbeit verankert ist und diese Lohnarbeit nicht losgelöst vom staatlichen Gefüge gedacht werden kann (vgl. Kap. 2.3). Historisch begründet Castel (2008 [2000], S. 271–279) dies mit der Etablierung eines kollektiven Sozialeigentums und der Einführung einer Pflichtversicherung für Arbeitnehmer\*innen. Damit verlagert sich die soziale Absicherung vom persönlichen Eigentum hin zu einer Vergütung der geleisteten Arbeit und einem „indirekten Lohn, eine Art arbeitsabhängiger Rente für Situationen außerhalb der Arbeit“ (ebd., S. 277). Darunter fallen sowohl Geldleistungen im Krankheitsfall oder im Alter sowie Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Lohnarbeitsverhältnis ermöglicht damit nicht nur ein Auskommen zu finden, sondern gewährt Zugang zur Gesellschaft über Konsum, Wohnen und Bildung. Es verleiht also einen Status (ebd., S. 284). Abgesichert werden solche Lohnarbeitsverhältnisse durch kollektive Einigungen in Gewerkschaftsforderungen oder über Kollektiv- und Branchentarifverträge (ebd., S. 296): Durch sie sind Mindestlöhne und Arbeitszeitmodelle ebenso geregelt wie in Österreich z.B. das 13. und 14. Monatsgehalt.

Damit einher geht eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die Lohnarbeit zentraler wird und sich schließlich in den 1950er bis 1970er Jahren eine Lohnarbeitsgesellschaft herausbildet, in der das klassenkämpferische Potenzial nicht mehr vorhanden ist (Castel 2008 [2000], S. 315). Dies hat zur Folge, dass die Individualisierung steigt (Castel 2011) und es zu einer Verschiebung im Zonen-Gefüge kommt. Die Größe der Zone der Integration ist – zumindest theoretisch begründet – seither rückläufig.

### 2.1.2 Zone der Entkoppelung

Am anderen Ende beider Achsen liegt die Zone der Entkoppelung. Hier befinden sich Individuen, die keiner oder sehr prekärer, unregelmäßiger Lohnarbeit nachgehen und ein schwaches, wenig ausgeprägtes soziales Umfeld haben. Dass Zweiteres oft durch Ersteres verstärkt wird, zeigen diverse Studien (Eppel et al. 2013; Jahoda et al. 1975 [1933]; Zilian und Flecker 2000): So verlieren erwerbslose Menschen nicht nur die zeitstrukturierende Eigenschaft der Arbeit, sondern leiden häufig auch unter Selbstzweifeln und psychosozialen Problemen. Historisch gesehen sind hier z.B. Vagabund\*innen (Castel 2008 [2000], S. 87) zu verorten. Ebenso können Asylwerber\*innen, Langzeitarbeitslose und Aussteiger\*innen mit einem Entkoppelungsprozess konfrontiert sein. Diese Personen stehen am Rand der Gesellschaft. Um in der Zone der Entkoppelung verortet zu werden, müssen sie nicht zwangsweise auch arm sein (Castel 2011, S. 266).

Wenn Castel von Individuen in der Zone der Entkoppelung spricht, spricht er von *Marginalisierten*. Er wählt diesen Begriff bewusst, in Abgrenzung zum Begriff der *Ausgrenzung* oder *Exklusion*. Diese Unterscheidung führt er auf die begriffliche Definition zurück, dass Ausgrenzung eine intendierte Handlung ist. Dabei legitimieren Riten oder Vorgaben den Prozess der Exklusion. Ausgeschlossene Individuen weisen einen Mangel auf und stehen außerhalb der Gesellschaft. Die Grenze zwischen Marginalisierten und Ausgeschlossenen ist dabei durchlässig. (ebd., S. 267–270, 278)

Dass in der Zone der Entkoppelung zwei Achsen zu tragen kommen, wird auch deutlich, wenn man an Castels Studie zu Banlieue-Jugendlichen (Castel 2009) denkt. Sie leben nicht isoliert, sondern haben ein großes soziales Umfeld. Dass sie oft als Ausgeschlossene tituliert werden (Castel 2011, S. 277) und damit in der Zone der Entkoppelung verortet werden, kritisiert Castel (ebd., S. 282–285) massiv. Er sieht hier ein Versäumnis der Sozialpolitik, die einen grundlegend anderen Kurs einschlagen müsste. Stattdessen versuchen Sozialarbeiter\*innen eine Anpassung der Banlieue-Jugendlichen an die und

in der Lohnarbeitsgesellschaft herbeizuführen und vernachlässigen dabei, sie als eine eigene sozial und soziologisch relevante Gruppe zu betrachten.

### 2.1.3 Zone der Fürsorge

Die Zone der Fürsorge ist historisch gesehen jene, in der Individuen keiner Erwerbsarbeit nachgehen und ein großes soziales Umfeld haben. Die Fürsorge erfolgte dabei innerhalb der Familien, die alte Personen oder Personen mit Einschränkungen versorgt. Mit der Arbeiter\*innenbewegung und der Einrichtung eines Sozialstaats erodiert diese Zone, da Kollektivinstanzen diese Aufgaben übernehmen (Castel 2005, S. 52). Die Fürsorge, die nur einzelnen, anspruchsberechtigten Personen zuteilwurde, wird im Sozialstaat durch eine Absicherung für alle ersetzt (Castel 2002, S. 330). Für die gegenwärtige Lohnarbeitsgesellschaft unterscheidet Castel (2008 [2000], S. 13) nicht mehr zwischen dieser Zone und jener der Unsicherheit, beide verortet er im Bereich der „sozialen Verwundbarkeit“ (ebd., S. 13). Im Bereich der kollektiven Fürsorge greifen heute einerseits Beihilfen, aber auch Interventionen, die z.B. Lohnarbeitsfähigkeit wiederherstellen sollen (ebd., S. 18). Entwicklungen wie die aktivierende Arbeitsmarktpolitik (Atzmüller 2014; Dallinger 2016; Paz-Fuchs und Eleveld 2016; Sowa und Zapfel 2015) andererseits gehen in eine andere Richtung, indem die Beihilfen minimiert werden und es auch Diskussionen und Beschlüsse zur gänzlichen Abschaffung jener Unterstützungsleistungen (z.B. Abschaffung der Notstandshilfe in Österreich bzw. Hartz IV in Deutschland [Butterwegge 2015a]) gibt.

### 2.1.4 Zone der Unsicherheit

Mit der Zone der Unsicherheit beschreibt Castel (2000, S. 520) in vorindustrieller Zeit jenen Bereich, in dem die primären Sozialbeziehungen fehlen, aber ein Lohnarbeitsverhältnis besteht. In weiterer Folge setzt er den Begriff der Unsicherheit und damit auch die Zonenbeschreibung anders ein: Er sieht einen Paradigmenwechsel ab den 1970er Jahren, mit dem es nicht mehr um den „Abbau der sozialen Ungleichheit [...] [und den] maximalen Ausbau der sozialen Sicherheit“ (Castel 2008 [2000], S. 335) geht, und die Veränderung der Lohnarbeitswelt mit mehr atypischen Beschäftigungsverhältnissen als Basis für wachsende Unsicherheiten (Castel 2011; 2016). Die Zentralität der Unsicherheit als Konzept in den letzten Jahrzehnten erkennt man auch daran, dass er den Titel *La montée des incertitudes. Travail, protection, statut de l'individu* für seine letzte Mo-

nografie wählt, die in der deutschsprachigen Übersetzung mit *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums* die Unsicherheiten nur mehr im Untertitel trägt. Wie er selbst schreibt, zeigt für ihn dieser Titel die oben genannte Trendumkehr – bis dahin war das Bild einer laufenden Statusverbesserung in den Köpfen der Individuen präsent. Heute dominieren Zukunftsängste und Unsicherheiten (Castel 2016, S. 160 f.). Seit den 1970er Jahren lassen sich drei große Trends erkennen, die die Zone der Unsicherheit stetig wachsen lassen:

1. „Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ (Castel 2011, S. 55–147) durch eine neue Form von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsrechten. Damit steigt auch die Prekarisierung (vgl. dazu auch Castel und Dörre 2009).
2. „Der Umbau der Sozialsysteme“ (Castel 2011, S. 149–238) und damit einhergehend neue und andere Anspruchsberechtigungen (vgl. dazu auch Atzmüller 2014; Butterwegge 2013; Klinger et al. 2007; Schmid 2010).
3. „Die Wege der Entkoppelung“ (Castel 2011, S. 239–308), mit denen eine Abwärtsspirale der Individuen in Richtung der Zone der Entkoppelung beschrieben wird.

Ausgehend von diesen drei Trends beginnt Castel (ebd., S. 229) das theoretische Konstrukt der vier Zonen im Koordinatensystem immer stärker aufzulösen und spricht stattdessen von einem „Kontinuum [...] von stabileren und fragileren Lagen“ (ebd., S. 229). Gleichzeitig ist eine laufende Destabilisierungstendenz und ein Prekarisierungsrisiko (ebd., S. 321) erkennbar. Beides ist mit einem realen und gefühlten Statusabbau bei den Individuen verbunden. Diese wachsende Unsicherheit, über die Castel vor allem in den letzten Publikationen vor seinem Tod spricht, ist für die vorliegende Arbeit besonders interessant, weil anzunehmen ist, dass eine gefühlte oder erlebte Unsicherheit im Erwerbsarbeitsleben Auswirkungen auf die Bewertung des Sozialstaates haben kann. Die Unsicherheit wird daher als unabhängige Variable in die vorliegende empirische Forschung aufgenommen (vgl. Kap. 5.4).

## 2.2 Zukunft des Individuums

### 2.2.1 Trend zur Entkollektivierung

Castel setzt sich, wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, nicht nur mit der Sozialstruktur auseinander, sondern lässt auch die Ebene der Individuen nicht außer Acht.

Hierbei folgt er der verbreiteten Theorie einer *Gesellschaft der Individuen*. Diese kennzeichnet er nicht nur mit persönlichen Rechten, sondern auch im Zusammenhang mit dem Umbau des Sozialstaats und dem damit einhergehenden Rückgang der Solidargemeinschaft (Castel 2011, S. 327 f.). Jene Ansprüche an Arbeitnehmer\*innen, die individuelle Sozialkompetenzen wie Verantwortungsgefühl und Eigeninitiative fordern (vgl. theoretisch dazu: Hürtgen und Voswinkel 2014; Wagner und Hessinger 2008), betrachtet er kritisch, denn

*die Individuen verfügen in ungleichem Maße über die nötigen Voraussetzungen, um Individuen zu sein, und je nach den vorhandenen oder fehlenden Voraussetzungen kann man in höherem oder geringerem Maße ein Individuum sein. (Castel 2011, S. 329, H.i.O.)*

Unter den Voraussetzungen versteht Castel (ebd., S. 335–346) das Vorhandensein von privatem Eigentum oder Sozialeigentum. So hält er fest, dass der Großteil der französischen Bevölkerung in den 1960er und 1970er Jahren als vollständige Individuen lebten. Durch das Sozialeigentum, das den geschützten Lohnabhängigen (als aktive, pensionierte und erwerbssuchende Arbeitnehmer\*innen) zuteilwird, sind diese Individuen im Kollektiv verortet und abgesichert. Eine gewisse soziale Unabhängigkeit und die Möglichkeit von Konsum sind durch beide Arten des Eigentums gewährleistet. Castel (ebd., S. 9) sieht dies als Form der individuellen Sicherheit des modernen Individuums in den 1970ern:

Für die sozialen Subjekte wird er [der soziale Fortschritt, PP] in den konkreten Vorhaben erfahrbar, die sie tagtäglich im Blick auf eine bessere Zukunft in Angriff nehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass ich als Arbeitnehmer heute einen Kredit mit zehn oder zwanzig Jahren Laufzeit für eine Eigentumswohnung aufnehmen kann, weil ich ihn durch mein Gehalt schon jetzt abzahlen kann und weiß, dass dieses Einkommen in zehn oder zwanzig Jahren noch höher sein dürfte.

Der in den letzten Jahrzehnten vollzogene Wandel der Arbeitswelt (Ende des Fordismus, Prekarisierung) schlägt sich auch in einer „*Individualisierung der Schutzansprüche*“ (ebd., S. 201, H.i.O.) nieder. Hierbei wird der Rechtsanspruch auf eine soziale Absicherung immer stärker eingeschränkt und vom Kollektiv auf Einzelpersonen übertragen (vgl. für Österreich z.B. Weiss 2011). „Soziale Sicherung wird heute zunehmend von *besonderen Lagen* abhängig gemacht“ (Castel 2011, S. 201, H.i.O.). Die kollektive



Form der Fürsorge (vgl. Kap. 2.1.3) nimmt aber auch laufend ab. Wie sich das theoretische Konstrukt Castels in der täglichen Praxis niederschlägt, zeigt ein Blick ins Regierungsprogramm der früheren ÖVP-FPÖ-Regierung. In diesem Dokument werden bereits am Anfang Prinzipien (Österreichische Bundesregierung 2017, S. 9) für die Legislaturperiode genannt. Unter den elf dort genannten Prinzipien befinden sich gleich drei, die die Individuen und deren Eigenverantwortung in den Vordergrund rücken:

- Verantwortung: „Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein [...]. Es liegt auch in der individuellen Verantwortung des Einzelnen, sich für ein harmonisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzusetzen und gegen jeden Versuch einer Diskriminierung oder Spaltung entschlossen aufzutreten.“
- Subsidiarität: „Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. [...].“
- Freiheit: „Wir glauben an die Freiheit des Einzelnen und die damit verbundene Verantwortlichkeit und wollen in unserem Arbeitsprogramm Maßnahmen vorsehen, die [...] den Menschen mehr individuelle Spielräume geben.“

### 2.2.2 Drei Typen von Individuen

Anknüpfend an den Trend der Entkollektivierung spricht Castel (2011) von drei Arten von Individuen: dem modernen Individuum, dem die oben beschriebene Absicherung zuteilwird, sowie dem hypermodernen Individuum im Übermaß und dem bloßen Individuum.

Auf das *moderne Individuum* geht Castel nicht weiter ein. Er hält lediglich fest, dass es weiterhin existiert, seine Gesellschaftsdurchdringung aber durch den Trend einer stetig wachsenden Unsicherheit gebrochen ist (ebd., S. 354, 346 f.). Außerdem zeigt die Studie von Hürtgen und Voswinkel (2014), dass sich ebenjene abgesicherten Individuen selbst als Ausnahmen in der Gesellschaft erleben. Diese Wahrnehmung führt auch dazu, die eigene Sicherheit bedroht zu sehen. Sie sehen von einem Jobwechsel ab, weil sie eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation befürchten (ebd., S. 353 f.). Die Autor\*innen halten fest, dass abgesicherte Arbeitnehmer\*innen zudem befürchten, dass durch die immer normaler werdende Prekarisierung ihre Sicherheit als ungerechtfertigt wahrgenommen wird, und beginnen, sich dafür zu rechtfertigen, obwohl sie gleichzeitig unsicher sind, ob ihre gesicherten Erwerbsarbeitsverhältnisse einen legitimen Anspruch darstellen (ebd., S. 346, 355 f.).

Das hypermoderne *Individuum im Übermaß* (*individus par excès*) ist eine der beiden Nachfolgeformen des modernen abgesicherten Individuums. Jene Individuen verorten sich nicht mehr im gesellschaftlichen Kollektiv, sondern stellen ihren Individualismus in den Vordergrund ihrer Handlungen. Sie forcieren damit den Trend der Entkollektivierung. Castel spricht in diesem Zusammenhang von „eine[r] Form der Entkoppelung von oben“ herab. Die Form des *Individuums im Übermaß* repräsentiert die Speerspitze des Trends und kommt in ihrer reinen Form nur selten vor. (Castel 2011, S. 347 f., 353 f.)

Auf der anderen Seite der Skala findet sich der zweite Nachfolgetyp des modernen abgesicherten Individuums, das *bloße Individuum* (*individus par défaut*) (ebd.). In früheren Arbeiten spricht Castel (2008 [2000]) hier auch von einem *negativen Individuum*. Beide Begriffe meinen dasselbe, und zwar, dass diese Individuen sich nicht selbst verwirklichen können, weil ihnen die finanziellen Mittel oder das soziale Umfeld dazu fehlt (vgl. Kap. 2.1.2). Sie kommen mit ihren Wünschen und Ambitionen nicht vom Fleck. (Castel 2011, S. 354–358) Der fehlende Rückhalt durch die Erosion der Lohnarbeitsgesellschaft mit unbefristeten Verträgen und die damit einhergehende Entkollektivierung verstärken die Gefahr, dass jene *bloßen Individuen* ihren Status als Individuum verlieren, denn

[u]m im positiven Sinne ein Individuum zu sein, muss man also eingebunden (*affilié*) oder wiedereingebunden (*réaffilié*) sein, das heißt: Das Individuum muss über Stützpunkte verfügen, auf deren Basis es für seine soziale Unabhängigkeit sorgen kann. [...] [Der] Proletarier [...] konnte zu einem vollständigen Individuum werden, als er zum Eigentümer sozialer Rechte (Arbeitsrecht, soziale Sicherheit) wurde [...]. Die von einer Mehrheit von Individuen erlangte Unabhängigkeit hängt also faktisch vom Bestand dieses Sozialeigentums ab, was sich im Umkehrschluss heute bestätigt. Wird dieses Sozialeigentum abgebaut, dann setzt sich in unserer Gesellschaftsform wieder ein Profil von durch Not bedrohten Individuen durch, die der Prekarität und Zukunftsunsicherheit ausgesetzt sind und tagtäglich ums Überleben kämpfen. (ebd., S. 363, H.i.O.)

Anschließend hält Castel (ebd., S. 364, H.i.O.) fest, dass es „*keine Individuen ohne Staat* [gibt], weil der Staat die Voraussetzung aller Voraussetzungen ist“.

## 2.3 Robert Castel und der Sozialstaat

Für Castel (2011, S. 32 f.) ist also die Verortung der Individuen nicht ohne den Staat denkbar. Der Staat greift als nationales Ordnungssystem nicht nur in die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch in die soziale Sicherheit der Individuen ein. Allerdings ist durch die Globalisierung der Märkte die Vorherrschaft dieses nationalen Konstrukts eines Sozialstaates gebrochen. Weiterhin bleibt aber der Sozialstaat der zentrale Ort, um Sozialpolitik zu betreiben, auch wenn Castel anspricht, dass ein „Soziales Europa“ (ebd., S. 33) eine transnationale Sozialpolitik ermöglichen könnte. Derzeit ist dies allerdings „auf allgemeine Leitsätze [reduziert], die insgesamt nicht besonders verpflichtend sind“ (ebd., S. 33). Die geplante Einrichtung einer *European Labour Authority* im Rahmen des *European Pillar of Social Rights* könnte in Zukunft dazu beitragen, verpflichtende sozialpolitische Rechte in Europa (EU, EEA, Schweiz) zu etablieren und die Unsicherheit prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu reduzieren (European Commission 2018).

Castels Blick ist häufig ein historischer, bevor er in die Zukunft blickt. Im Sinne der integrativen Funktion, die der Sozialstaat für alle Individuen aufweist, stellt er für die Zukunft dann die Frage, welche Rolle der Staat noch spielen soll, wenn es darum geht, ein Solidargefüge und Sozialeigentum zu erzeugen und zu sichern (Castel 2008 [2000], S. 20 f.; 2005, S. 329 f.). In den 1960er Jahren begann sich dabei ein „Governance-Modell sozialdemokratischen Typs durchzusetzen“ (Castel 2011, S. 166), das durch den nachfolgenden Systemwandel des Kapitalismus zu bröckeln begann (ebd., S. 10 f., 167 f.). Der damalige Vorsorgestaat unterstützte alle Individuen, mit dem Systemwandel kommt es zu einer aktivierenden Sozialstaatspolitik, die Unterstützungsleistungen einschränkt und an Voraussetzungen koppelt (ebd., S. 31–37). Heute wird der Sozialstaat daher häufig nur als notwendiges Übel und als Einschränkung der individuellen Freiheit gesehen (ebd., S. 178). Das frühere österreichische Regierungsprogramm illustriert diese These gut (Österreichische Bundesregierung 2017): Bereits im Vorwort wird Österreich als „Weltmeister im Regulieren und im Einschränken von Freiheit und Selbstverantwortung“ (S. 4) beschrieben, in weiterer Folge wird dann z.B. über den Abbau des Arbeitnehmer\*innenschutzes gesprochen, um „der betrieblichen Ebene wieder mehr Freiheit für die Gestaltung des Arbeitsalltags zu geben“ (S. 147).

Neben der Diskussion über ein Weniger an Staat hat der Wandel des Kapitalismus auch dazu geführt, über einen besseren Staat zu sprechen, in dem das Solidargefüge gestärkt

wird. Hier verweist Castel (2011, S. 179) auch darauf, dass der Gegensatz zwischen Individuen und Staat konstruiert ist und der Staat vielen Individuen erst ermöglicht, Individuen zu sein (vgl. Kap. 2.2). Dies ermöglicht der Staat durch die Bereitstellung von Sozialeigentum, die den Individuen Rechte und Schutz zusichert (Castel 2011, S. 34; 2002; 2008 [2000], S. 283 f.). Jene Rechte sind aufgrund der Angst vor Sozialleistungsmissbrauch an Kriterien und Leistungen gekoppelt (Castel 2011, S. 172–176, 274): Sie reichen vom Nachweis weniger ECTS-Punkte in Bildungskarenz/-teilzeit über eine vorgegebene Mindestanzahl an gesendeten Bewerbungen bei AMS-Klient\*innen bis hin zum Verkauf des gesamten Privateigentums bei Mindestsicherungs- und Hartz-IV-Bezieher\*innen (Becker 2018; Butterwegge 2015a; 2015b; Castel 2000; Dallinger 2016, S. 39; Koza 2018). Ein besserer Staat würde nach Castel die „Toleranzschwelle einer demokratischen Gesellschaft“ (Castel 2008 [2000], S. 20) zu mehr Sicherheit für alle Menschen verschieben.

Die oben genannten Rechte, die Individuen zuteilwerden, stehen in enger Verbindung zu ihrer Einbindung in die *Lohnarbeitsgesellschaft*. Die Entstehung des Sozialeigentums geht einher mit der Entstehung von Lohnarbeitsverhältnissen (Castel 2002, S. 323). Für diejenigen, „die’s geschafft haben“, wie Kettcar singen, kommt es über das Sozialeigentum zu einem Eigentumstransfer (Castel 2008 [2000], S. 264, 271 f.), der ihren Status als Individuen sichert (Castel 2008 [2000], S. 317 f.; 2011, S. 160). Das heißt in weiterer Folge auch, dass hier eine Unterscheidung gemacht wird zwischen jenen, die arbeiten können, und jenen, die es aus bestimmten Gründen (Einschränkungen, Alter, Kindheit etc.) nicht können. Zusätzlich wird in der Gruppe der Ersteren zwischen jenen unterschieden, die erwerbstätig sind, und jenen, die nicht erwerbstätig sind. (Castel 2008 [2000], S. 286–290; 2011, S. 155 f., 168 f.)

Der Sozialstaat ermöglicht den Individuen damit nicht nur eine grundlegende Absicherung bei „Krankheit, Unfall oder Altersarmut“ (Castel 2011, S. 365), sondern ermöglicht ihnen über den gesicherten Lohn auch Konsum sowie eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Castel 2008 [2000], S. 292 f.). Er bekämpft also die Unsicherheiten, ohne dabei ein Füllhorn von Geldleistungen auszuschütten, sodass Castel (2011, S. 160 f., 212) den Begriff *Sozialstaat* jenem des *Wohlfahrtsstaats* vorzieht.<sup>3</sup> Er mahnt zur Vorsicht einer synonymen Verwendung der Begriffe, weil der Begriff Wohlfahrtsstaat bereits Ende des 19. Jahrhunderts „von den liberalen Verächtern einer Intervention des Staates erfunden

---

<sup>3</sup> Dass die deutschsprachige Übersetzung von *L’Insecurité sociale: Qu’est-ce qu’être protégé?* dennoch *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat* (Castel 2005) betitelt ist, ist wohl dem Übersetzer geschuldet.

wurde, die dessen übertriebene Großzügigkeit [...] kritisierten“ (Castel 2011, S. 212). Außerdem zeigt diese begriffliche Unterscheidung auch unterschiedliche sozialstaatliche Konzeptionen in einzelnen Ländern auf, wie Schmid (2010, S. 42) festhält:

So bestanden zu Beginn der wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten im 19. Jahrhundert erhebliche Definitionsunterschiede: In Deutschland wurde die Arbeiterfrage, in Frankreich die Familienfrage und in Großbritannien die Armenfrage in den Mittelpunkt des sozialpolitischen Diskurses gerückt – was sich bis heute noch auswirkt. Die Länder Westeuropas oder der OECD weisen nämlich in der konkreten Umsetzung der allgemeinen Idee der sozialen Sicherheit bzw. der Bearbeitung der Risiken des modernen Kapitalismus immer noch einige markante Unterschiede auf.

In der vorliegenden Arbeit wird dabei anknüpfend an Castel immer der Begriff *Sozialstaat* verwendet.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Aus einem politikwissenschaftlichen Blickwinkel ist auch der Begriff des *Staates* infrage zu stellen, da dieser im Sinne eines Sozialstaates ein hegemoniales, staatlich gesteuertes System suggeriert, das die Sozialpolitik lenkt. Damit werden europäische und regionale Regelungen, aber auch NGO-Initiativen ausgeblendet. Da aber dennoch in der vergleichenden Sozialstaatsforschung in allen Disziplinen der Staatsbegriff häufig unhinterfragt zum Einsatz kommt, wird dies in der vorliegenden Arbeit auch so gehandhabt. (Blum et al. 2010; Schubert et al. 2008a)



## KAPITEL 3

### *SENSITIZING CONCEPTS* ZUM SOZIALSTAAT

Pakete schwer, Pakete groß  
Wenigstens nicht obdachlos.  
Nix Mindestlohn, nix Pausenzeit  
Gefangen in Selbstständigkeit  
Trepp auf! Wir sind die Versandsoldaten  
Trepp auf! Logistikproletariat (Jan Böhmermann & Der Chor der Scheinselbstständigen).

Unter *Sensitizing Concepts* werden jene theoretischen Konzepte verstanden, die Denkansätze vermitteln, aber nicht 1:1 übernommen werden. Jener Ansatz, der auf Blumer (1954) zurückgeht, beschreibt Konzepte, die in der wissenschaftlichen Arbeit eine Grobstruktur vorgeben und damit helfen, einen Fokus auf Teilaspekte zu setzen. Gleichzeitig stellen sie aber kein Abbild der Realität dar, weil sie nur Teilaspekte beschreiben. Ein *Sensitizing Concept* gibt also Leitlinien für die Betrachtung eines Forschungsgegenstandes vor. In den folgenden Kapiteln wird die Sozialstaatstypologie von Esping-Andersen (1990; 1999) als eines jener Konzepte näher erörtert. Die gesamte Sozialstaatstheorie hier aufzugreifen, würde den Rahmen der Masterarbeit sprengen.

Wenn es um internationale Vergleiche von Sozialstaaten wie in der vorliegenden Arbeit geht, geht es darum, die jeweils unterschiedlichen sozialstaatlichen Konzeptionen in groben Zügen zu erfassen. Ein Klassiker im europäischen Vergleich ist *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, in dem Esping-Andersen (1990) einzelne sozialstaatliche

Konzepte herausgreift und diese zu Gruppen zusammenfasst. Die Gruppierung wurde mehrfach kritisiert (siehe Kap. 3.2). Was Esping-Andersen aber gut gelingt, ist die Kriterien zu definieren, anhand derer er unterschiedliche sozialstaatliche Konzepte unterscheidet (Esping-Andersen 1990; 1996; 1999). Die Typologie greift auf unterschiedliche Parameter zurück: die Rolle der Familie, des Markts und des Staates, die Frage nach der Verortung und Institutionalisierung von Solidarität sowie den Grad an Dekommodifizierung des Arbeitsmarkts (Esping-Andersen 1999, S. 89). Das Lied *Wir sind die Versandsoldaten!* thematisiert z.B. auf künstlerische Weise, wie der Arbeitsmarkt im Versandhandel durch Scheinselbstständigkeit und Sub-Aufträge wieder kommodifiziert wurde (Haidinger 2016).

Aber wodurch zeichnet sich ein Sozialstaat überhaupt aus? Was unterscheidet ihn von einem Nicht-Sozialstaat? In ihrer Definition der grundsätzlichen Voraussetzung unterscheiden sich Esping-Andersen (1990, S. 21 f.) und Castel (2008 [2000], S. 271–279; 2011, S. 335–346) nicht: So sichert ein Sozialstaat den Individuen soziale Rechte und einen Status zu. Diese Zusicherung basiert je nach Land auf einem der drei großen Prinzipien „Bedarfsprinzip, Leistungsprinzip oder Umverteilung“ (Weiss 2011, S. 93). Gleichzeitig steht dieser zugesicherte Status auch mit dem Markt, der Arbeitswelt und dem familiären Umfeld in Verbindung. Die drei Säulen Staat, Markt und Familie sind es auch, auf deren Basis Esping-Andersen (1990; 1999) in weiterer Folge seine Einteilung von Regime-Typen vornimmt (siehe Kap. 3.1). Ihr Verhältnis zueinander stabilisiert den Sozialstaat. Fällt eine Säule aus, springen die anderen beiden ein – zumindest bis zu einem gewissen Grad. Versagen allerdings mehrere Säulen gleichzeitig, „stellt sich ein akutes Wohlfahrtsdefizit bzw. eine Wohlfahrtskrise ein“ (Esping-Andersen 2004, S. 198), wie dies rund um die Austeritätspolitik der Europäischen Union nach der Finanzkrise vor zehn Jahren geschehen ist (Chung et al. 2018; Demirović und Sablowski 2013; Hemerijck 2017).

### **3.1 Typologie von Sozialstaat-Regimen nach Esping-Andersen**

Folgt man der Definition von Esping-Andersen (1990, S. 1 f.), was ein Sozialstaat ist, muss dieser in einem umfassenden Sinn verstanden werden, d.h. er fokussiert nicht nur auf Transfer- und Sozialleistungen, sondern er ist entsprechend der vorher beschriebe-



### 3.1. TYPOLOGIE VON SOZIALSTAAT-REGIMEN NACH ESPING-ANDERSEN

---

nen drei Säulen als eigener Player präsent, der in die Wirtschaftsentwicklung aktiv eingreift. Esping-Andersen knüpft damit unmittelbar an den „Keynesian welfare state‘ or, if you like, ‚welfare capitalism“ (Esping-Andersen 1990, S. 2) an. Während diese Definition, auf deren Basis Esping-Andersen auch seine Typologie von Sozialstaat-Regimen entwickelt, stark auf der Erwerbsarbeit beruht, arbeiten Esping-Andersen (2004) und Esping-Andersen und Gallie (2002) in späteren Arbeiten mit dem Konstrukt von *Social Investment*. Eine Unterstützung bei Ausbildung und Weiterqualifizierung durch den Sozialstaat soll dabei nicht nur den einzelnen Personen, denen diese Leistungen zuteilwerden, helfen, sondern auch die Gesamtgesellschaft unterstützen, indem die Wirtschaft gestärkt wird (Hemerijck 2017, S. 22–29; Lessenich 2008, S. 98–106; Morel et al. 2012). Dass ein Ansatz, in dem „Frauen und Kinder [...] als soziale Investitionsgüter“ (Lessenich 2008, S. 106) definiert werden, nicht unumstritten ist, zeigt der umfangreiche Band *The Uses of Social Investment* (Hemerijck 2017).

Auch wenn Esping-Andersen weiterhin im Rahmen seiner *Social-Investment*-Texte mit den Regime-Typen argumentiert (Esping-Andersen 2004, S. 193, 200), entsteht seine Typologie deutlich früher. Dabei verknüpft Esping-Andersen (1990) die drei Säulen Familie, Staat und Markt mit den Rechten, die Individuen durch den Staat erhalten, und den sozialen Schichtungen, die durch den Sozialstaat entstehen. Sein zentraler Maßstab dabei ist das Dekommodifizierungspotenzial in den jeweiligen Bereichen. Diese Analyse nach Regime-Typen bringt ihn zu drei Clustern an Sozialstaatstypen, die er mit „conservative, liberal, and ‚social democratic“ (ebd., S. 3) benennt. In der deutschsprachigen Literatur kommt hier häufig der Begriff des *Wohlfahrtsregimes* zum Einsatz (exemplarisch: Dallinger 2016; Kollmorgen 2009; Lippl 2008; Schmid 2010), für die vorliegende Arbeit wird, wie in Kapitel 2.3 beschrieben, auch hier vom Begriff *Wohlfahrtsstaat* Abstand genommen.

Seine Einteilung in drei Regime-Typen basiert dabei auf sieben Indikatoren (vgl. auch Esping-Andersen 1990, S. 77 f.). Diese messen

institutional characteristics of social insurance (corporatism, etatism, private pension and health expenditure, and universalism). In addition, the indicator of *benefit equality* measures the ratio of post-tax maximum to basic benefits of social insurance, and the indicator of *poor relief* measures the extent to which welfare outside of social insurance relies on means tests. (van der Veen und van der Brug 2012, S. 323, H.i.O.)

### 3.1.1 Liberaler Typus des Sozialstaat-Regimes

In liberalen Sozialstaaten steht im Zusammenspiel zwischen Markt und Staat der Markt im Vordergrund, was sich u.a. durch eine stark ausgeprägte private Gesundheitsvorsorge zeigt (Esping-Andersen 1990, S. 26 f.). Prototypisch für diesen Typ nennt Esping-Andersen (1999, S. 75) die angelsächsischen Staaten. Im Bezug auf die Dekommodifizierung von Arbeit heißt das:

The consequence is that this type of regime minimizes de-commodification-effects, effectively contains the realm of social rights, and erects an order of stratification that is a blend of a relative equality of poverty among state-welfare recipients, market-differentiated welfare among the majorities, and a class-political dualism between the two. (Esping-Andersen 1990, S. 27)

Die Wurzeln dieses Regimes liegen im 19. Jahrhundert und damit vor seiner Etablierung im westeuropäischen und angelsächsischen Raum: Sozialleistungen werden als Fürsorge im Notfall zur Verfügung gestellt – und zwar nur für wenige Notfälle. Beides erinnert wiederum an die *Zone der Fürsorge* (vgl. Castel (2008 [2000]) bzw. Kap. 2.1.3). In Zahlen lässt es sich durch einen hohen Residualismus ausdrücken, also einen hohen Anteil der Fürsorgeleistungen an allen Sozialleistungen (Esping-Andersen 1999, S. 74 f.). Zusätzlich dazu zeichnet sich das liberale Sozialstaat-Regime durch einen schwachen Korporatismus, eine hohe Privatisierung und eine schwache Umverteilungskapazität (Schmid 2010, S. 100) aus.

### 3.1.2 Konservativer Typus des Sozialstaat-Regimes

Beim konservativen Regime-Typus steht der Statuserhalt und die Absicherung von Rechten im Vordergrund. Als dahinterliegendes Ordnungsprinzip in den prototypischen Staaten Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich nennt Esping-Andersen Klassen und Schichten. (Esping-Andersen 1990, S. 27). Dass sich Esping-Andersen (1999) für den Begriff *konservativ* als Bezeichnung dieses Typs entscheidet, begründet er so:

Labelling the Continental European welfare states conservative may appear pejorative. The idea, however, is to signal the dominant political thrust behind their architecture. In most of Continental Europe, liberalism played a truly marginal role and, until after World War Two, the socialists typically found themselves excluded. Early social policy was often inspired by monarchical etatism (especially

### 3.1. TYPOLOGIE VON SOZIALSTAAT-REGIMEN NACH ESPING-ANDERSEN

---

in Germany, Austria, and France), by traditional corporatism, or by Catholic social teachings. (Esping-Andersen 1999, S. 81)

Der konservative Gedanke wird auch deutlich, wenn Esping-Andersen einen ähnlich hohen Residualismus wie in liberalen Regimen feststellt, was er mit dem traditionellen Familienbild begründet. Staatliche Fürsorgeleistungen sind also immer dann nötig, wenn die traditionelle Familie ihre Aufgaben nicht erfüllt. Und diese sind klar definiert im *Male-Breadwinner Model*, in dem Ehefrauen unbezahlte Haus- und Care-Arbeit leisten und damit Betreuungseinrichtungen für Kinder und Ältere weniger etabliert sind. (Esping-Andersen 1990, S. 27; 1999, S. 76, 83)

Rechnerisch macht Esping-Andersen (1999, S. 84) Defamilisierung, Etatismus und Korporatismus als bezeichnend für den konservativen Typus fest. Weitere Kriterien sind eine niedrige Privatisierung und eine schwache Vollbeschäftigung (Schmid 2010, S. 100). Letzteres mag Österreicher\*innen verwundern, ist aber durch das konservative *Male-Breadwinner Model* und die vielen Hausfrauen erklärbar.

#### 3.1.3 Sozialdemokratischer Typus des Sozialstaat-Regimes

The third, and clearly smallest, regime-cluster is composed of those countries in which the principles of universalism and decommodification of social rights were extended also to the new middle classes. (Esping-Andersen 1990, S. 27)

Damit spricht Esping-Andersen die skandinavischen Länder an, in denen zum Zeitpunkt der Analyse in *The Three Worlds of Welfare Capitalism* eine umfassende Absicherung gegen Risiken (Krankheit, Erwerbsarbeitslosigkeit, Alter) bestand, der private Vorsorgesektor quasi nicht vorhanden war und es einen egalitären Zugang zu Sozialleistungen gab (Esping-Andersen 1999, S. 78 f.). Doch Ende der 1990er Jahre stellt Esping-Andersen (ebd., S. 80) auch hier Budgetkürzungen im Sozialstaat fest und prognostiziert einen Wandel des Sozialstaates, den er in den skandinavischen Ländern mit dem *Social-Investment-Prinzip* prototypisch vollzogen sieht (Esping-Andersen 2004, S. 200 f.), weil der skandinavische Sozialstaat immer die Produktivitätssteigerung seiner Bürger\*innen als Ziel hatte. Damit wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter unabhängig vom Geschlecht angesprochen. Die Ansprache wird aber nicht wie im *Workfare-Modell* (Atzmüller 2014; Paz-Fuchs und Eleveld 2016) durch Konditionen sichergestellt, sondern durch eine sozialstaatliche Garantie zur besten Ausbildung (Esping-Andersen

1999, S. 80). Sie erfüllt die „Funktion der *Entkommerzialisierung*“ (Castel 2011, S. 202, H.i.O.), indem (Ver-)Sicherungsleistungen außerhalb des kommerziellen, privaten Systems dafür zur Verfügung gestellt werden. Mit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und dem *Workfare*-Modell kommt es aber auch im sozialdemokratischen Regime-Typ ab den 1990er Jahren zu einer Kommerzialisierung des Sozialstaatssystems (Vis 2007).

### 3.2 Weiterentwicklung und Kritik an Esping-Andersen

*The Three Worlds of Welfare Capitalism* erschien 1990 und arbeitet mit Daten von 1930, 1950 und 1980. In diesen Daten stehen 18 Länder zur Verfügung, die Esping-Andersen nutzt. In weiterer Folge wird er sowohl für die Auswahl der Länder kritisiert als auch für die Auswahl seiner Indikatoren. Anschließend daran entstehen Weiterentwicklungen und Gegenkonzepte zu Esping-Andersen (1990). Auch er selbst nimmt mit *Social Foundations of Postindustrial Economies* im Jahr 1999 darauf Bezug. Dem Vorwurf, er würde einen mediterranen Regime-Typus übersehen und fälschlicherweise Italien dem kontinentalen Regime-Typus zuordnen, begegnet er mit der Argumentation, dass es zwar Unterschiede in den Staatsausgaben für Familienleistungen in Italien und Spanien im Vergleich zu den konservativen bzw. liberalen Ländern gäbe, dieser eine Indikator aber noch nichts über die Regimezugehörigkeit aussagen würde. Stattdessen erweitert er hier zur Unterstützung seiner Argumentation die Analyse u.a. um die durchschnittlichen unbezahlten Wochenarbeitsstunden von Frauen in der Care-Arbeit, was seine ursprüngliche Zuordnung stützt. (Esping-Andersen 1999, S. 61–66)

Betrachtet man hingegen die Weiterentwicklungen und Gegenentwürfe zur Typologie von Esping-Andersen, zeigen sich sehr wohl Erweiterungen der drei Regime-Cluster:

- Trotz der oben ausgeführten Conclusio zu den südeuropäischen Staaten durch Esping-Andersen (ebd., S. 61–66) wurde in den Typologien von z.B. Leibfried, Ferrara oder Bonoli ein vierter Regime-Typus eingeführt, dem Spanien, Portugal, Griechenland und Italien zugerechnet werden (Schmid 2010, S. 107; Arts und Gelissen 2002, S. 143 f.).
- Ein weiterer Regime-Typus, der in Weiterentwicklungen zu Esping-Andersen häufig ergänzt wird, ist jener der mittelosteuropäischen Staaten (Schmid 2010, S. 107). Dass Esping-Andersen (1990, S. 14) selbst die Länder Osteuropas in seiner ursprünglichen Analyse nicht berücksichtigt, begründet er damit, dass er mit einem

marxistischen Blickwinkel der kapitalistischen Akkumulation arbeitet. Gleichzeitig hält er aber fest, dass es in Osteuropa auch einige Sozialstaaten gebe, die aber nicht kapitalistisch – und daher für seine Analyse nicht relevant – sind. Später geht er davon aus, dass sich die Länder in seine bestehenden drei Cluster einordnen werden und kein vierter Cluster notwendig ist (Esping-Andersen 1996). Dazu konstatiert Kollmorgen (2009, S. 79–84), dass die mittelost- und osteuropäischen Sozialstaaten nicht in Esping-Andersens Schema von Dekommodifizierung und Verortung der Solidarität 1:1 eingeordnet werden können. Daher plädiert er in weiterer Folge nicht nur für einen postsozialistischen Regime-Typ, sondern für drei neue Sub-Regime-Typen: Die „Dreiertypologie [...] unterscheidet einen neoliberal-sozialdemokratischen Subtyp von einem rudimentär-staatspaternalistischen und einem staatsgeleitet konservativ-korporatistischen Subtyp“ (ebd., S. 89 f.).

- Neben klassischen Erweiterungen und Abwandlungen kommt es auch mehrfach zu komplett anderen Definitionen von Sozialstaatstypologien (vgl. Übersicht bei: Arts und Gelissen 2002, S. 143 f.; Schmid 2010, S. 107 f.), die ebenfalls aus drei bis fünf unterschiedlichen Regime-Typen bestehen, obwohl andere Indikatoren eingesetzt werden.

Neben dem Ergebnis der drei Cluster wurde Esping-Andersen aber auch für seinen Methodeneinsatz kritisiert. Ein zentraler Kritikpunkt ist, dass Esping-Andersens (1990) Fokus zu stark auf der Dekommodifizierung von Arbeit lag (Dallinger 2016, S. 40; Schmid 2010, S. 110). Dem trägt er 1999 einerseits durch eine Erweiterung der familiären Absicherung in einer Typologie Rechnung. Andererseits bleibt aber die grundsätzliche Frage, ob die Sozialpolitik die Gegenspielerin des Marktes ist, offen – damit ließe sich das Konzept der Dekommodifizierung auf einen einfachen Nenner bringen, wenn angenommen werden kann, dass durch sozialpolitische Maßnahmen der Warencharakter der Lohnarbeit verändert wird. Gleichzeitig stellen sich Kritiker\*innen die Frage, inwiefern die Typologie bzw. die ausgewählten Indikatoren eine adäquate Kategorisierung ermöglichen oder ob dadurch relevante Aspekte und Länder ausgeblendet werden (Buhr und Stoy 2015; Schmid 2010, S. 109).

Ebenfalls auf die Indikatoren bezogen halten Buhr und Stoy (2015) fest, dass Esping-Andersen nur jene Aspekte berücksichtigt habe, die einfach mit den vorhandenen Daten zu berechnen seien, und es daher zu keiner adäquaten Kategorisierung kommen könne: So habe er z.B. (Aus-)Bildung in seiner Kategorisierung gänzlich vernachlässigt, obwohl er über deren Relevanz gesprochen habe. Und er habe bei der Verteilung privater

und öffentlicher Sozialausgaben nur jene für Pensionen berücksichtigt, obwohl er davor auch jene für Krankheiten und Erwerbslosigkeit benannt hatte. (Buhr und Stoy 2015, S. 272 f.)

### 3.3 Die Typologie in der vorliegenden Masterarbeit

Warum kommt die Typologie von Esping-Andersen als *Sensitizing Concept* für die vorliegende Arbeit zu tragen, wo sie doch vielfach kritisiert wurde, mag sich manche\*r Leser\*in fragen. Das hat nicht nur theoretische Gründe, ist sie doch „today’s best-known and most frequently used typology of welfare states“ (Arts und Gelissen 2002, S. 138), sondern vor allem methodische Überlegungen. Die wenigen Indikatoren, mit denen Esping-Andersen (1990; 1999) die Sozialstaaten unterscheidet und clustert, sind ein erster Annäherungsschritt an Indikatoren, die einen Vergleich für die vorliegende Arbeit bilden sollen. Sie liefert also einen generellen Zugang und Blickwinkel auf den Forschungsgegenstand (Blumer 1954, S. 7).

Anschließend an Esping-Andersen soll in der vorliegenden Arbeit auch versucht werden, mit einer überschaubaren Anzahl an Indikatoren zu arbeiten, um damit nicht den Wald vor lauter Bäumen (Arts und Gelissen 2002, S. 139) bzw. den Staat vor lauter Sozialstaatsindikatoren aus den Augen zu verlieren. So verweist etwa Dallinger (2016, S. 40) auf das *Comparative Welfare Entitlements Dataset (CWED)* und die *Social Policy Indicators (SPIN)*, die beide auf den Analysen Esping-Andersens beruhen (vgl. Kap. 4.1).

Ein weiterer wesentlicher Grund, nicht vollständig auf Esping-Andersen zurückzugreifen, liegt in der neueren Entwicklung seit der ursprünglichen Publikation im Jahr 1990: Die Trennschärfe zwischen den Regime-Typen verschwimmt immer mehr. So spricht etwa Alber (2010, S. 118–120) von einer Amerikanisierung des prototypischen europäischen Sozialstaatsmodells und einer Europäisierung des prototypischen US-amerikanischen Sozialstaatsmodells. Gleichzeitig weist er auch darauf hin, dass die Diversität in Europa im Bezug auf die jeweiligen sozialstaatlichen Konstrukte steigt. Des Weiteren ist in den letzten Jahr(zehnt)en ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen in allen Regime-Typen zu verzeichnen (Butterwegge 2013; Castel 2011, S. 48 f.; Dallinger 2016, S. 175–182). Gleichzeitig kommt es mit den Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu einer deutlichen Konzeptveränderung im Zusammenspiel zwischen sozialstaatlichen Transferleistungen und den Pflichten der Bürger\*innen

(Atzmüller 2014; Dallinger 2016, S. 89–100; Schmid 2010, S. 259–272; Vis 2007). Obwohl Esping-Andersen (2004) auch hierbei konzeptionell entlang der Regime-Grenzen zwischen *Schumpeter'schen Workfare-State* im liberalen Regime-Typus und *Social-Investment*-Strategien im sozialdemokratischen Regime-Typus unterscheidet, scheint dies nur eine wenig hinlängliche Erklärung zu sein. So sind die Niederlande und Großbritannien, die Esping-Andersen (1990) unterschiedlichen Clustern zuordnete, zu den Vorreitern ähnlicher aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Europa zu zählen (Paz-Fuchs und Eleveld 2016). Der Sozialstaat wird damit allgemein als Ermöglicher verstanden, der nicht nur die Arbeitsmarktpolitik aktiviert, sondern Aktivierung in allen Bereichen fördert, z.B. durch niedrigere Beitragszahlungen in der Krankenversicherung bei einem gesunden Lebensstil (Lessenich 2008).

Dass die vorliegende Arbeit trotz der neueren Entwicklungen auf die Ideen einer Regime-Typologie von Esping-Andersen (1990) zurückgreift, liegt in diesem Zusammenhang auch an den Ergebnissen von Vis (2007): Sie stellt in ihrer Studie fest, dass der Einsatz aktivierender Arbeitsmarktpolitik meist einem spezifischen Regime-Charakter folgt und damit auch der postulierten Pfadabhängigkeit. Hierbei macht Vis (ebd., S. 118 f.) aber auch deutlich, dass ihre Ergebnisse mit ihrer Definition von aktivierender Arbeitsmarktpolitik zusammenhängen, weil sie nicht automatisch jedes Land, in dem diese eingesetzt wird, auch als *Workfare*-Staat versteht. Stattdessen erfolgt die Klassifizierung anhand sozialpolitischer Indikatoren.

Anknüpfend an die Regime-Typologie von Esping-Andersen werden die einzelnen Typen auch in der Einstellungsforschung zum Sozialstaat als unabhängige Variablen genutzt. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Regime-Setup die Einstellung der Bürger\*innen beeinflusst (vgl. dazu Arts und Gelissen 2002, S. 140; Dallinger 2016, S. 223 bzw. auch Kap. 4.2). Jene Grundannahme, dass das Umfeld die Einstellung beeinflusst, liegt auch der vorliegenden Arbeit zugrunde. Allerdings erscheint eine Unterscheidung auf Basis von drei Regime-Typen hierbei zu breit. Auch eine Unterscheidung auf Staatenebene, wie sie in der vorliegenden Forschung verwendet wird, wirkt fast noch zu grobmaschig. So sind sozialstaatliche Maßnahmen auch regional unterschiedlich verteilt, wie z.B. Kazepov und Ranci (2017) in ihrer Studie zu Italien aufzeigen. In ihrem Text wird außerdem ein weiterer Aspekt deutlich: Durch die Finanzkrise 2008 und die folgenden Austeritätsmaßnahmen kommt es zum Rückbau sozialstaatlicher Leistungen und damit vermutlich zu einer weiteren Verschiebung in der Regime-Typologie (Chung et al. 2018; Demirović und Sablowski 2013; van Dyk 2018). Jene neuen Entwicklungen

### KAPITEL 3. *SENSITIZING CONCEPTS* ZUM SOZIALSTAAT

---

gilt es in der vorliegenden Arbeit ebenfalls zu berücksichtigen, sodass Esping-Andersen und seine Regime-Typologie noch weiter in den Hintergrund treten muss.



## KAPITEL 4

# AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER SOZIALSTAATSFORSCHUNG

Und wenn die vom Jobcenter fragen  
Kannst Du ihnen sagen  
Wir sind unterwegs mit allem, was wir haben  
Die Algorithmen zu zerschlagen  
Und dass die Benzinkanister und Streichhölzer uns gehören  
Burn, Palo Alto, burn! (Kettcar)

Die vorliegende Masterarbeit legt den Fokus auf Sozialstaaten in Europa, was auf forschungsökonomische Gründe zurückzuführen ist. Der *European Social Survey*, der die Datenbasis für die Studie bildet, deckt primär ebendiesen Bereich ab.<sup>5</sup> Betrachtet man die Fülle von Studien zu europäischen Sozialstaaten, fällt auf, dass diesen Staaten von außen betrachtet, ein „hohe[s] Niveau an Wohlfahrts- und Sozialleistungen“ (Schubert et al. 2008a, S. 13) zugeschrieben wird. „Von innen gesehen ist offensichtlich die Pluralität, ja das hohe Maß an Differenzierung und Varianz zwischen den Mitgliedsstaaten das zentrale Charakteristikum“ (ebd., S. 13). Als eine grundlegende Annahme für die vorliegende Forschung wird – anknüpfend daran – angenommen, dass dieses Maß an

---

<sup>5</sup> In Welle 8 des *European Social Survey* wurden neben europäischen Ländern auch Israel und Russland erfasst. Insgesamt wurden Daten für folgende Länder erhoben: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Israel, Italien, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Schweden, die Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich (European Social Survey 2018b).

Differenzierung auch die Einstellungen von Bewohner\*innen jener europäischen Staaten beeinflusst. Aus dem breiten Portfolio an Studien zu Sozialstaaten sind daher folgende Aspekte besonders relevant:

1. Vergleiche zwischen europäischen Sozialstaaten, v.a. mit einem Fokus auf den Teilbereich *Arbeitsmarkt*, dem Castel (2008 [2000]; 2011) eine gesellschaftsintegrierende Funktion zuschreibt.<sup>6</sup> Empirische Studien zu neueren Entwicklungen, wie dem Verlust von Erwerbsarbeit durch Digitalisierung, z.B. in *Palo Alto* von Kettcar thematisiert, zur Entstehung eines digitalen Prekariats (Huws 2015) und zum Einsatz von Algorithmen bei Arbeitsagenturen, liegen dabei im europäischen Vergleich noch nicht vor.
2. Einstellungen von Befragten zu Sozialstaaten und sozialstaatlichen Leistungen mit einem Fokus auf die umverteilende Funktion von Sozialstaaten, die bei Esping-Andersen (1990; 1999) rund um das Charakteristikum der *Stratifikation* und bei Castel (2008 [2000]; 2011; 2016) als *Entkoppelung* und *Unsicherheit* zu tragen kommt.

### 4.1 Vergleichende Sozialstaatsforschung

Drei verschiedene Schwerpunkte machen Schubert et al. (2008a, S. 14) in der vergleichenden europäischen Sozialstaatsforschung fest: Cluster- und Kategorienbildungen, Studien zur Pfadabhängigkeit (vgl. auch Esping-Andersen 1996) sowie Forschungen zu *Retrenchment*, also zu den Auswirkungen des Ab-, Um- und Rückbaus von Sozialleistungen. Trotz der unterschiedlichen Zugänge liegt einer Vielzahl der Forschungen zu Sozialstaaten die Ausgangsthese zugrunde, dass der Sozialstaat in einer Krise steckt (Schubert et al. 2008a, S. 17 f.). Ein zentraler Zugang in den Vergleichsstudien ist dabei, jene sozialstaatlichen Maßnahmen zu beleuchten, die Bürger\*innen gegenüber sozialen Risiken absichern (Blum et al. 2010; Schubert et al. 2008a, S. 24) – egal ob im Gesundheitssystem (Alber und Bernardi-Schenkluhn 1992; Wendt 2008), im Alter (Bambra 2007; van Dyk 2018), bei Jobverlust (Anderson und Pontusson 2007; Lübke und Erlinghagen 2014; Vis 2007) oder diversen anderen Sozialleistungen (Cappelen et al. 2018; Chybalski und Gumola 2018; Hemerijck 2017; Schmid 2010). Dabei zeigt sich, dass es in den europäischen Ländern immer einen Mix zwischen einem öffentlichen System und

---

<sup>6</sup> Castel (2008 [2000]; 2011) schreibt in seinen Büchern jeweils nur über Frankreich, worauf er auch explizit hinweist. Es ist aber anzunehmen, dass diese Funktion auf alle europäischen Sozialstaaten übertragen werden kann.

privaten Elementen gibt (Bazant und Schubert 2008, S. 623), der in allen genannten Bereichen besteht (ebd., S. 624). Bazant und Schubert (ebd., S. 624) halten in ihrer Analyse des Weiteren fest, „dass nirgends der (Sozial-)Staat allein in der Verantwortung steht oder ausschließlich auf Umverteilung gesetzt wird.“ Wie stark die Notwendigkeit zu einer privaten Absicherung ist, variiert allerdings von Land zu Land (ebd., S. 624).

Methodisch hält Schmid (2010, S. 39) fest, dass drei Gründe für eine vergleichende Forschung sprechen: Neben einer breiteren empirischen Datenbasis können Erkenntnisse aus dem Einzelfall eines Landes verallgemeinert werden bzw. umgekehrt mit allgemeinen Hypothesen ein Einzelfall geprüft werden. Und zu guter Letzt bieten vergleichende Ansätze eine gute Basis zur Theorieentwicklung. Die vorliegende Arbeit ist dem zweiten Grund zuzuordnen: Ausgehend von Robert Castels Theorien zu Frankreich (Castel 2008 [2000]; 2011) werden verallgemeinernde Schlüsse für Europa gezogen und diese empirisch für diverse Länder geprüft. Die Krux eines vergleichenden Ansatzes besteht allerdings darin, nur Vergleichbares miteinander zu vergleichen, denn:

Um das gleiche Ziel zu erreichen, verfügen moderne Wohlfahrtsstaaten über unterschiedliche Mittel. Zum Beispiel können die Folgen von Arbeitslosigkeit durch (individuelles) Arbeitslosengeld, Frühverrentungsprogramme, (kollektive) Qualifizierungsmaßnahmen, aktive Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, Ausweitung des öffentlichen Dienstes, staatliche Eingriffe in die betrieblichen Arbeitsverhältnisse (etwa Vorschriften über Mindestlohn und Höchstarbeitszeit) usw. bewältigt werden. Hier lassen sich Ursachen, Motive und Wirkungen nicht immer klar voneinander trennen. (Schmid 2010, S. 41)

So zeigen die Zahlen nicht immer die dahinterliegende Konzeption eines Landes, die es bei Ausreißern in der Analyse nochmals im Detail zu beleuchten gilt (vgl. Hemerijck (2017) und Schubert et al. (2008b) sowie Kap. 6.3).

Europaweit versuchen sozialstaatliche Maßnahmen zwei Maßnahmen gleichzeitig zu erfüllen: Sie versichern gegen Risiken wie Jobverlust oder Erkrankung und ermöglichen eine Umverteilung (Dallinger 2016, S. 18). Neben dieser Absicherung im Risikofall nennt Dallinger (ebd., S. 16) als ein weiteres wichtiges Ziel die Absicherung bei Armut und den Ausgleich sozialer Ungleichheit. Mit der Liberalisierung sozialstaatlicher Leistungen -- u.a. durch Austerität und *Workfare* -- treten jene Ziele in den Hintergrund. Die bisher gut abgesicherten Mittelschichten wirken verunsichert. Und auch im politischen und medialen Diskurs wird der Sozialstaat häufig nur als Auffangnetz für jene begriffen,

die vorab einen entsprechenden finanziellen Beitrag geleistet haben (Betzelt und Bode 2017b; Esping-Andersen 2004; Schöneck et al. 2011).<sup>7</sup> Die Absicherung im Risikofall verlagert sich vom Kollektiv auf das Individuum (Dallinger 2016, S. 18; Weiss 2011, S. 90 f.). Dabei werden nicht nur die Leistungsbezüge generell reduziert, sondern es kommt auch zu einer Deregulierung und Prekarisierung von Arbeitsplätzen (Castel und Dörre 2009; van Dyk 2018, S. 530). Jene Entkollektivierungstendenzen gehen mit Entsolidarisierungen und Verunsicherungen einher (Castel 2011, S. 171; van Dyk 2018, S. 535). Hier wiederum springen häufig Familien und Communities ein (Bazant und Schubert 2008, S. 640; Castel 2008 [2000]; Esping-Andersen 1999). Letztere werden von van Dyk (2018) als neue Säule im Sozialstaatsgefüge beschrieben.

Wie unterschiedlich die staatliche Ausgestaltung der Säule Familie ist, zeigt die Analyse von Bambra (2007): Anhand einer Clusteranalyse untersucht sie den Grad der *Defamilisierung* (Esping-Andersen 1999; 2004), d.h. wie stark das soziale Auffangnetz durch den Staat bzw. durch die Familie gebildet wird. Dabei greift sie auf drei der vier Variablen zurück, mit denen auch Esping-Andersen (1999) arbeitet. Anhand der Werte zur Frauenerwerbsquote sowie der Höhe und Dauer einer Elternkarenz (Bambra 2007, S. 329) berechnet sie ein idealtypisches Modell von fünf Clustern. Auffallend dabei ist, dass trotz einer Variation der Clusteranzahl mittels K-Means-Verfahren einige Länder durchgängig in einem gemeinsamen Cluster zu finden sind. Es zeigen sich diese drei fixen Subgruppen:

Sweden and Norway, Greece, Spain, Italy and Japan, and Austria, The Netherlands, Germany, New Zealand, France and Portugal. Sweden and Norway remain isolated together throughout the K-means, even in  $K = 2$ . (ebd., S. 333)

Obwohl die Analyse durchaus interessante Ergebnisse liefert und auch zeigt, dass die Dreiteilung von Esping-Andersen (1999) zu kurz greift, spricht sie auch die Grenzen an. *Defamilisierung* wird anhand von arbeitsmarktrelevanten Indikatoren gemessen und berücksichtigt keine weiteren sozialstaatlichen, familiären Maßnahmen (Bambra 2007, S. 337). Das generelle Problem, dass eine vergleichende Sozialstaatsanalyse auf-

---

<sup>7</sup> Während diese Zeilen entstehen (Frühjahr 2019), wird in Österreich eine neue Form der Mindestsicherung diskutiert und beschlossen. Diese Leistungen werden massiv gekürzt, weil die Höhe des Bezugs gegenüber der arbeitenden Bevölkerung nicht gerecht wäre, so die österreichische Bundesregierung im Frühjahr 2019. Das von der Regierung zitierte plakative Beispiel berichtet von einer fünfköpfigen Familie, die mit Mindestsicherung über die Runden kommt, während eine ebenso große Familie mit alleinverdienendem Vater weniger Geld zur Verfügung habe. Diese unterschiedlichen Zugänge zu Sozialleistungen verstärken eine „Spaltung in In- und Outsider“ (Dallinger 2016, S. 182).

grund budgetärer und zeitlicher Grenzen jeweils nur einen Teilaspekt behandelt und nur ein Teilergebnis abbilden kann, liegt auch der vorliegenden Arbeit zugrunde. Es ist auch methodisch begründet, dass die Multi-Level-Analyse nur eine begrenzte Zahl an Länderindikatoren berücksichtigen kann (Langer 2008, S. 98; 2010, S. 762 f.).

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Sozialleistungsquote ab Mitte der 1990er Jahre stagniert, also der prozentuelle Anteil der Sozialausgaben am BIP (Bazant und Schubert 2008, S. 629; Dallinger 2016, S. 19). Dennoch liegen „[i]n allen Ländern [...] die Sozialausgaben 2014 höher als zu Beginn der 1980er Jahre, obwohl seither die Notwendigkeit diskutiert wird, die Sozialausgaben zu kürzen“ (Dallinger 2016, S. 19). Das ist u.a. rechnerisch dadurch begründet, dass auch das BIP niedriger sein kann oder dass sich die Gesellschaft ändert (z.B. durch die Veränderung in der Alterspyramide oder durch eine höhere Erwerbsarbeitslosigkeit) und damit trotz höherer Sozialleistungsquote keine individuellen Sozialleistungen erhöht wurden. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird in dieser Statistik die Besteuerung von Sozialausgaben (ebd., S. 20). Dallinger (ebd., S. 20 f.) warnt daher zur Vorsicht bei der Interpretation dieser Daten, die z.B. in dieser Form in der OECD-Datenbank vorliegen. Detailliertere Datenbasen liefern die beiden Projekte *SPIN/SCID* und *CWED II*. Sie liefern anknüpfend an Esping-Andersen (1990) Variablen zur Dekommodifizierung im Länder- und Zeitvergleich. So werden z.B. die Lohnersatzraten im Krankheits- und Erwerbsarbeitslosenfall ebenso abgebildet wie der Anteil der Anspruchsberechtigten (Dallinger 2016, S. 40, 179 f.). Beide Datenbanken sind online zugänglich und stellen die Daten bis maximal 2011 zur Verfügung. Aufgrund des Alters werden sie für die weiteren Berechnungen in dieser Arbeit außen vor gelassen.

Auch wenn die Sozialleistungsquote in ihrer Aussagekraft abgeschwächt werden muss, wie im vorangegangenen Absatz beschrieben, ist sie doch geeignet, einen ersten Eindruck zu vermitteln (vgl. auch Kap. 5.5.2). Ein Vergleich der EU-27-Länder<sup>8</sup> bestätigt damit, dass die Regime-Einteilung von Esping-Andersen (1990) überholt ist (vgl. Kap. 3.2). Bei einer Einteilung in drei Gruppen finden sich zwar viele der kontinentaleuropäisch-westlichen Länder in der Gruppe mit der höchsten Sozialleistungsquote, während dies keines der osteuropäischen Länder tut. Gleichzeitig aber ist Irland in der

---

<sup>8</sup> Zum Zeitpunkt der Erhebung war Kroatien noch nicht Teil der EU. Auch der Brexit lag damals in weiter Zukunft (Blum et al. 2010). Der Text von Blum et al. ist wiederum eine Erweiterung von *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch* (Schubert et al. 2008b), in dem die EU-25-Länder abgedeckt wurden.

Gruppe mit der niedrigsten Sozialleistungsquote und Großbritannien in jener mit der höchsten Quote zu finden (Blum et al. 2010, S. 5). Gegen eine Konvergenzthese (vgl. Chybalski und Gumola 2018; Dallinger 2016, S. 27; Schubert et al. 2008a, S. 18) sprechen die Ergebnisse im Zeitverlauf: So lässt sich weder ein Zusammenhang zwischen BIP und Sozialausgaben (Dallinger 2016, S. 28) noch zwischen erreichtem Niveau der Sozialleistungsquote und den Veränderungen in den letzten fünf Jahren (Bazant und Schubert 2008, S. 628) feststellen.

Mit Blick auf die EU-Staaten lassen sich zahlreiche Vergleiche und Unterschiede festmachen. So definieren Bazant und Schubert (2008) und Blum et al. (2010) als ein erstes unterscheidendes Leitmotiv, ob die Sozialstaaten vorsorgende oder nachsorgende Maßnahmen setzen. Vorsorgende Maßnahmen sind z.B. durch eine fokussierte Bildungspolitik gekennzeichnet, die Bürger\*innen die Mittel in die Hand geben soll, sich im Risikofall selbst zu helfen. Am Stellenwert der Bildungspolitik lassen sich deutliche Unterschiede feststellen: In Großbritannien, Litauen, Schweden, Spanien und den Niederlanden wird Bildungspolitik als wichtiger Faktor des Sozialstaats gesehen, während dies in Österreich, Griechenland, Tschechien oder Italien weniger der Fall ist. Damit einher geht auch, wer im Risikofall die Verantwortung trägt. Länder, die vorsorgend agieren, erwarten von erwerbsarbeitslos gewordenen Bürger\*innen auch stärker, dass sie dafür selbst die Verantwortung übernehmen. Dabei wird aber häufig die Frage nach der Schuld gestellt: Je eher ein Arbeitsausfall unverschuldet (z.B. durch Krankheit) passiert ist, desto wahrscheinlicher übernimmt das Kollektiv dafür die Verantwortung. (Bazant und Schubert 2008, S. 641–643; Blum et al. 2010, S. 5)

Als zweites Leitmotiv definieren Blum et al. (2010, S. 6, 16) die Frage des Leistungs-niveaus und halten fest, dass konzeptionell zwischen vier Zugängen unterschieden werden muss: Werden einerseits die Transferleistungen bedarfsgeprüft und universell vergeben? Und bieten diese Transferleistungen eine Mindestabsicherung oder versuchen sie den vorangegangenen Lebensstandard (zumindest teilweise) aufrechtzuerhalten? Zu den Ländern, die bedarfsgeprüft den Lebensstandard aufrechterhalten, zählen u.a. Deutschland, Österreich, die Niederlande, Irland, Portugal, Italien, Griechenland und Ungarn. Es ist allerdings festzuhalten, dass dieser Lebensstandard nicht genauer definiert ist: Die Diskussionen rund um Hartz IV in Deutschland (Butterwegge 2015a; 2015b) und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren in Portugal, Griechenland, Italien und Irland (Demirović und Sablowski 2013; Kazepov und Ranci 2017; Mertens 2017; O'Donnell und Thomas 2017) zeigen einen Rückgang der Sozialleistungen. Warum den-

noch so unterschieden wird, liegt in der grundsätzlichen Konzeption: So wird beispielsweise für Erwerbsarbeitslose in Großbritannien ein Fixbetrag ausgezahlt, unabhängig davon, wie hoch das vorangegangene Einkommen war (Schmid 2010, S. 266).

Unterschiede zwischen den Ländern werden auch deutlich, wenn man die Schwerpunkte in der Sozialpolitik untersucht. Betrachtet man den Anteil der Transferleistungen in den Politikfeldern Familie, Erwerbsarbeitslosigkeit, Gesundheit, Alter/Rente, Wohnen und soziale Ausgrenzung, zeigt sich, dass in vielen Ländern der Großteil des Budgets in die Alterssicherung fließt. Der zweithöchste Posten ist die Gesundheitsversorgung. In einigen Ländern finden sich weitere Schwerpunkte: z.B. in Estland und Slowenien mit Kinderbetreuungseinrichtungen oder in der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Tschechien, Belgien, Großbritannien und der Slowakei. Die Bereiche Wohnungspolitik und Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung sind anteilmäßig relativ klein (max. 4,4% der Ausgaben für Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung, max. 5,5% der Ausgaben für Wohnen). Im Bereich Alter/Rente schwanken die Anteile zwischen 22,3% (Irland) und 59,2% (Italien), bei Gesundheit zwischen 27,9% (Zypern) und 45,4% (Irland), in der Familienpolitik zwischen 3,4% (Spanien) und 17,8% (Luxemburg) und in der Arbeitsmarktpolitik zwischen 1,5% (Litauen) und 12,5% (Spanien). Die Zahlen geben damit einen ersten Einblick in die Schwerpunkte der jeweiligen Länder, sie sagen aber nichts über die Beschaffenheit des jeweiligen Sozialsystems aus. (Bazant und Schubert 2008, S. 631–633; Blum et al. 2010, S. 10) Deutlich wird bei einem genaueren Blick in die Zahlen auch, dass die Höhe der Erwerbsarbeitslosenrate und jene des Anteils an Ausgaben zur Arbeitsmarktpolitik nicht gleich verlaufen müssen. So geben beispielsweise die Niederlande bei einer niedrigen Erwerbsarbeitslosenrate einen großen Anteil an Sozialausgaben für die Arbeitsmarktpolitik aus (Bazant und Schubert 2008, S. 636). Ebenfalls unterschiedlich im Bereich des Arbeitsmarktes ist die Finanzierung der Erwerbsarbeitslosenversicherung:

Die Extreme reichen von einer Finanzierung fast ausschließlich durch Arbeitnehmerbeiträge (Schweden) bis zu einer weitgehenden Finanzierung durch Arbeitgeberbeiträge (Spanien). Wobei in fast allen Ländern ein Staatszuschuss zur Arbeitslosenversicherung zu finden oder zumindest eine Defizitdeckung des Staates (Deutschland) vorhanden ist. Im Großen und Ganzen stellen sich jedoch alle Versicherungssysteme als Mischfinanzierungssysteme dar. (Schmid 2010, S. 265)

Anknüpfend daran können Arbeitnehmer\*innen in skandinavischen Ländern frei entscheiden, ob sie sich überhaupt gegen Erwerbsarbeitslosigkeit versichern wollen (ebd., S. 264, 269).

Als ein wichtiger Kennwert neben der Sozialleistungsquote für den internationalen Vergleich ist der GINI-Koeffizient, er misst die Ungleichheit innerhalb eines Landes – meist auf Basis des verfügbaren Einkommens (vgl. Kap. 5.5.2). Ein weiteres Ungleichheitsmaß, das ebenfalls auf Einkommen abzielt und von der Eurostat veröffentlicht wird, vergleicht das Verhältnis zwischen den 20% höchsten Einkommen und den 20% niedrigsten (van der Waal et al. 2013, S. 170). Mit beiden kann ein Rückschluss darauf gezogen werden, wie groß die Einkommensunterschiede innerhalb eines Landes sind. Besonders hohe Unterschiede gibt es z.B. in Polen, Litauen, Lettland und Portugal. Der GINI-Koeffizient sagt aber nichts darüber aus, welche Transferleistungen erfolgen und ob dadurch die Ungleichheit verringert werden würde. Das zeigt sich auch, wenn man die Sozialausgaben für Maßnahmen zur Reduktion sozialer Ausgrenzung betrachtet: Für die oben genannten Länder – mit Ausnahme von Lettland – liegen diese unter dem EU-Durchschnitt (Bazant und Schubert 2008, S. 634). Daran anknüpfend bestimmen Bedürftigkeitskriterien, wer bedürftig ist, für sich selbst sorgen kann oder das Sozialsystem nur ausnutzen will, wobei sich hier historisch betrachtet Unterschiede zwischen liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Regime-Typen (Esping-Andersen 1990; 1999) festmachen lassen (van der Waal et al. 2013, S. 165). Die Bedürftigkeitskriterien werfen damit auch Fragen nach Normen und Legitimität von Sozialleistungen auf (Dallinger 2016, S. 182; Hark 2007; Mau 2004).

Sozialstaatsforschung impliziert jeweils, dass der Staat als abgegrenzter Akteur verstanden wird (vgl. Blum et al. 2010; Schubert et al. 2008b). Für eine detaillierte Forschung dürften aber andere regionale Faktoren nicht außer Acht gelassen werden:

- Die Globalisierung und die damit einhergehende Vernetzung von Dienstleistungen, Arbeits- und Handelsmärkten verändert die Sozialstaaten. So lässt sich ein schwacher Zusammenhang zwischen der Offenheit eines Landes und der Erwerbslosenrate feststellen. Mit der Globalisierung und dem vermehrten Rückbau der Sozialstaaten steigt auch die Unsicherheit bei den einzelnen Bürger\*innen. Ein Maß, um die Offenheit eines Landes resp. die Globalisierung zu messen, ist der KOF-Index, der sich u.a. aus dem Handelssaldo und Zöllen berechnet. (Dallinger 2016, S. 189, 190 f.)
- Innerhalb der EU ist deren Einfluss auf die Länder nicht zu vernachlässigen. Vor allem bei den süd- und osteuropäischen Ländern ist dieser Einfluss deutlich stärker wahrzunehmen. Dies ist nicht nur beim Euro-Rettungsschirm (ESM), sondern auch im *European Social Model* der Fall. In Zweitem sind sozialpolitische Ziele



wie die Bekämpfung von Armut und die Reduktion von Ungleichheit festgeschrieben, die jedes EU-Land alljährlich zu erfüllen hat – gemessen werden diese u.a. mit dem GINI-Index. (Hofmann 2017, S. 102; Schmid 2010, S. 52)

- Auch innerhalb eines Sozialstaates gibt es nicht nur die nationale Ebene, sondern auch darunterliegende Ebenen. Es ist festzuhalten, dass bei fast allen EU-Staaten Entscheidungen auf nationaler Ebene getroffen werden. Ausnahmen bilden hier die Niederlande, Belgien, Spanien, Italien und Malta, in denen vergleichsweise mehr Entscheidungskompetenz in den Regionen liegt. (Bazant und Schubert 2008, S. 637)

## 4.2 Einstellungsforschung zu Sozialstaaten

In den letzten Jahren rückt in der empirischen Forschung zu Sozialstaaten die Erhebung von Einstellungen stärker in den Fokus (Chung et al. 2018): In einem „dialektische[n] Verhältnis zwischen den institutionellen Strukturen des Wohlfahrtsstaates auf der einen und den subjektiven Aspekten auf der anderen Seite“ rücken besonders Fragen zu „Leistungs-, Beitrags-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit“ (Schmid 2010, S. 121) ins Zentrum der Analyse. Diese stellt also die Frage, ob sozialstaatliche Leistungen akzeptiert sind. Dabei operationalisiert Ullrich (2008, S. 69) Akzeptanz

allgemein [als] die Zustimmung (positive Akzeptanz) oder Ablehnung (negative Akzeptanz) von Entscheidungen und institutionellen Regelungen bei den davon als „Objekte“ (nicht als Entscheidungsträger) Betroffenen.

Während diese Definition stark funktionalistisch ist, denkt Castel (2011, S. 365) diese Überlegung weiter, indem er davon ausgeht, dass die sozialstaatlichen Leistungen „von den Individuen gewissermaßen verinnerlicht“ wurden. An diesem Punkt setzt auch die vergleichende Akzeptanzforschung zum Sozialstaat an. Hier wird jeweils davon ausgegangen, dass das soziale Umfeld – im konkreten Fall die sozialstaatlichen Maßnahmen im jeweiligen Wohnland – Einfluss auf die Einstellungen der Bürger\*innen nimmt. So wird z.B. versucht, die Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen (Dallinger 2008; Roosma et al. 2015a; 2015b; van Oorschot und Meuleman 2012), die Einstellungen zum Gesundheitssystem (Wendt 2008) sowie die persönliche Einschätzung zur Gefahr eines Jobverlusts (Lübke und Erlinghagen 2014; Mackonytė et al. 2015; Uunk und van Oorschot 2018; van Oorschot und Chung 2014) zu erklären.

## KAPITEL 4. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER SOZIALSTAATSFORSCHUNG

---

Jene Forschungen, die sich mit Einstellungen befassen, werden heutzutage als besonders wichtig betrachtet: Chung et al. (2018, S. 2, 9) begründen dies mit der historischen Entwicklung der europäischen Sozialstaaten, deren Maßnahmen derzeit unter massivem Druck stehen. Ein möglicher Policy-Wechsel, wie er aktuell in Österreich rund um die Mindestsicherung und Familienbeihilfe erfolgt (Brait und Kranawetter 2018; Stern und Hofmann 2018) oder in Deutschland mit Hartz IV passiert ist (Butterwegge 2015a; May und Schwanholz 2013), entsteht nicht aus dem Nichts, sondern wird meist durch Meinungen aus der Bevölkerung politisch argumentiert. So zeigen Studienergebnisse aus Deutschland, dass Personen, die ihr Gerechtigkeitsempfinden individualistisch bzw. auf individuellen Erfolg ausgerichtet haben, Hartz IV befürworten, während es von Personen mit egalitärem Gerechtigkeitsempfinden abgelehnt wird (May und Schwanholz 2013). Was diese Studie für Deutschland im Kleinen deutlich macht, ist ein Interpretationsproblem, das bei international vergleichenden Studien noch stärker zum Tragen kommt: Während in dieser Studie *Gerechtigkeit* anhand einer Links-Rechts-Skala unterschiedlich verstanden wird, gilt es zu bedenken, dass auch *(Un)Gleichheit* unterschiedlich definiert sein kann:

One important reason for this is that different people may use similar language but, in fact, refer to different things. For example, many attitude surveys find that German and UK samples share similar attitudes to inequality and redistribution. [...] This puzzles some researchers, given the very different welfare state traditions in the two countries. [...] people in different countries interpret the idea of equality differently: in Germany, discussion tends to be framed in terms of equality of outcome, but in the UK, the dominant concept is equality of opportunity. Participants use similar language to refer to attitudes towards different objects and give similar responses to pre-coded questions, but nonetheless value different conceptions of equality. (Chung et al. 2018, S. 5)

Jene Fragen zur Interpretation von Begriffen lassen sich fast ausschließlich durch qualitative Studien beantworten (exemplarisch: Zimmermann et al. 2018). Quantativ gesehen muss bei crossnationalen Studien wie dem *European Social Survey* die Vergleichbarkeit in der Operationalisierung hergestellt werden (Pollak et al. 2009, S. 168; Weins 2009, S. 133).

Da die vorliegende Arbeit einen quantitativen Zugang hat, um einen Ländervergleich durchzuführen, fokussiert der folgende Überblick zum Forschungsstand auf quantitative Studien mit Sekundärdaten, die staatenvergleichend ausgelegt sind. Außerdem liegt

der Fokus aufgrund der regionalen Einschränkung der Masterarbeit auf Studien, die sich mit europäischen Staaten auseinandersetzen. Er soll als Streifzug v.a. durch die Soziologie verstanden werden und nur am Rande angrenzende Disziplinen streifen. Dabei kann einerseits anhand der verwendeten Methode unterschieden werden. Andererseits kann ein Fokus darauf gelegt werden, welche Länder in der Analyse berücksichtigt werden. Und zu guter Letzt ist der Aspekt, welche sozialpolitischen Bereiche berücksichtigt und wie die zu messenden Indikatoren gebildet werden, ein weiteres Kriterium.

### 4.2.1 Einstellungsforschung – methodisch betrachtet

Der methodisch gesehen einfachste Zugang zur vergleichenden Sozialstaatsforschung ist jener, der deskriptiv Umfrageergebnisse vergleicht. Lippl (2008) kommt dabei zum Ergebnis: *Klare Mehrheiten für den Wohlfahrtsstaat*. Dieser Zugang sagt wenig darüber aus, warum und wie solche Ergebnisse zustande kommen. Multivariate Ansätze hingegen arbeiten mit Clusteranalysen, Faktorenanalysen, Strukturgleichungsmodellen oder Multi-Level-Analysen. Diese beantworten Mehrdimensionalitäten in der Einstellungsforschung. Roosma et al. (2012) gehen anhand des Moduls zu *Welfare* aus dem *European Social Survey 2008* mit einem Strukturgleichungsmodell Forschungsfragen zu sozialstaatlichen Dimensionen in 22 europäischen Ländern nach und untersuchen deren öffentliche Akzeptanz (im positiven und negativen Sinne) sowie Länderunterschiede. Dabei verstehen sie den Sozialstaat als Umverteilungsinstitution für neue Lebenschancen. Sie stellen dabei Unterschiede zwischen Nord-/Westeuropa und Süd-/Osteuropa fest:

[...] in general, people are very positive about the welfare state's goals and range, while simultaneously being critical of its efficiency, effectiveness and policy outcomes. We found that these dimensions relate to each other differently in different countries. Eastern/Southern Europeans combine a positive attitude towards the goals and role of government with a more critical attitude towards the welfare state's efficiency and policy outcomes. In contrast, Western/Northern Europeans' attitudes towards the various welfare state dimensions are based partly on a fundamentally positive or negative stance towards the welfare state. (ebd., S. 235)

Die beschriebene überdurchschnittlich positive Haltung zu Leistungen des Sozialstaates zeigt sich auch in der vorliegenden Arbeit, in der die abhängige Variable *aufgaben* linksschief verteilt ist und eine hohe positive Akzeptanz signalisiert (vgl. Kap. 5.3). In einer Folgestudie halten Roosma et al. (2014, S. 203) fest, dass diese Einstellungen zu

## KAPITEL 4. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER SOZIALSTAATSFORSCHUNG

---

Effizienz und Effektivität nicht nur geografisch unterschiedlich sind, sondern auch z.B. aufgrund der politischen Orientierung der Respondent\*innen erklärt werden können. Abermals kommen hier die beiden Dimensionen des Sozialstaats, in denen Akzeptanz geübt werden kann, zum Einsatz: die Rolle des Staates sowie die tatsächliche Policy-Umsetzung und Effektivität der sozialstaatlichen Maßnahmen. Daraus lassen sich vier Cluster formulieren:

1. Generell positiv: positive Akzeptanz von einer großen Rolle des Staates als sozialstaatlicher Akteur und positive Beurteilung der umgesetzten sozialstaatlichen Maßnahmen
2. Generell kritisch: negative Akzeptanz von einer großen Rolle des Staates als sozialstaatlicher Akteur und negative Beurteilung der umgesetzten sozialstaatlichen Maßnahmen
3. Akteur-kritisch: negative Akzeptanz von einer großen Rolle des Staates als sozialstaatlicher Akteur und positive Beurteilung der umgesetzten sozialstaatlichen Maßnahmen
4. Maßnahmen-kritisch: positive Akzeptanz von einer großen Rolle des Staates als sozialstaatlicher Akteur und negative Beurteilung der umgesetzten sozialstaatlichen Maßnahmen

Zu den Ergebnissen kommen sie mittels einer latenten Clusteranalyse, in die als unabhängige Variablen Bildung, Arbeit, Einkommen, Alter, Geschlecht und politische Orientierung einfließen. Die Ergebnisse zeigen – anknüpfend an die Regime-Theorie von Esping-Andersen (1990) – eine unterschiedliche Verteilung der Cluster in den Regimen: In sozialdemokratischen Staaten überwiegt der generell positive Cluster. In mediterranen Staaten sowie in post-kommunistischen Staaten ist der Maßnahmen-kritische Cluster am größten. Im Bezug auf die Individuen zeigt sich ein hoher Anteil an Personen aus unteren Sozialstrukturebenen im Maßnahmen-kritischen Cluster, während sich Personen mit höheren Einkommen und einem meritokratischen Gedankengut eher im Akteur-kritischen Cluster finden lassen. (Roosma et al. 2014)

Mit demselben Datensatz (*European Social Survey 2008, Modul Welfare*) arbeiten Chung und Meuleman (2017) für ihre Analyse zu Einstellungen von Eltern zur öffentlichen Bereitstellung von Kinderbetreuungen. So gehen sie für ihre Analyse davon aus, dass die Beurteilung des Ausmaßes von öffentlichen Kinderbetreuungsmaßnahmen nicht nur aufgrund individueller, sondern auch aufgrund kontextueller Faktoren unterschiedlich ausfällt. Dass dabei die abhängige Variable „How much responsibility do you

think governments should have to ensure sufficient childcare services for working parents?“<sup>9</sup> Interpretationsspielraum offenlässt, welche Maßnahmen hier gesetzt werden, ist ihnen bewusst (Chung und Meuleman 2017, S. 55). Mit drei Gruppen von Kontextindikatoren (Ideologien im Länderdurchschnitt, aktuelle Maßnahmen und Interessen) auf Länderebene, die jeweils durch mehrere Variablen operationalisiert wurden, wird der Einfluss des Umfelds auf die Einstellungen der Befragten überprüft. Während individuelle Variablen wie z.B. Geschlecht oder die Einstellung zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen signifikante Ergebnisse zeigen, konnte dies sowohl für die Gruppen als auch für die einzelnen Variablen an Kontextindikatoren nicht nachgewiesen werden, was sie durch die enge Zielgruppe der Eltern und den speziellen Themenfokus begründen (ebd.). Auch in der vorliegenden Arbeit kann kein signifikanter Einfluss der Kontextindikatoren gemessen werden, obwohl die Zielgruppe deutlich breiter ist (vgl. Kap. 6.3.4).

Ebenfalls mit Multi-Level-Analysen, aber mit älteren Datensätzen operieren Dallinger (2008) und Finseraas (2009). Beide Studien widmen sich der Akzeptanz von Umverteilung im Ländervergleich. Dallinger (2008) widmet sich in ihrer Untersuchung der Erklärung von Unterschieden zwischen Ländern bzw. Ländergruppen (basierend auf Esping-Andersen 1990; 1999) und kommt dabei auf Basis des *ISSP 1999* zum Ergebnis, dass ein der Regime-Typologie folgender Erklärungsansatz nicht belegt werden kann, weil Umverteilungspräferenzen nicht durch eine Regime-Zugehörigkeit belegt werden können (Dallinger 2008, S. 148). Stattdessen zeigt sie, dass jene Präferenzen nicht monokausal durch die Regime-Zugehörigkeit erklärt werden können (ebd., S. 142). Einfluss haben stattdessen die Wirtschaftskraft, der relative Wohlstand und die individuellen Variablen Bildung, Geschlecht und Einkommen (ebd., S. 151 f.). Interessant ist auch das Ergebnis, dass der Grad der Ungleichheit in einem Land und die Akzeptanz von Umverteilungsmaßnahmen nicht linear korrelieren (vgl. ebd., S. 152 sowie Kap. 6.3.4). Die letztgenannte Hypothese, die dem Metzler-Richard-Theorem folgt, untersucht Finseraas (2009) mit den Daten des *European Social Survey 2002*: Er kommt dabei zu einem gegenteiligen Ergebnis und sieht einen Zusammenhang zwischen einem hohen GINI-Koeffizienten und einer gestiegenen positiven Akzeptanz von Umverteilung (ebd., S. 108). Allerdings steigt die positive Akzeptanz bei allen Bevölkerungsteilen, während

---

<sup>9</sup> Jene Frage wurde auch im *European Social Survey 2016* gestellt und wird in der vorliegenden Arbeit ebenfalls für die abhängige Variable berücksichtigt werden (vgl. Kap. 5.3).

in der Theorie davon ausgegangen wurde, dass Reiche Umverteilung auf jeden Fall ablehnen würden (Finseraas 2009, S. 111).

### 4.2.2 Einstellungsforschung – geografisch betrachtet

Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte (Niedergang des Sozialismus in Osteuropa, Wirtschaftskrise, Globalisierung, Prekarisierung und Fragmentierung der Arbeitsmärkte) machen eine Analyse auf vergleichender Staatenbasis immer komplexer (Weins 2009). Im Bezug auf die osteuropäischen Länder wird dies z.B. deutlich, wenn man die sozialen Sicherungssysteme unter die Lupe nimmt. Viele dieser Systeme sind nach einem westeuropäischen Vorbild geplant und umgesetzt worden (Alber und Gilbert 2010; Kollmorgen 2009; Schubert et al. 2008a, S. 22), sind also im Gegensatz zu einem Modell der Pfadabhängigkeit nicht gewachsen (Ebbinghaus 2005).

Gerade bei neueren Methoden, die sich mit der sozialstaatlichen Einstellungsforschung befassen, wird daher der Ländervergleich auf kleinerer Basis durchgeführt, während theoretisch weiterhin von einer generellen Sozialstaatsforschung die Rede ist. Wie aktivierende Arbeitsmarktpolitik und deren Sanktionierungen bewertet werden, untersuchen Kootstra und Roosma (2018) anhand von Panel-Daten aus Großbritannien und den Niederlanden. Obwohl sie Unterschiede in der Beurteilung zwischen den Ländern feststellen, können sie ihre Hypothese, dass dies auf eine stärker polarisierte Debatte in Großbritannien zurückzuführen ist, aufgrund des Zwei-Länder-Samples nicht testen (ebd., S. 3, 5). Das Gleiche gilt für Analysen, die auf ein spezifisches Land fokussieren. Sie können zwar detaillierte Ergebnisse für dieses Land liefern, sind im Ländervergleich aber wenig brauchbar. Sie werden eingesetzt, um spezifische Situationen wie die Akzeptanz von Hartz IV (May und Schwanholz 2013) oder Szenarien zum Rückbau des Sozialstaates (Cappelen et al. 2018) zu testen. Außerdem sind Studien über ein Land geeignet, eine neue Methode vorzustellen, wie dies Taylor-Gooby et al. (2018) mit *Deliberative Forums*, einer zweitägigen Erhebungsmethode mit Workshop-Charakter, machen.

### 4.2.3 Einstellungsforschung – inhaltlich betrachtet

Betrachtet man die sozialstaatliche Einstellungsforschung aus einem inhaltlichen Blickwinkel, lassen sich zwei große Zugänge unterscheiden. Der erste fokussiert inhaltlich auf die Bewertung umverteilender Maßnahmen generell (Roosma et al. 2015a; 2015b;

Svallfors et al. 2012). Der zweite nimmt detailliert einzelne Politikfelder wie Erwerbsarbeitslosigkeit (Mackonytė et al. 2015; Uunk und van Oorschot 2018; van Oorschot und Meuleman 2012), Familien (Daatland et al. 2012) oder das Gesundheitssystem (Wendt 2008) in den Blick. Ein weiterer inhaltlicher Ansatz ist, die Akzeptanz des Sozialstaates nicht in der Gesamtbevölkerung, sondern in Teilgruppen zu untersuchen (Blomberg et al. 2012; Lubbers et al. 2018). Aufgrund von *Retrenchment* entsteht in den letzten Jahren außerdem ein neuer soziologischer Forschungsaspekt, der mit der theoretischen Grundlage von Castel (2008 [2000]; 2011) Hand in Hand geht: So stellen sich Fragen nach einem Unsicherheitsgefühl, v.a. im Zusammenhang mit Jobverlust (Anderson und Pontusson 2007; Betzelt und Schmidt 2018; Böckerman 2004; Lübke und Erlinghagen 2014; van Oorschot und Chung 2014). Die Forschungsgruppe rund um Betzelt und Bode (2017a; 2017b; 2018) untersucht nicht nur Unsicherheit, sondern Angst.

### **Bewertung sozialstaatlicher Maßnahmen**

Für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse ist aus inhaltlicher Sicht das Buch *Contested Welfare States* (Svallfors 2012a). Die Autor\*innen haben das Modul *Welfare* für den *European Social Survey 2008* mitentwickelt und liefern im Sammelband Analysen mit diesen Daten. Da dieses Modul in der vorliegenden Arbeit – wenn auch in der Version von 2016 – ebenfalls zum Einsatz kommt, lohnt sich ein genauerer Blick auf die Ergebnisse dieser Studien. Dabei beschreibt Svallfors (2012b, S. 13) ein zentrales Modul in dieser Welle:

As a first look at our data, we display findings for what is perhaps the core battery of the module. Here respondents are asked what government’s responsibility should be in respect to the following:

1. . . . ensure a job for everyone who wants one
2. . . . ensure adequate health care for the sick
3. . . . ensure a reasonable standard of living for the old
4. . . . ensure a reasonable standard of living for the unemployed
5. . . . ensure sufficient child care services for working parents
6. . . . provide paid leave from work for people who temporarily have to care for sick family members

Responses are given on an 11-point scale, where 0 means it should not be government’s responsibility at all, and 10 means it should be entirely government’s responsibility. Since all items scale well, it makes sense to summarize them into an overall „Welfare Index.“

In der Welle von 2016 sind drei dieser Fragen noch in dieser Form enthalten und werden als abhängige Variablen in der vorliegenden Forschung verwendet (vgl. Kap. 5.3). Die Fragen zum Lebensstandard von Älteren sowie von Erwerbsarbeitslosen nutzen van Oorschot und Meuleman (2012) für eine Multi-Level-Analyse, in der sie einen Ländervergleich zur wahrgenommenen und erwünschten Sozialstaatlichkeit auf Basis dieser beiden Zielgruppen untersuchen. In einer ersten explorativen Korrelationsanalyse zeigen die Autoren, dass in Ländern, in denen der Lebensstandard für Erwerbsarbeitslose resp. Ältere laut *ESS* niedrig ist, der Wunsch nach Unterstützungsleistungen höher ist. Generell halten sie außerdem fest, dass die Werte bei Erwerbsarbeitslosen niedriger liegen (ebd., S. 36 f.), was wiederum der Diskussion rund um *Workfare* und Welfare-Chauvinismus entspricht (vgl. dazu auch Mau 2004; Roosma et al. 2015b; Uunk und van Oorschot 2018; van der Waal et al. 2013). Roosma et al. (2015b, S. 185) erhoben auf Basis desselben Datensatzes, dass zwei Drittel aller Befragten davon ausgehen, dass viele das Sozialsystem durch nicht gerechtfertigte Bezüge ausnutzen würden. Ein ähnlicher Anteil glaubt allerdings auch, dass das Leistungsniveau für jene, die Hilfe verdienen, zu niedrig sei. Auf Basis einer Multi-Level-Analyse und der Regime-Typologie halten sie fest, dass die Bewertungen zur Unterversorgung in mediterranen und postkommunistischen Ländern besonders stark ausgeprägt sind, was die Autor\*innen auf das niedrigere Leistungsniveau zurückführen (ebd., S. 192). Im Gegenzug dazu sind Bewohner\*innen angelsächsischer Staaten besonders besorgt, dass es zu einem übermäßigen Sozialleistungsmissbrauch kommt (ebd., S. 192 f.).

Ebenfalls im Sammelband *Contested Welfare States* findet sich eine Studie, die die Einstellungen zum Sozialstaat abhängig von Klasse und Alter im Ländervergleich mit der oben genannten Fragenbatterie untersucht (Svallfors et al. 2012). Dabei können die Autor\*innen bestehende Länderunterschiede durch keine nachvollziehbare Struktur (z.B. Regime-Zugehörigkeit, Verteilung der Transferausgaben etc.) erklären, was für die vorliegende Arbeit ähnlich ist (vgl. Kap. 6.3). Ebenfalls mit diesen und weiteren Zielgruppen befasst sich der Text von Blomberg et al. (2012) im selben Sammelband: Dabei untersuchen die Autor\*innen die Einstellungen zum Sozialstaat von sogenannten High-Risk Groups, also jenen Gruppen, die mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Empfänger\*innen von Transferleistungen sein werden. Jene Personen, die einem hohen Risiko z.B. durch Krankheit unterliegen, befürworten dabei die Verantwortung des Sozialstaates stärker, als es andere Personen tun. Während sie diesen Zusammenhang in allen Regime-Typen (Esping-Andersen 1990; 1999) nachweisen konnten, ist dies



für die Zielgruppe der Bezieher\*innen von Transferleistungen nicht flächendeckend der Fall. Dass ihre Befürwortung in skandinavischen und osteuropäischen Ländern nicht signifikant höher ist, begründen die Autor\*innen mit der Annahme, dass die finanziellen Unterschiede zwischen Leistungsbezieher\*innen und anderen Personen in diesen beiden Regime-Typen nicht so groß sind.

Während sich der Großteil der Studien mit der Bewertung von Transferleistungen befasst, untersuchen Roosma et al. (2015a) die Einstellungen zu einer gerechten Verteilung der wahrgenommenen Steuerlast. Mit einer latenten Clusteranalyse auf Basis der Umfragedaten des *ISSP 2006* und der Länderwerte zu *Fiscal Freedom*<sup>10</sup>, der Steuerquote, einem Kennwert zur Steuerprogression sowie BIP/Kopf in Kaufkraftparitäten erheben sie sechs unterschiedliche Gruppen – vom größten, zufriedenen Cluster bis zum kleinsten Cluster mit jenen, die über Steuern empört sind. Im Vergleich der Länder zeigt sich, dass bei einer hohen Steuerquote die Größe des zufriedenen Clusters schrumpft, während der der Empörten aber nicht wächst, die Verschiebung erfolgt also von diesen beiden Clustern auf die vier dazwischenliegenden Cluster (ebd., S. 391). Auf individueller Ebene haben allerdings die politische Orientierung, das Einkommen und die soziale Klasse einen signifikanten Einfluss auf die Clusterzugehörigkeit (ebd., S. 388–391).

### **Bewertung arbeitsmarktbezogener Transferleistungen**

Für die vorliegende Arbeit sind neben allgemeinen Bewertungen zum Sozialstaat jene Studien besonders interessant, die sich mit dem Arbeitsmarkt befassen, den Castel (2008 [2000]; 2011) als eine integrierende Dimension begreift und dessen kollektive Zukunft er durch den Trend zur Entkollektivierung in Gefahr sieht (vgl. Kap. 2.2). Auch Esping-Andersen (1990) sieht in der Dekommodifizierung von Arbeit einen wichtigen Aspekt des Sozialstaats (vgl. Kap. 3.1). Bei empirischen Studien stellen sich nunmehr Fragen in zwei Dimensionen: Wie sind die Meinungen Erwerbstätiger gegenüber Erwerbsarbeitslosen? Und – anknüpfend an Castels Theorien – wie sehr werden Erwerbstätige durch den veränderten Arbeitsmarkt und den Rückbau des Sozialstaates verunsichert? Dabei ist davon auszugehen, dass auch das jeweilige geografische Umfeld die Einstellungen beeinflusst. So untersuchen Uunk und van Oorschot (2018) den Effekt der Konjunktur auf die Solidarität mit erwerbsarbeitslosen Menschen. Sie kom-

---

<sup>10</sup> Dieser stammt von *The Heritage Foundation* und wird dort als Index aus Kennwerten u.a. zu Höchststeuersätzen für Unternehmen und Einkommen gebildet (im Detail: <https://www.heritage.org/index/fiscal-freedom>).

## KAPITEL 4. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER SOZIALSTAATSFORSCHUNG

---

men dabei zum überraschenden Ergebnis, dass die Solidarität mit erwerbsarbeitslosen Menschen steigt, wenn die Erwerbsarbeitslosenrate höher ist (Uunk und van Oorschot 2018, S. 15). Das zweite überraschende Ergebnis, dass die Solidarität in allen sozialökonomischen Gruppen unabhängig von der Konjunktur stabil bleibt, erklären die beiden damit, dass „during rising unemployment the unemployed may be less to blame for their own situation (the ‚control‘ criterion)“ (ebd., S. 16). Inwiefern aber diese Ergebnisse aus den Niederlanden auf andere europäische Länder übertragbar sind, ist fraglich.

Betrachtet man die Frage der Erwerbsarbeitslosigkeit aus Sicht der Betroffenen, sind es viele Trends, die die Unsicherheit aller Bürger\*innen fördern:

Unsicherheit – z.B. in Gestalt befristeter Beschäftigung, biographisch „riskanter Teilzeittätigkeit“ oder auch markterfolgsabhängiger Einkommensströme – ist für viele mittlerweile ein Normalzustand, und dieser hängt nicht zuletzt mit sozialpolitischen Weichenstellungen der jüngeren Vergangenheit zusammen. Der *neue Wohlfahrtsstaat* reagiert auf im Vergleich mit der o.g. Epoche *strukturell unsicherer* gewordene Lebens- und Arbeitsverhältnisse in vielerlei Hinsicht mit *weniger* Absicherung sowie mit Regulierungen, die die Praxis seiner Einrichtungen so verändern, dass auch daraus *neuartige* Ungewissheiten entstehen. (Betzelt und Bode 2018, S. 10, H.i.O.)

Indem die sichernden Institutionen des Sozialstaats abgebaut werden und Erwerbsarbeit rekommodifiziert wird, entsteht eine Angstmobilisierung (Betzelt und Bode 2017b, S. 193; Betzelt und Schmidt 2018, S. 147), die nicht nur rund um den Sozialstaat greift, sondern auch breiter im Flüchtlingsdiskurs und im Erstarken rechtsautoritärer Kräfte sichtbar wird (Betzelt und Bode 2017a, S. 1; 2017b, S. 192). Abstiegsängste und Ängste vor Fremden und Einwanderung sind dabei in breiten Teilen der Bevölkerung am Tableau (Betzelt und Bode 2017b, S. 201 f.). Von Erwerbsarbeitslosigkeit Betroffene kämpfen beim AMS und den anderen Arbeitsagenturen mit „eine[r] Situation permanenter Verunsicherung“ (ebd., S. 204). Dass dabei Castels Theorie zu einer *Zone der Unsicherheit*, in der sich breite Teile der Bevölkerung bedroht oder verängstigt fühlen, obwohl sich dies durch einen objektiven Blick nicht unbedingt belegen lässt (vgl. Kap. 2.1.4), auch empirisch bestätigt werden kann, zeigen quantitative Studien aus Deutschland: Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld (ALG-I) sind deutlich besorgter als Hartz-IV-Empfänger\*innen (ALG-II) (Betzelt und Schmidt 2018, S. 159–165). Europaweit vergleichende Studien zu diesem Themenkomplex kommen zu ähnlichen Ergebnissen:

Lübke und Erlinghagen (2014) untersuchen, inwiefern das (sozial-)staatliche Umfeld einen Einfluss auf die wahrgenommene eigene Job-Unsicherheit hat. Im Fokus ihrer Studie steht dabei, ob es einen Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen eigenen Job-Unsicherheit und dem sozialökonomischen und institutionellen Wandel gibt (ebd., S. 320). Als individuelle Einflussfaktoren definieren die Autor\*innen Kohorteneffekte auf Basis des Alters sowie bereits erlebte Phasen der Erwerbsarbeitslosigkeit (ebd., S. 321). Bei ihrer Analyse der Daten des *European Social Survey* 2004 und 2010 von 18- bis 67-jährigen Arbeitnehmer\*innen (ebd., S. 320) zeigt sich deskriptiv, dass die wahrgenommene Bedrohung eines Jobverlusts im Zeitverlauf in den Ländern, die durch die Wirtschaftskrise stärker betroffen waren, mehr zugenommen hat (allen voran in Irland, Griechenland und Tschechien), während sie in Ländern mit florierender Wirtschaftsleistung abgenommen hat (ebd., S. 324). Auf Kontextebene hat die Veränderung des BIPs sowohl mittel- als auch kurzfristig einen Einfluss auf die wahrgenommene Bedrohung. Bei der Veränderung der Erwerbsarbeitslosenrate haben nur die kurzfristige Veränderung zum letzten Jahr und die langfristige Veränderung der letzten zehn Jahre einen signifikanten Einfluss, während es mittelfristig zu keinen signifikanten Einflüssen kommt (ebd., S. 327). Betrachtet man Interaktionseffekte zwischen individuellen und Kontextindikatoren, so zeigen sich nur in der jungen Zielgruppe der 18- bis 30-Jährigen signifikante Einflüsse von BIP, Erwerbsarbeitslosenraten und Ausgaben für aktivierende Arbeitsmarktpolitik (ALMP) (ebd., S. 330).

Umfeldeinflüsse auf die subjektiv wahrgenommene Arbeitsplatzunsicherheit machen auch Anderson und Pontusson (2007) in ihrer Studie fest. Mit den Daten des *ISSP 1997* untersuchen die Politikwissenschaftler fünfzehn OECD-Länder und stellen fest, dass höhere Erwerbsarbeitslosenraten und ein kürzlicher Anstieg dieser Einfluss auf die Wahrnehmung haben. Auf individueller Ebene können sie signifikante Einflüsse aufgrund der Ausbildung (angelernte Arbeiter\*innen fühlen sich unsicherer) und des Alters (je älter, desto sicherer) feststellen. Weitere Faktoren, um sich sicherer zu fühlen, sind ein Arbeitsplatz in einer öffentlichen Institution sowie die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Ähnlich alt sind die Daten und die Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Böckerman (2004): Die Erhebung auf Grundlage von Daten aus dem Jahr 1998 in 15 europäischen Ländern kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie jene von Anderson und Pontusson (2007). Überraschende Ergebnisse sind, dass es eine negative Korrelation sowohl zwischen der subjektiv wahrgenommenen Arbeitsplatzunsicherheit und früherer Teilzeitarbeit gibt als auch zwischen Ersterer und befristeten Erwerbsarbeitsverträgen.

Positiv korrelieren hingegen die subjektiv wahrgenommene Arbeitsplatzunsicherheit und die Anzahl der Überstunden (Böckerman 2004, S. 302).

Für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse ist die Arbeit von van Oorschot und Chung (2014) über „Feelings of dual-insecurity among European workers“, sie übertragen dabei die Policy der *Flexicurity* auf die wahrgenommenen Unsicherheiten von Arbeitnehmer\*innen. Die Europäische Kommission versteht darunter eine „integrated strategy to enhance, at the same time, flexibility and security in the labour market“ (ebd., S. 23). Die Strategie arbeitet in vier Dimensionen, deren Erfolg durch je einen zugesetzten Indikator aus den Bereichen „lifelong learning (LLL), active labour market policies (ALMP), modern social security systems (MSS), and flexible and reliable contractual arrangements (FCA)“ (ebd., S. 25) gemessen wird. Unter dualer Unsicherheit verstehen die Autor\*innen eine gefühlte Unsicherheit im Bezug auf den Arbeitsplatz und im Bezug auf das Einkommen. Besonders interessant ist, dass die wahrgenommene Arbeitsplatzunsicherheit und die wahrgenommene Einkommensunsicherheit nur zu 0,42 korrelieren. Jene, die sich in beiden Dimensionen unsicher sehen, rechnen die Autor\*innen dem Prekariat zu (ebd., S. 24 f.). Bei Castel (2008 [2000]) wären jene in der *Zone der Entkoppelung* zu finden. Als abhängige Variable verwenden van Oorschot und Chung (2014) jene doppelte Unsicherheit und gehen als Hypothese davon aus, dass in Ländern mit guten *Flexicurity*-Indikatoren weniger Unsicherheit herrscht. In der Multi-Level-Analyse der Daten des *European Social Survey* stellen sie fest, dass in Ländern, deren *Flexicurity*-Indikatoren besser sind, die Unsicherheit niedriger ist. Wenn die beiden allerdings auch auf BIP/Kopf als Einflussfaktor kontrollieren, zeigt sich, dass dies die *Flexicurity*-Einflüsse overruled (ebd., S. 23). Im Ländervergleich zeigt sich ein großer Unterschied im Anteil der wahrgenommenen doppelten Unsicherheit (von 1% in Norwegen bis zu 55% in Lettland). Dabei wird weniger als ein Drittel der Varianz in der doppelten Unsicherheit durch das Umfeld eines bestimmten Staates erklärt. Der Rest ist auf individuelle Indikatoren wie Alter, Bildung, Zugehörigkeit zu einer Minderheitengruppe und Erfahrungen mit Erwerbsarbeitslosigkeit zurückzuführen (ebd., S. 30).

## KAPITEL 5

### METHODISCHER ZUGANG

7 Uhr 30, der Wecker läut'  
Ein Mal noch auf, ein Mal noch auf  
Zur U6, immer nur U6  
Guten Morgen, ihr Büros  
Ein Mal noch, dann bin ich euch endlich los  
Dann lieg' ich wirklich nur noch im Bett  
Könnt euch vorstellen, das wird nett  
Badestrand statt Krankenstand  
Ich wohn' jetzt im Urlaubsland (EUROTEURO)

### 5.1 Datenbasis: *European Social Survey*

Die vorliegende Arbeit nutzt den Datensatz *European Social Survey Round 8 2016/2017* (kurz: *ESS 8*). Dieser wurde am 1. Dezember 2018 in der Version 2.1. online veröffentlicht. Diese Version ist die Basis für die vorliegende Analyse (European Social Survey 2018a, S. 2).

Im *ESS 8* wurden Daten in 23 Ländern erhoben. Die Befragten ab 15 Jahren werden randomisiert ausgewählt und face-to-face (CAPI, PAPI) interviewt. Die Erhebung wird alle zwei Jahre wiederholt. Der *ESS* verfolgt drei Ziele: die Analyse und Interpretation von Einstellungsveränderungen, weiters deren Zusammenhang mit dem Wandel der europäischen Institutionen und schließlich eine Methodenverbesserung für vergleichen-

de Länderstudien und eine Entwicklung von Einstellungsindikatoren (European Social Survey 2018a, S. 6). Neben den Kernmodulen, die in jeder Welle enthalten sind, wurden in Welle 8 als Spezialmodule die Einstellungen zum Klimawandel und dem Energiemarkt sowie jene zum Sozialstaat erhoben. Das zweite Modul wurde nach 2008 in abgewandelter Form wiederholt. Der daran beteiligte Forscher Wim van Oorschot sieht darin eine Chance, Einblicke zu erhalten, wie sich die Globalisierung, die alternde Gesellschaft, veränderte Familienkonstellationen, der Umbau des Sozialstaats sowie eine schwindende Solidarität zwischen den Generationen bzw. in der Migrationsgesellschaft auf die Einstellungen zum Sozialstaat auswirken (European Social Survey 2017). Das Spezialmodul zum Sozialstaat besteht aus über 40 Fragen, wobei nicht alle Fragen an alle Befragten gestellt wurden. Dieses Modul umfasst Fragen wie:

- Große Unterschiede im Einkommen der Menschen sind gerechtfertigt, um die Unterschiede in der Begabung und im Arbeitseinsatz ordentlich zu belohnen. (Frage E1)
- Von 100 Leuten im arbeitsfähigen Alter in Deutschland, wie viele davon sind Ihrer Meinung nach arbeitslos und auf Arbeitssuche? (Frage E3)
- Wie schätzen Sie insgesamt den Lebensstandard von Arbeitslosen in Deutschland ein? (Frage E5)
- Verwenden Sie bitte diese Karte und sagen Sie mir, wie sehr Sie zustimmen oder es ablehnen, dass Sozialleistungen und soziale Dienste in Deutschland Unternehmen zu viele Steuern und Abgaben aufbürden? (Frage E12)
- Und wie sehr stimmen Sie zu oder lehnen es ab, dass Sozialleistungen und soziale Dienste in Deutschland die Bereitschaft der Menschen verringern, sich umeinander zu kümmern? (Frage E14)
- Stellen Sie sich jetzt vor, dass zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit ein bestimmter Geldbetrag zur Verfügung steht. Wären Sie dagegen oder dafür, dass der Staat mehr für die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen ausgibt, aber dafür weniger Arbeitslosenunterstützung zahlt? (Frage E34)
- Was denken Sie: Wenn mehr Entscheidungen durch die Europäische Union anstatt durch die nationalen Regierungen getroffen würden, wäre das Ausmaß der Sozialleistungen und sozialen Dienste in Deutschland dann höher oder niedriger? (Frage E38, alle Formulierungen aus dem Fragebogen für Deutschland)

Viele Fragen haben eine ordinale Antwortskala, wobei die Anzahl der Antwortmöglichkeiten bei vier, fünf oder elf liegt.

Die Erhebung der Daten für den *ESS 8* wurde in den teilnehmenden Ländern jeweils individuell durchgeführt. Die Feldarbeitsperiode erstreckt sich bei den teilnehmenden Ländern auf jeweils drei bis fünf Monate im Zeitfenster zwischen September 2016 und Frühjahr 2017. Ausnahmen bilden hier Ungarn (Sommer 2017), Italien (Herbst 2017) und Litauen (Spätherbst 2017), wo die Erhebungen erst zu einem späteren Zeitraum durchgeführt wurden (European Social Survey 2018a). Insgesamt wurde die Erhebung für die 8. Welle in 23 Ländern durchgeführt und zwar in Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Israel, Italien, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Russland, Schweden, der Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich. Von diesen 23 Ländern berichten 21 volkswirtschaftliche Kennzahlen an Eurostat, die in die vorliegende Analyse als Kontextindikatoren einfließen. Nicht an Eurostat melden Israel und Russland. Diese beiden Länder werden daher für die vorliegende Studie nicht weiter berücksichtigt und aus dem Datenset exkludiert.

## 5.2 Methode: Multi-Level-Modelling

Die Begriffe Multi-Level-Modelling, Mehrebenenanalyse, Mixed-Effects-Modelle und Hierarchical Models werden in der Methodenliteratur nahezu synonym verwendet (Gałecki und Burzykowski 2013; Langer 2008; 2010; Luke 2004; Pötschke 2014; Raudenbush und Bryk 2002). Sie alle beschreiben eine statistische Methode, um in einem Modell gleichzeitig den Einfluss von individuellen und kontextabhängigen Variablen zu messen (Langer 2010, S. 741; Luke 2004, S. 1 f.; Pötschke 2014, S. 1103). Die Mehrebenenanalyse schließt damit eine Lücke, die Regressionsmodelle nur in zwei Schritten und nicht gleichzeitig abdecken können: Ein typisches Vorgehen ohne Mehrebenenanalyse wäre z.B., Regressionsmodelle pro Land zu rechnen und die dabei errechneten Regressionskoeffizienten dann in ein Regressionsmodell im Ländervergleich einfließen zu lassen (Pötschke 2014, S. 1103). Ein ähnliches Vorgehen haben z.B. Lübke und Erlinghagen (2014) für ihre Studie gewählt. So ein Ansatz erhöht die Anzahl der zu schätzenden Parameter mit jedem weiteren Land, das in der Analyse zusätzlich berücksichtigt werden muss (Langer 2010, S. 749).

Ein Mixed-Effects-Modell ermöglicht es, die Effekte, die sich durch individuelle und durch kontextabhängige Variablen ergeben, gleichzeitig zu modellieren. In der vorliegenden Arbeit kommt daher eine Modellspezifikation zum Einsatz, bei der länderspe-

zifische Variablen wie BIP/Kopf und individuelle Variablen wie die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala kombiniert werden. Die Voraussetzung für eine Mehrebenenanalyse ist also, dass die Fälle im Datensatz in einer hierarchischen Struktur organisiert sind: Z.B. sind die Fälle in der vorliegenden Arbeit Interviews mit Einzelpersonen im Rahmen des *European Social Survey*. Diese Personen leben wiederum in Regionen wie Tirol, Nordrhein-Westfalen oder der Toscana. Diese Regionen sind jeweils einem bestimmten Land zugeordnet. Im *ESS* werden pro Datensatz die Informationen zur Region und zum Land mitangegeben, sodass mit den vorliegenden Daten bereits drei hierarchische Ebenen (Person, Region, Land) zur Verfügung stehen. Eine vierte hierarchische Ebene kann z.B. ergänzt werden, indem die Länder anhand der Regime-Typologie (Arts und Gelissen 2002; Esping-Andersen 1990; 1999) gruppiert werden. Um die Komplexität des Modells nicht unnötig zu erhöhen und den Rahmen der vorliegenden Masterarbeit nicht zu sprengen, liegt der Fokus im Folgenden auf zwei Ebenen: Individuen und Länder.

Eine Mehrebenenanalyse wird in mehreren Schritten durchgeführt: Zuerst wird untersucht, welchen Effekt ein veränderter Kontext auf eine abhängige Variable hat. Im vorliegenden Fall wird also untersucht, wie hoch die Unterschiede zwischen den 21 Ländern sind. Sofern dieser Unterschied signifikant größer als null ist, kann in einem zweiten Schritt der Einfluss individueller Merkmale auf die abhängige Variable gemessen werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich dabei um soziodemografische Kennzahlen wie Alter und Geschlecht sowie um Erfahrungen mit Unsicherheit im privaten bzw. beruflichen Umfeld. Der dritte Schritt der Mehrebenenanalyse fokussiert darauf festzustellen, wie stark sich die Effekte der individuellen Merkmale in den einzelnen Ländern unterscheiden. Abschließend – v.a. dann, wenn die Effektvariation der individuellen Merkmale nicht signifikant von null verschieden ist – folgt ein vierter Analyseschritt: In diesem werden Variablen auf der Ebene der Länder in das Modell mitaufgenommen, um zu überprüfen, ob ein Ländereffekt z.B. durch das BIP/Kopf beeinflusst wird. (Langer 2010, S. 742)

Für dieses schrittweise Vorgehen werden verschiedene Arten von Modellen berechnet, die jeweils Variationen auf unterschiedlichen Ebenen spezifizieren:

- Als einfachstes Modell gilt das Random-Intercept-Only-Modell, kurz RIO. Es wird in diesem Zusammenhang auch als Nullmodell bezeichnet. Darin wird die



abhängige Variable ausschließlich über die Kontextzugehörigkeit erklärt. Weitere Variablen werden nicht berücksichtigt.

- Das Random-Intercept-Modell (RI) – auch bezeichnet als Fixed-Effects-Modell – berücksichtigt weitere Variablen als fixe Parameter, ihr Effekt führt im Modell lediglich zu einer Verschiebung des Intercepts.
- Noch komplexer ist das Random-Intercept-Random-Slope-Modell, kurz oft auch Random-Slope-Modell (RS) bzw. als Random-Coefficient-Modell bezeichnet. Es berücksichtigt die Variablen nicht nur als fixe Parameter, die zu einer Verschiebung des Intercepts führen, sondern ihre Effekte wirken auch auf die Steigung der Regressionsgeraden.
- Die vorliegende Arbeit endet nach der Berechnung dieser drei Modelle. Es wäre allerdings mit Cross-Level-Interaction-Modellen bzw. Slope-as-Outcome-Modellen und Intercept-as-Outcome-Modellen auch eine Berechnung und Analyse der Interaktionseffekte zwischen den beiden Ebenen (im vorliegenden Fall: Individuen und Länder) möglich. (Langer 2010, S. 743–747; Luke 2004, S. 9–15; Pötschke 2014, S. 1108–1112)

Die Anforderungen an die Variablen entsprechen jenen, die auch bei einem OLS-Modell oder logistischen Regressionsmodell gegeben sind: Metrische abhängige Variablen können mit einem linearen Mehrebenenmodell berechnet werden, dichotome bzw. kategoriale Variablen erfordern ein logistisches Modell. Auch bei unabhängigen Variablen ist die Verwendung von Variablen mit metrischem Skalenniveau sowie von Dummy-Variablen möglich (Langer 2010, S. 743; Pötschke 2014, S. 1106). Hinsichtlich benötigter Fälle für eine aussagekräftige Schätzung hat sich die 30/30-Daumenregel durchgesetzt: D.h. es braucht mindestens 30 verschiedene Kontexteinheiten (hier: Länder), in denen jeweils mindestens 30 verschiedene Individuen angesiedelt sind. Im Bezug darauf, welche Effekte ein Unterschreiten dieser Werte hat, gibt es eine Methodendiskussion (Pötschke 2014, S. 1107). Aus pragmatischen Gründen folgt die vorliegende Arbeit der Einschätzung von Gelman und Hill (2007, S. 275 f.): Liegen zu wenig Fälle auf der Ebene der Kontexteinheiten vor, verschieben sich die Parameter lediglich in Richtung des Einebenenmodells, sind aber weiterhin aussagekräftig.

Eine Grundannahme, die auch für die Mehrebenenanalyse gilt, ist, dass die Variablen messfehlerfrei erhoben wurden (Langer 2010, S. 743). Vor allem bei einer hohen Item-Non-Response-Rate könnte diese Grundannahme verletzt werden: Roosma et al.

(2015b, S. 185) beschreiben diese Befürchtung auch im Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala, warum sie zu einer Imputation der fehlenden Werte greifen. Weins (2009, S. 136) zeigt auf, dass auch das nicht zwangsweise messfehlerfrei verlaufen muss, weil in internationalen Studien Fragen auch kontextabhängig beantwortet werden und die Auswahl jener Variablen, die für die Imputation herangezogen werden, länderspezifisch geprüft werden muss, was die vorliegende Masterarbeit nicht leisten kann. Aus pragmatischen Gründen wird daher angenommen, dass fehlende Werte „missing completely at random (MCAR)“ (ebd., S. 135) sind, auch wenn dies „in der Regel eine unrealistische Annahme“ (ebd., S. 135) ist. Die Berechnung der Modelle erfolgt daher mit listenweisem Fallausschluss: D.h., alle Fälle, in denen mindestens eine der verwendeten Variablen fehlt, werden in der Analyse nicht berücksichtigt.

### 5.3 Abhängige Variable: Aufgaben des Sozialstaates

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden also Umwelteinflüsse (persönlicher und gesellschaftlicher Natur) auf die Bewertung des Sozialstaats untersucht. Im *ESS 8* steht für die Bewertung eine Fragenbatterie zur Verfügung, die die Aufgaben des Sozialstaates erhebt (vgl. Kap. 4.2.3 bzw. Svallfors 2012b). Sie besteht aus drei Fragen, die jeweils auf einer 11-stufigen Skala (0 bis 10) beantwortet wurden. Auf dieser Skala sind nur die beiden Endpunkte mit „Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein“ bzw. „Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein“ textlich benannt. D.h., je höher der Wert ist, desto höher ist auch die Zustimmung zum Item. Aufgrund der methodischen Beschaffenheit können diese ordinalen Skalen als metrisch angenommen werden (Porst 2013, S. 76). Erhoben werden damit die Verantwortlichkeiten des Sozialstaates für angemessene Lebensstandards im Alter bzw. bei Erwerbsarbeitslosigkeit sowie die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

#### Variable: Lebensstandard im Alter

Die Variable E6 im *ESS-8*-Fragebogen (im Datensatz: gvslvol) erhebt die Einstellungen der Befragten dazu, ob der „Staat erstens dafür verantwortlich sein [sollte], einen angemessenen Lebensstandard im Alter sicherzustellen“ (Formulierung Fragebogen für Deutschland).

Die deskriptiven, gewichteten Ergebnisse dieser Variablen zeigen, dass bei 39.145 gültigen Antworten alle Antwortkategorien ausgeschöpft wurde. Das ist auch der Fall, wenn man die einzelnen 21 Länder, die in die Analyse einfließen, betrachtet. Die Verteilung über das Gesamtsample ist linksschief. Der Mittelwert liegt bei 7,89. Die Schiefe ist auch in allen Ländern gegeben, der Mittelwert liegt zwischen 7,06 (Schweiz) und 8,85 (Island). Betrachtet man die Variable anhand der fünf Regime-Typen nach Esping-Andersen (1990; 1999), können keine Tendenzen festgestellt werden.

#### **Variable: Lebensstandard für Erwerbsarbeitslose**

Die nächste Variable im Fragebogen (E7 bzw. gvslvue im Datensatz) erhebt die Einstellungen der Befragten dazu, ob der „Staat erstens dafür verantwortlich sein [sollte], einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicherzustellen“ (Formulierung Fragebogen für Deutschland).

Hier wurden 38.928 gültige Antworten erfasst. Die Gesamtbreite der Antwortmöglichkeiten wurde wiederum in allen 21 Ländern ausgeschöpft. Die Verteilung ist linksschief, allerdings weniger stark als bei der Frage nach dem Lebensstandard für Ältere. Dass die Frage stärker streut, zeigt die Standardabweichung (2,23 vs. 1,83 beim Lebensstandard im Alter). Der Mittelwert liegt bei 6,55. Im Vergleich der Regime-Typen zeigt sich, dass ein angemessener Lebensstandard für Erwerbsarbeitslose in Ländern des mediterranen Regime-Typus stärker befürwortet wird (MW = 7,66), der sozialdemokratischskandinavische Regime-Typus liegt leicht über dem Durchschnitt, die drei anderen unterdurchschnittlich. Im Ländervergleich liegt der Mittelwert zwischen 5,85 (Großbritannien) und 7,74 (Spanien). Überraschend ist der Mittelwert von 6,02 in Deutschland, der ein Resultat der jahrelangen *Hartz-IV*- und aktivierenden Arbeitsmarkt-Politik sein könnte (Hemerijk 2017; van Oorschot und Chung 2014; Vis 2007).

#### **Variable: ausreichend Kinderbetreuungsmöglichkeiten**

Die dritte Frage in dieser Fragenbatterie (E8 bzw. gvcldr im Datensatz) weicht inhaltlich etwas von den anderen beiden Fragen ab, sie stellt zwar auch die Frage nach der Verantwortlichkeit des Sozialstaates, aber diesmal nach dessen Verantwortung, „ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern sicherzustellen“ (Formulierung Fragebogen für Deutschland).

Auch diese Variable weist eine linksschiefe Verteilung auf. Mit einer Ausnahme wurde wiederum die gesamte Bandbreite an Antwortmöglichkeiten ausgeschöpft. Nur in Litauen gibt es keine\*n Befragte\*n, der/die mit „Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein“ geantwortet hätte. Im Gesamtsample ergibt sich damit ein Mittelwert von 7,79. Überraschend ist ein Vergleich nach Regime-Typen, der zeigt, dass die Zustimmung im liberalen Regime-Typus am wenigsten stark (7,08) und im osteuropäischen bzw. mediterranen Regime-Typus am stärksten (8,08 bzw. 8,13) ausgeprägt ist. Mit einem Blick auf die Länderergebnisse bestätigt sich der Trend der Regime-Cluster mit der höchsten mittleren Zustimmung in Portugal (8,64) bzw. Litauen (8,78). Überraschend ist das Ergebnis aus den Niederlanden, die in der Regime-Typologie dem sozialdemokratisch-skandinavischen Cluster zugeordnet werden: Hier wurde mit 6,13 der niedrigste durchschnittliche Wert erhoben. Dieses Ergebnis zeigt wiederum, dass eine Analyse auf Regime-Typus-Basis wenig zielführend zu sein scheint.

### Summenindex: Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates

Da die drei Variablen zumindest in ihrer Orientierung sehr ähnlich erscheinen, soll im nächsten Schritt überprüft werden, ob sie zu einem Summenindex zusammengefasst und als gemeinsame abhängige Variable genutzt werden könnten. Scatterplots, in denen die Variablen gemeinsam dargestellt werden, zeigen die linksschiefe Verteilung mit Deckeneffekt und lassen Korrelationen vermuten. Die Korrelationen weisen im Gesamtsample (gewichtet nach Ländergrößen und Poststratifikationsgewicht) folgende Werte für  $r$  auf:

- Die Variablen zur *Lebensqualität für Ältere* und *Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose* korrelieren mit einem Wert von 0,475.
- Die Variablen zur *Lebensqualität für Ältere* und *ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten* weisen  $r = 0,419$  auf.
- Den niedrigsten Korrelationskoeffizienten von  $r = 0,333$  haben die Variablen *Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose* und *ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten*.

So stellt sich anschließend die Frage, ob und in welcher Form diese drei Variablen zusammengefasst werden können. Laut Bartlett-Test ist die Korrelationsmatrix für eine Faktorenanalyse geeignet. Das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium liegt bei mittelmäßigen 0,65. Eine anschließende explorative Faktorenanalyse (Hauptachsen-Analyse gewich-

### 5.3. ABHÄNGIGE VARIABLE: AUFGABEN DES SOZIALSTAATES

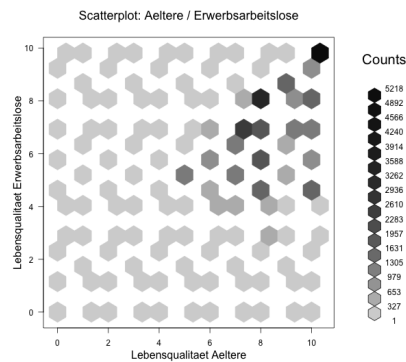


Abbildung 1: High Density Scatterplot zwischen den Variablen *Lebensqualität für Ältere* und *Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose*

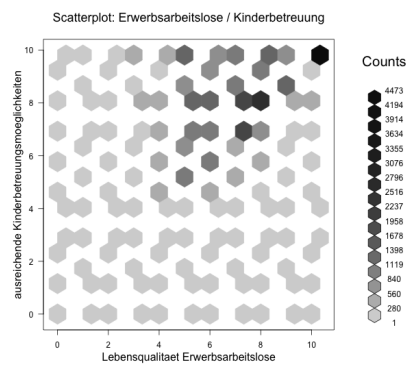


Abbildung 2: High Density Scatterplot zwischen den Variablen *Lebensqualität für Erwerbsarbeitslose* und *ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten*

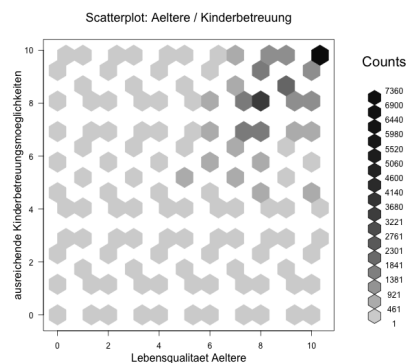


Abbildung 3: High Density Scatterplot zwischen den Variablen *Lebensqualität für Ältere* und *ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten*

tet nach Ländergrößen und Poststratifikationsgewicht) zeigt, dass die drei Variablen auf einen Faktor laden. Dieser Faktor erklärt allerdings nur 42,06% der Gesamtvarianz. Eine Reduktion der Variablen für die Faktorenanalyse auf die beiden Variablen zur Lebensqualität führt zu einer kleinen Verbesserung in der erklärten Gesamtvarianz (47,29%). Dennoch wird anknüpfend an Castel (2008 [2000]) und Esping-Andersen (1999) entschieden, in weiterer Folge mit einem Summenindex über alle drei Variablen zu rechnen.<sup>11</sup> Der Summenindex wird für alle Befragten gebildet, die alle drei Variablen beantwortet haben, und in der abhängigen Variablen *Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates* zusammengefasst.

Die Entscheidung für diesen Summenindex aus allen drei Variablen ergibt sich aus der Fragestellung der vorliegenden Arbeit, die nach der Legitimität des Sozialstaates fragt. Wie Esping-Andersen (1990; 1999) in seinen Texten beschreibt, sind die Aufgaben des Sozialstaates nicht nur im Bereich Arbeitsmarkt charakterisiert, sondern auch in der Familienpolitik (vgl. Kap. 3.1). Castel (2008 [2000]; 2011; 2016) wiederum nähert sich dem Thema aus einem anderen Blickwinkel, kommt aber zu einem ähnlichen funktionalen Schluss: Die Unsicherheit und Gefahr der Entkoppelung steigt, je niedriger die Eingebundenheit in den Arbeitsmarkt bzw. in ein familiäres resp. soziales Umfeld ist (vgl. Kap. 2.1.2 und 2.1.4). Da aus statistischen Gründen eine Verwendung aller drei Variablen nicht untersagt wird und die Gruppierung zu einem Welfare Index zusammen mit anderen Variablen bereits so erprobt wurde (Svallfors 2012b, S. 13), verfolgt die vorliegende Arbeit trotz mittelmäßiger Eignung der Daten aufgrund der theoretischen Basis diesen Weg.

Die abhängige Variable *Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates* basiert auf dem Summenindex der drei Ausgangsvariablen. Hierbei wurden nur vollständige Fälle zusammengezählt und durch drei dividiert. Die Verteilung ist wie bei den Ausgangsvariablen linksschief. Der mit nach Bevölkerungszahlen und Poststatifikation gewichtete Mittelwert liegt bei 7,39, die Standardabweichung bei 1,56. Die Einzelwerte streuen über die gesamte Skala von 0 bis 10. Für die Werte hier gilt wie für die Ausgangsvariablen, dass ein höherer Wert eine höhere Befürwortung der oben zitierten Aussagen anzeigt, d.h., ein\*e Befragte\*r mit einem höheren Wert sieht den Sozialstaat hinsichtlich eines

---

<sup>11</sup> Ebenfalls getestet wurde mit Factorscores aus dieser Faktorenanalyse weiter zu rechnen. Deren Verteilung ist derart linksschief zentriert, dass in einer Multi-Level-Analyse überhaupt keine aussagekräftigen Ergebnisse mehr erzielt werden können. Die Verwendung des Summenindex ermöglicht es außerdem, die Skala von 0 bis 10 beizubehalten, und vereinfacht die Interpretation der Ergebnisse.

### 5.3. ABHÄNGIGE VARIABLE: AUFGABEN DES SOZIALSTAATES

	Mean	N	Std. Dev.
AT	7.54	646	2.00
BE	7.23	895	1.27
CH	6.57	644	1.65
CZ	7.56	754	1.61
DE	7.35	6709	1.46
EE	7.70	95	1.49
ES	8.09	3224	1.64
FI	7.77	434	1.21
FR	7.15	4906	1.42
GB	6.87	4724	1.45
HU	7.26	626	1.65
IE	7.12	285	1.50
IS	8.22	24	1.28
IT	8.01	3095	1.54
LT	8.30	152	1.53
NL	6.63	1296	1.21
NO	7.92	407	1.29
PL	7.39	2458	1.58
PT	8.13	796	1.47
SE	7.63	754	1.39
SI	7.69	140	1.53
Total	7.39	33064	1.56

Tabelle 1: Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen *aufgaben* (gewichtet)

angemessenen Lebensstandards für Ältere resp. Erwerbsarbeitslose sowie hinsichtlich ausreichender Kinderbetreuungsplätze mehr in der Pflicht als ein\*e Befragte\*r mit Werten unter dem Durchschnitt.

Im Vergleich der Mittelwerte über die einzelnen Länder reichen die Werte von 6,57 (Schweiz) bis zu 8,22 (Island). In Island streuen die Werte auch deutlich geringer über die gesamte Skala, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Im Bezug auf den Mittelwert entsprechen Polen, Deutschland, Ungarn und Belgien am ehesten dem Gesamtsample. Dabei ist keine klare Regime-Zuordnung zu erkennen, eine leichte Tendenz zu einer stärkeren Befürwortung für mehr sozialstaatliche Staatsaufgaben zeichnet sich allerdings bei den skandinavischen Ländern ab, wobei hier auch die Niederlande eine Ausnahme bilden. Dort sind die obersten Werte der Skala im Vergleich zu allen anderen Ländern in der Verteilung bereits als Ausreißer im Boxplot gekennzeichnet.

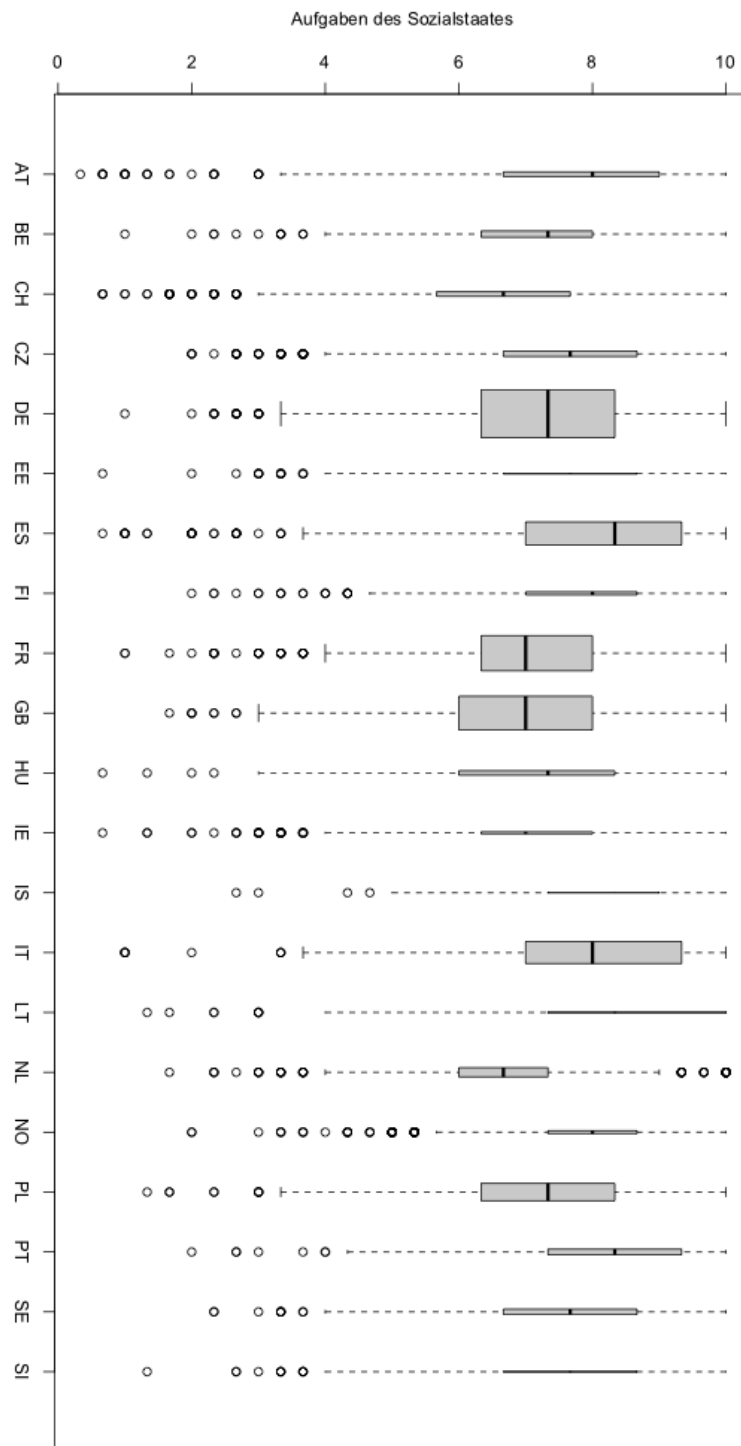


Abbildung 4: Abhängige Variable *Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates* im Ländervergleich (gewichtet)



## 5.4 Hypothesen auf individuellem Niveau

Es stellt sich in weiterer Folge nun die Frage, welche Variablen Einfluss auf die Bewertung der Aufgaben des Sozialstaats (vgl. Kap. 5.3) haben. Folgt man Castel (2008 [2000]; 2011), haben Gefühle der Unsicherheit, die durch fehlende soziale Eingebundenheit und schlechte berufliche Absicherung entstehen, einen Einfluss auf das Sozialgefüge und damit auf die Bewertung zu Aufgaben eines Sozialstaates. Für die vorliegende Arbeit wird angenommen, dass jene, die sich von Unsicherheit betroffen sehen, mehr Aufgaben beim Staat sehen. So sichert der Sozialstaat einen sozialen Status und gibt damit Sicherheit (Castel 2008 [2000], S. 271–279; 2011, S. 335–346; Esping-Andersen 1990, S. 21 f.). Für die vorliegende Arbeit werden daher als unabhängige Variablen zwei Unsicherheitsvariablen auf individueller Ebene definiert, die die beiden Dimensionen soziales und berufliches Umfeld messen sollen.

### Soziales Umfeld

Wenn Castel (2008 [2000]; 2011) über das soziale Umfeld spricht, zeigt sich eine Unsicherheit bzw. Entkoppelung u.a. durch eine objektiv messbare Marginalisierung, aber auch durch ein individuelles Exklusionsempfinden, wobei nochmals darauf hingewiesen werden muss, dass er den Begriff der *Exklusion* selbst nicht verwenden würde (vgl. Kap 2.1.2). Bude und Lantermann (2006) zeigen in ihrer Studie eine mehrdimensionale Operationalisierung dazu auf: Im Rahmen ihres PRE-Modells untersuchen sie unter dem Schlagwort *Netzwerkarmut* (Pfeiffer 2010) „[e]ine mehr oder weniger prekäre soziale Vernetzung [. . .] über das Vorhandensein von Freunden, Familienmitgliedern und Bekannten“ (Bude und Lantermann 2006, S. 238) sowie anhand von Items-Batterien in einem Fragebogen den Kohärenzsinn, die Unbestimmtheitsorientierung und das Exklusionsempfinden (ebd., S. 239 f., 249). Eine Sekundärdatenanalyse, wie sie in der vorliegenden Arbeit durchgeführt wird, muss dahingegen mit dem auskommen, was ursprünglich erhoben wurde.

Im Bezug auf das soziale Umfeld erhebt der *European Social Survey 2016* Variablen, die nach der Anzahl von Vertrauenspersonen (Frage C3) und nach der Intensität der Freizeitgestaltung (Frage C2 und Frage C4) fragen. Während in Frage C2 nach der Häufigkeit von Freizeitaktivitäten mit Freund\*innen, Verwandten und Arbeitskolleg\*innen gefragt wird, erhebt Frage C4 die Intensität ebendieser im subjektiven Vergleich mit Altersgenoss\*innen. Da für einen Ländervergleich die letztere Frage unbrauchbar er-

scheint, weil die Grundgesamtheit, auf die sich der subjektive Vergleich jeweils bezieht, unbekannt ist, kommt folgende Frage zur Anwendung: „Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?“ (Frage C2, Formulierung Fragebogen für Deutschland) Die siebenstufige ordinale Antwortskala reicht von „nie“ bis „täglich“. Die Daten für das Gesamtsample zeigen, dass 17,66% der Befragten dies maximal einmal pro Monat tun. Es ist daher davon auszugehen, dass jene Befragten eine schwache soziale Eingebundenheit nach Castel (2008 [2000]) aufweisen und daher für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse sind. Um die ordinalskalierte Variable für das Multi-Level-Modelling nutzbar zu machen, werden die Daten dichotomisiert, sodass jene mit seltenen Sozialkontakten (Antwortkategorien nie, weniger als einmal pro Monat, einmal pro Monat) den Wert 1 erhalten, alle anderen den Wert 0.

Socially meet with friends, relatives or colleagues	Count	Valid percent	Cum. %
Never (1)	590	1,50	1,50
Less than once a month (2)	2733	6,95	8,45
Once a month (3)	3621	9,21	17,66
Several times a month (4)	5967	15,17	32,83
Once a week (5)	7253	18,45	51,28
Several times a week (6)	8062	20,5	71,78
Every day (7)	11097	28,22	100
#Total	39323	100	

Tabelle 2: Deskriptive Statistik der unabhängigen Variablen zum Treffen mit Arbeitskolleg\*innen und Freund\*innen (gewichtet)

Die dichotomisierte Variable zur Häufigkeit von Sozialkontakten hat im Ländervergleich eine hohe Spannweite. Sie reicht von einem geringen Anteil mit wenigen Sozialkontakten in den Niederlanden (6,28%) und Portugal (6,87%) bis zu einem hohen Anteil in Litauen (38,75%) und Ungarn (50,48%). Die hohen Werte sind v.a. für Länder des osteuropäischen Regimes typisch.

Damit ergibt sich folgende Hypothese für das soziale Umfeld:

**Hypothese 1.** *Je weniger Sozialkontakte eine befragte Person aufweist, desto mehr stimmt sie zu, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Dabei muss nochmals festgehalten werden, dass die vorliegende Operationalisierung nur den Teilbereich der *Netzwerkarmut* (Pfeiffer 2010) abbildet und den Rest des Konstrukts von Castel (2008 [2000]) außen vor lässt.

## 5.4. HYPOTHESEN AUF INDIVIDUELLEM NIVEAU

	mehrmals pro Monat und häufiger	max. 1x pro Monat
AT	88.29	11.71
BE	86.16	13.84
CH	87.99	12.01
CZ	83.73	16.27
DE	84.69	15.31
EE	69.09	30.91
ES	88.37	11.63
FI	84.28	15.72
FR	88.34	11.66
GB	79.04	20.96
HU	49.52	50.48
IE	77.51	22.49
IS	92.31	7.69
IT	79.49	20.51
LT	61.25	38.75
NL	93.72	6.28
NO	91.57	8.43
PL	64.72	35.28
PT	93.13	6.87
SE	92.85	7.15
SI	77.14	22.86

Tabelle 3: Deskriptive Statistik der dichotomisierten Variablen *wenige Sozialkontakte* nach Land (gewichtet)

### Erwerbsarbeitsumfeld

Im *European Social Survey 2016* finden sich keine passenden Variablen, die die Eingebundenheit am Arbeitsplatz messen, von der Castel (2011; 2016) spricht. Sehr wohl erhoben werden aber subjektive Einschätzungen dazu, wie die eigene Arbeitsplatzsicherheit wahrgenommen wird. Eine Frage dazu aus dem Spezialmodul zum Sozialstaat erhielten allerdings nur diejenigen, die derzeit in einem Beschäftigungsverhältnis sind oder nach Erwerbsarbeit suchen, daher gibt es nur 24.839 gültige Antworten. Die Frage ist so formuliert: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten arbeitslos werden und mindestens vier Wochen lang eine neue Stelle suchen müssen?“ (Frage E39, Formulierung Fragebogen für Deutschland) Die vierstufige ordinale Antwortskala reicht von „überhaupt nicht wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“.

Es fällt in der Verteilung nicht nur der hohe Anteil an fehlenden Werten (22,19%) auf, sondern auch, dass nur ein geringer Anteil der Befragten angibt, dass die Wahrschein-

## KAPITEL 5. METHODISCHER ZUGANG

How likely unemployed and looking for work next 12 months	Count	Valid percent	Cum. %
Not at all likely (1)	2898	35,46	35,46
Not very likely (2)	3782	24,99	60,45
Likely (3)	8543	9,83	70,28
Very Likely (4)	9617	7,53	77,81
(Never worked OR no longer working and not looking for work) (55)	13650	22,19	100
#Total	38489	100	

Tabelle 4: Deskriptive Statistik der unabhängigen Variablen zur Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden (gewichtet)

lichkeit eines Jobverlusts in den folgenden zwölf Monaten und einer darauf folgenden Arbeitslosigkeit von vier Wochen vorhanden ist (17,35%). Letztere sind es, die für die vorliegende Analyse besonders interessant sind – aus dem Blickwinkel von Castel (2008 [2000]) gesehen, sind es vermutlich jene, die in der Zone der Entkoppelung (vgl. Kap. 2.1.2) zu verorten sind, während die wachsende Zone der Unsicherheit (vgl. Kap. 2.1.4) damit nicht abgebildet werden kann. Zur Berechnung im Rahmen des Multi-Level-Modelling wird auch diese unabhängige Variable dichotomisiert. Die Antwortkategorien „wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich“ erhalten den Wert 1, die anderen beiden Antwortkategorien sowie jene, die derzeit keiner Erwerbsarbeit nachgehen und auch nicht auf der Suche danach sind, den Wert 0.

Im Ländervergleich liegt der Wert derjenigen, die den eigenen Erwerbsarbeitsplatz als unsicher wahrnehmen, zwischen 11,19% (Schweden) und 29,15% (Spanien). Generell zeigt sich, dass die Länder des mediterranen Regime-Typus einen überdurchschnittlichen Anteil dieser Befragten aufweisen (24,64%) und damit den Mittelwert nach oben drücken. Allerdings wird auch hier bei der Analyse auf Länderebene deutlich, dass mit der Regime-Typologie die Kennwerte zu sehr über einen Kamm geschoren werden: In den osteuropäischen Ländern liegt der Anteil z.B. zwischen 10,31% (Ungarn) und 27,73% (Litauen).

Folgende Hypothese kann anknüpfend an Castel (2008 [2000]; 2011) definiert werden:

**Hypothese 2.** *Personen, die die Gefahr sehen, ihren Erwerbsarbeitsplatz in den nächsten zwölf Monaten zu verlieren, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

## 5.4. HYPOTHESEN AUF INDIVIDUELLEM NIVEAU

	unwahrscheinlich / nicht zutreffend	wahrscheinlich
AT	87.35	12.65
BE	86.77	13.23
CH	87.02	12.98
CZ	78.47	21.53
DE	89.76	10.24
EE	78.18	21.82
ES	70.84	29.16
FI	85.56	14.44
FR	78.47	21.53
GB	85.69	14.31
HU	89.69	10.31
IE	81.94	18.06
IS	88.89	11.11
IT	77.41	22.59
LT	72.27	27.73
NL	85.94	14.06
NO	88.00	12.00
PL	84.20	15.80
PT	83.63	16.37
SE	88.81	11.19
SI	78.74	21.26

Tabelle 5: Deskriptive Statistik der dichotomisierten Variablen zur Wahrscheinlichkeit eigener Erwerbsarbeitslosigkeit nach Land (gewichtet)

### Politische Einstellung

Wie Roosma et al. (2014, S. 203) festhalten, ist die politische Orientierung der Befragten ein wesentlicher Einflussfaktor für die Bewertung von einem Sozialstaat. Die Autor\*innen betonen, dass die erwartete Tendenz, dass Personen mit einer linken oder egalitären Einstellung eher Sympathien für einen starken Sozialstaat hegen als jene, die eine rechte oder konservative politische Orientierung aufweisen, empirisch belegt werden konnte (vgl. auch Cappelen et al. 2018, S. 2, 5; Lubbers et al. 2018, S. 4). Für die vorliegende Arbeit können diese Erkenntnisse nicht außer Acht gelassen werden. Um diesen Einfluss zu messen, wählen Roosma et al. (2014, S. 204) die traditionelle Links-Rechts-Skala, die sie in drei Dummy-Variablen links, Mitte, rechts aufteilen, sowie zwei Variablen, die die egalitäre bzw. meritokratische Einstellung messen. Ebenfalls auf zwei Variablen, die die egalitäre Einstellung messen sollen und nach der Akzeptanz sozialer Ungleichheit fragen, greifen Chung und Meuleman (2017, S. 56) zurück. Da

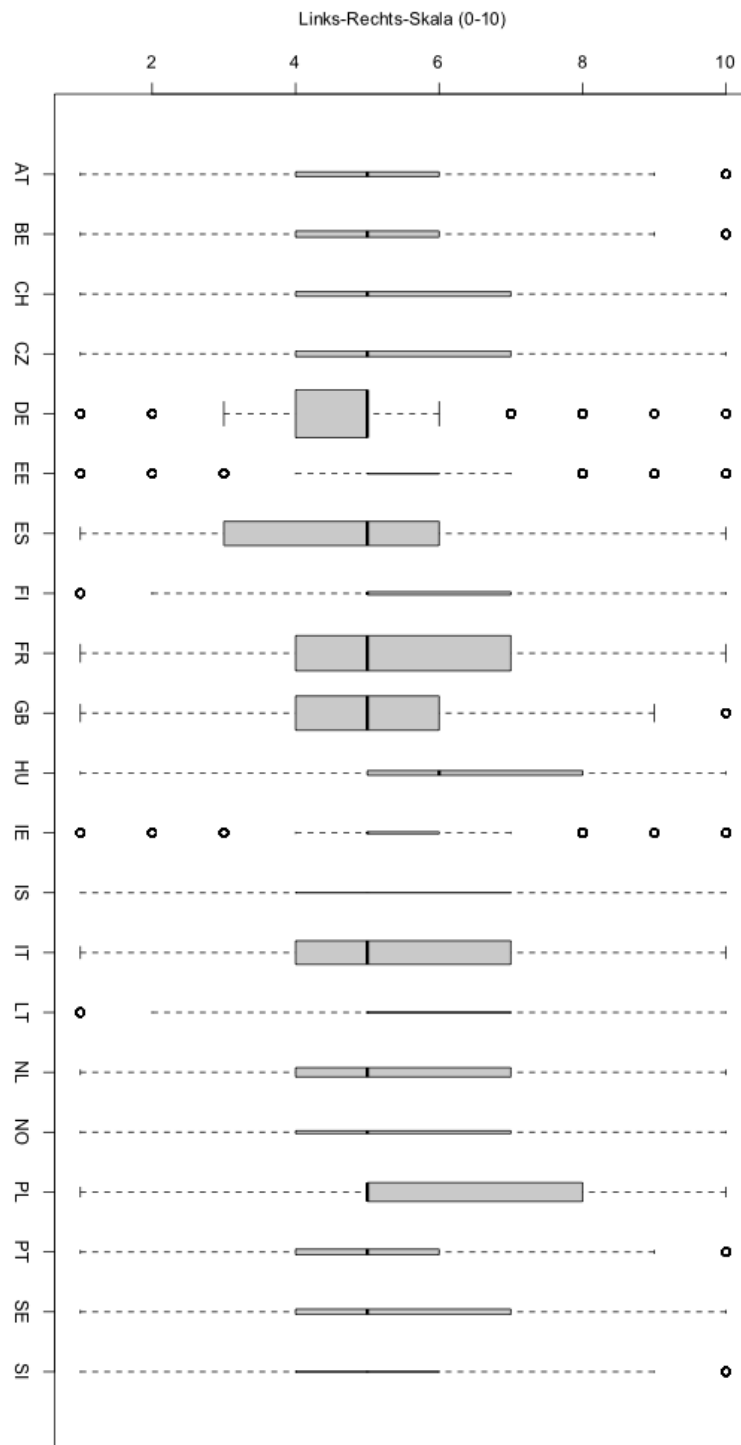


Abbildung 5: Links-Rechts-Skala im Ländervergleich (gewichtet)

nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Auswahl der Variablen, die für die Messung egalitärer Einstellungen zum Tragen kommen, das Ergebnis verschieben kann, wird für die vorliegende Arbeit die Links-Rechts-Skala verwendet.

Dieses Vorgehen, die politische Einstellung als unabhängige Variable zu definieren, ist nicht unumstritten: Obwohl z.B. auch Finseraas (2009, S. 100 f.) darauf hinweist, dass es einen Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Bewertung des Sozialstaates gibt, nimmt er davon Abstand, dies in seine Berechnung einfließen zu lassen, weil die Richtung des Einflusses nicht belegt werden kann.

Im Fragebogen des *ESS 8* wurde die Links-Rechts-Skala mit folgender Frage erhoben: „In der Politik spricht man manchmal von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wo auf der Skala auf Liste 10 würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts?“ (Frage B26, Formulierung Fragebogen für Deutschland) Die Frage hat einen hohen Missing-Anteil, sie wurde von 34.476 Personen gültig beantwortet. Die Fälle mit fehlenden Werten werden mittels listenweisen Fallausschlusses für die Analyse nicht berücksichtigt, da eine Imputation mit einem Verfahren wie MICE (vgl. deren Einsatz z.B. bei Roosma et al. 2015b, S. 185) den Rahmen der Masterarbeit sprengen würde. Es wird daher davon ausgegangen, dass die fehlenden Werte rein zufällig sind, obwohl dies vielleicht nicht der Fall ist (Weins 2009, S. 135 f.).

Wenig überraschend erhält die goldene Mitte (Antwortkategorie 5) auf der Links-Rechts-Skala die häufigsten Antworten, der nach Bevölkerung gewichtete Mittelwert liegt bei 4,95 (Standardabweichung 2,20). Diese Tendenz zur Mitte zieht sich auch durch alle Länder, allerdings zeigt das Boxplot-Diagramm deutliche Unterschiede: In Deutschland, Estland und Irland wurde mit Werten an den Rändern der Skala deutlich weniger häufig geantwortet. Im Bezug auf den Mittelwert ist Ungarn mit 5,90 ein klarer Ausreißer nach rechts. Auch in Polen ist die Verteilung deutlich schief in Richtung rechter politischer Orientierung.

Um für die Multi-Level-Analyse bessere Aussagen treffen zu können, kommt die Variable zentriert zum Einsatz. Als 0-Wert wird der Mittelwert des Gesamtsamples gesetzt. Für die Variable ergibt sich folgende zu überprüfende Hypothese:

**Hypothese 3.** *Personen, die sich selbst als links der Mitte bezeichnen, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

### Individuelle Kontrollvariablen

Als Kontrollvariablen auf individueller Ebene kommen Geschlecht, Alter und Bildung zum Einsatz:

- Um auszuschließen, dass das Geschlecht das Ergebnis verzerrt, fließt die Dummy-Variable Geschlecht (Referenz: männlich) ins Modell ein. Darauf zu kontrollieren, lässt sich aus der Literatur begründen, in der davon die Rede ist, dass Frauen sozialstaatliche Leistungen tendenziell eher befürworten (Dallinger 2008, S. 147).
- Da ältere Personen sozialstaatliche Unterstützungsleistungen tendenziell eher unterstützen (van der Waal et al. 2013, S. 172) und das vorliegende Modell in der abhängigen Variablen eine Dimension zur Akzeptanz von Unterstützungsleistungen für Ältere beinhaltet, kommt die Variable Alter als Kontrollvariable zum Einsatz. Dieses wird auf das Durchschnittsalter von 47,94 Jahren zentriert.
- Als dritte Kontrollvariable kommt Bildung zum Einsatz, die als Proxy für den sozialen Status dient. Als Variable wird dabei die Anzahl der Jahre, die jemand in Ausbildung verbracht hat, genutzt. Die Daten der Variablen zeigen, dass die gegebenen Antworten zwischen 0 und 54 Jahren liegen. Dass es sich dabei um Ausreißer<sup>12</sup> handelt, wird deutlich, wenn man die Verteilung betrachtet: Die mittleren 50% der Fälle liegen zwischen 10 und 15 Jahren. Um die Daten besser interpretieren zu können, wird auch hier auf die durchschnittliche Ausbildungsdauer von 12,83 Jahren zentriert.

Obwohl die Variable zum Haushaltseinkommen in ähnlichen Untersuchungen häufig zum Einsatz kommt (Chung und Meuleman 2017; Finseraas 2009; Roosma et al. 2015b; Wendt 2008), wird für die vorliegende Arbeit aufgrund der hohen Anzahl fehlender Werte (17,1%) darauf verzichtet. Aufgrund der begrenzten internationalen Vergleichbarkeit und aufgrund des Hinweises, dass zwischen Non-Response und Bildungsniveau eine Korrelation bestehen könnte, die zu verzerrten Ergebnissen führt (Weins 2009, S. 136), wurde auch auf die Variable Bildungsniveau als Kontrollvariable verzichtet.

---

<sup>12</sup> In der Modellberechnung wird auch eine Variante getestet, in der alle Ausreißer, die mehr als drei Standardabweichungen vom Mittelwert liegen, entfernt wurden. Die Ergebnisse verändern sich dadurch nicht maßgeblich, sodass diese künstliche Datenbereinigung nicht weiter verfolgt wird.



## 5.5 Kontextindikatoren

Es ist davon auszugehen, dass nicht nur individuelle Variablen Einfluss auf die Bewertung der Aufgaben des Sozialstaats haben, sondern, wie Castel (2008 [2000], S. 20) anmerkt, dies auch eine Frage nach der Beschaffenheit des Staates ist. So bestimmt die demokratische Gesellschaft resp. das sozialstaatliche Gefüge mit, wie hoch die Gefahr einer Entkoppelung bzw. steigender Unsicherheit ist und wie stark dadurch eine Entkollektivierung forciert wird (vgl. Kap. 2.1.4 bzw. 2.2). Anknüpfend an Esping-Andersen (1999; 2004) wird dabei angenommen, dass das sozialstaatliche Gefüge ebenfalls Einfluss auf die Bewertungen seiner Bürger\*innen hat. Dieser als formativer Effekt bezeichnete Einfluss prägt die Einstellungen dadurch, dass moralische Idealvorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität gelebt werden (Arts und Gelissen 2002; Dallinger 2008, S. 141; Svallfors 2012a). Auch in der Politischen Ökonomie ist diese Korrelation zwischen wirtschaftlichen Indikatoren wie dem BIP und den Einstellungen der Bürger\*innen zu Steuern und sozialstaatlichen Leistungen bekannt (Dallinger 2008, S. 142). Diesen Effekt gilt es durch Kontextindikatoren messbar zu machen.

### 5.5.1 Methodische Überlegungen zu den Kontextindikatoren

Auf welcher Ebene entstehen diese Kontexteffekte? Dies gilt es im ersten Schritt zu fragen. Die offensichtlichste Ebene ist jene des Staates an sich. Allerdings können auch Regionalparlamente maßgebliche Einflüsse setzen, wie dies vielleicht in den Niederlanden, Belgien, Spanien, Italien und Malta, wo mehr Entscheidungskompetenz auf die Regionalparlamente verteilt wurde (Bazant und Schubert 2008, S. 637), der Fall ist. Jene regionale Schwankung, die Kazepov und Ranci (2017) für Italien aufzeigen, wird auch bei einem Blick auf die italienischen Daten der abhängigen Variable *Aufgaben des Sozialstaats* im *European Social Survey 2016* deutlich: Der gewichtete Mittelwert für Italien liegt bei 0,27, schwankt auf regionaler Ebene allerdings zwischen -0,69 (Südtirol/Autonome Provinz Bozen) und 0,55 (Aostatal) bzw. 0,58 (Friaul-Julisch Venetien). Obwohl es sich bei diesen grenznahen Gebieten um Ausreißer handeln könnte, zeigt sich auch ein genereller Trend: Die Zustimmung ist im Süden Italiens zu mehr Aufgaben für den Sozialstaat tendenziell höher als im Norden. Die Anzahl verfügbarer Kontextindikatoren auf regionaler Ebene, mit denen die Einflüsse dieser deskriptiven Daten untersucht werden könnten, sind überschaubar. Für alle Länder, die in der Untersuchung berücksichtigt werden sollten, gibt es lediglich das regionale BIP sowie die Erwerbs-

arbeitslosenquote auf regionaler Ebene. Aufgrund der durchwachsenen Datenlage und der deutlich komplexeren Modellierung und Interpretation eines Drei-Ebenen-Modells (Luke 2004, S. 68 f.), das Individuum, Region und Staat berücksichtigt, wird trotz der theoretischen Hinweise in der vorliegenden Arbeit davon Abstand genommen und die Berechnung auf die beiden Ebenen Individuum und Staat beschränkt.

Langer (2008, S. 98; 2010, S. 763) verweist im Bezug auf die Anzahl der Kontextindikatoren auf die 30/30-Daumenregel. D.h. konkret, dass für eine komplexere Analyse mindestens 30 Kontexteinheiten mit mindestens 30 Individuen im Sample zu finden sein müssen. In der vorliegenden Arbeit werden 21 Länder/Kontexteinheiten untersucht. Daher ist die Anzahl an Kontextindikatoren, die gleichzeitig in die Analyse einfließen können, beschränkt. Es wird daher, wie in den anderen Studien üblich (Chung und Meuleman 2017; Dallinger 2008; Finseraas 2009; van Oorschot und Chung 2014; van Oorschot und Meuleman 2012), jeweils ein Kontextindikator pro Modell in der Berechnung berücksichtigt und daher mehrere Modelle nacheinander berechnet.

Um eine Datenqualität zu gewährleisten, stammen alle Daten aus einer Quelle, und zwar aus Veröffentlichungen von Eurostat, die dafür allerdings auch verschiedenste Umfragen aggregiert. Die Erhebung des *ESS 2016* fand primär zwischen Herbst 2016 und Frühjahr 2017 statt. Daher werden für die Kontextindikatoren Kennzahlen für das Jahr 2016 genutzt. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen – das ist bei den ausgewählten Daten nur einmal der Fall –, wird das nächstmögliche Jahr (also 2015 resp. 2017) als Proxy zur Imputation gesetzt.

### 5.5.2 Hypothesen auf nationaler Ebene

#### **Wirtschaftsleistung**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sagt etwas darüber aus, wie die Wirtschaftsleistung in einem Land ist. Je höher der Wert, desto mehr Waren und Leistungen werden innerhalb eines Landes produziert. Es kann daher auch als Proxy gesehen werden, um Länder zu identifizieren, deren Wirtschaftsleistung schwach ist. Da als Kontextindikator in die vorliegende Erhebung nur ein Messzeitpunkt einfließt, lässt sich keine Aussage darüber treffen, ob ein niedriges BIP mit den Folgen der Wirtschaftskrise ab 2008 zu tun haben könnte (van Oorschot und Chung 2014, S. 31). Es kommt als Kennzahl in einer Vielzahl der Studien im Forschungsüberblick zum Einsatz (Dallinger 2008; Finseraas 2009; Roosma et al. 2015a; Uunk und van Oorschot 2018; van Oorschot und Chung

2014). Die Ergebnisse aus diesen Studien sind nahezu kontraintuitiv: So ließe sich vermuten, dass die Bevölkerung eines Landes mit einem hohen BIP und damit einer hohen Wirtschaftsleistung dazu tendiert, die sozial Schwachen stärker zu unterstützen, weil genug Geld dafür da ist. Die Studienergebnisse zeigen das genaue Gegenteil (Dallinger 2008, S. 151; van Oorschot und Chung 2014, S. 27). Das wiederum führt zu folgender Hypothese:

**Hypothese 4.** *In Ländern, deren Bruttoinlandsprodukt niedriger ist, wird eher befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Um eine internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten, kommt das BIP pro Kopf zum Einsatz, d.h., das Bruttoinlandsprodukt eines jeden Landes wird durch die jeweilige Einwohner\*innen-Zahl des Landes zu diesem Zeitpunkt dividiert. Die Eurostat veröffentlicht diese Daten unter dem Code `sdg_08_10` als „Real GDP per capita“ und weist dem EU-28-Raum dabei einen Wert von € 27.100,- für 2016 aus. Die ost- und süd-europäischen Länder liegen dabei unter diesem Durchschnittswert, während die west- und nordeuropäischen Länder darüber liegen. Dabei liegen die Werte für die 21 Länder, die in die vorliegende Untersuchung einfließen, zwischen € 11.300,- (Ungarn und Polen) und € 69.100,- (Norwegen). Für Frankreich, Spanien und die Niederlande sind die veröffentlichten Werte vorläufig. Die Daten werden für die vorliegende Berechnung genauso behandelt, als wären sie endgültig.

### **Arbeitsmarkt**

In Korrelation mit der Wirtschaftsleistung steht meist auch der Arbeitsmarkt – die Erwerbsarbeitslosenquote sinkt, nachdem die Wirtschaftsleistung gesunken ist (Uunk und van Oorschot 2018, S. 5). Interessant wäre es im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt zu untersuchen, ob die staatlichen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik einen Einfluss auf die Bewertungen der *Aufgaben des Sozialstaates* haben. Die Daten stehen seit Dezember 2018 nicht mehr bei der Eurostat zur Verfügung, sondern werden von der EU-Kommission veröffentlicht (Code: `imp_ind_exp`). Da diese Daten aber nicht für die Schweiz und das Vereinigte Königreich erfasst wurden, müssten diese beiden Länder aus der Analyse ausgeschlossen werden. Daher wird im Sinne einer breiteren Datenbasis darauf verzichtet, auf die Ausgaben zur Arbeitsmarktpolitik zu kontrollieren.

Allerdings ist davon auszugehen, dass eine hohe Erwerbsarbeitslosenrate in einem Land auch die abhängige Variable *Aufgaben des Sozialstaates* beeinflussen kann, weil damit

das Kollektiv der Arbeitnehmer\*innen schrumpft (Castel 2008 [2000], S. 296, 302, 315; 2016, S. 162). Es ist daher Folgendes anzunehmen:

**Hypothese 5.** *Je höher die Erwerbsarbeitslosigkeit in einem Land ist, desto eher wird befürwortet, dass der Staat Aufgaben übernehmen soll.*

Dieser positive Zusammenhang lässt sich auch durch Studien belegen, die die Wahrnehmungen von Sozialleistungen mit der Erwerbsarbeitslosenquote untersuchen (Lübke und Erlinghagen 2014; Roosma et al. 2015b; van Oorschot und Chung 2014). Ebenfalls zu erwarten ist, dass die individuelle Variable *Erwerbsarbeitsumfeld* (vgl. Kap. 5.4 und 6.3.2) mit der Erwerbsarbeitslosenquote korreliert (Anderson und Pontusson 2007, S. 222).

Eurostat veröffentlicht regelmäßig international vergleichbare Werte unter dem Code tps00203. Die Quote ist definiert als %-Anteil an der Erwerbsbevölkerung. Im EU-28-Raum lag sie im Jahr 2016 bei 8,6%. Im hier verwendeten Ländersample reichte die Spanne von 3% in Island bis zu 19,6% in Spanien. Für die Schweiz fehlen diese Werte auf nationalem Niveau unter diesem Code. Allerdings wurden auf NUTS2-Ebene für alle sieben Großregionen Werte bei der Eurostat veröffentlicht. Ein nach Bevölkerungsgröße gewogener Mittelwert der Regionaldaten wird für den fehlenden Schweiz-Wert in der vorliegenden Arbeit imputiert.

### Sozialausgaben

Auf einer breiteren Basis gemessen als die nicht verwendeten staatlichen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik werden wiederum die Ausgaben des Sozialschutzes (*spr\_expend* bzw. *spr\_exp\_sum*). Diese umfassen z.B. Ausgaben für Erwerbsarbeitslose, ältere Menschen, Familienpolitik sowie auch Ausgaben für ein leistbares Wohnen und eine Reduktion sozialer Ausschlüsse. Im EU-28-Schnitt liegt der Wert für die Ausgaben pro Kopf im Jahr 2016 bei € 8.232,-. Auch dieser Wert schwankt im Sample stark zwischen € 2.081,- (Litauen) und € 20.304,- (Schweiz).

Im Sinne der Sättigungshypothese (Dallinger 2008, S. 142, 151) kann Folgendes angenommen werden:

**Hypothese 6.** *In Ländern, deren Ausgaben zum Sozialschutz hoch sind, wird weniger befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Für Island stehen keine Daten für 2016 auf der Website der Eurostat zur Verfügung. In die vorliegende Berechnung fließt daher der Wert aus dem Jahr 2015 ein.

### Soziale Ungleichheit

Zwischen den Sozialausgaben und dem Grad der sozialen Ungleichheit in einem Land lässt sich eine Korrelation feststellen (Schmid 2010, S. 101): Je höher die Sozialausgaben, desto niedriger der GINI-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens (Code: `ilc_di12`), der als operationalisiertes Maß für die Ungleichheit dient. Die Eurostat veröffentlicht auch einen GINI-Koeffizienten pro Land vor Sozialleistungen inkl. Renten (Code: `ilc_di12b`), der im direkten Vergleich höher ausfällt, was eine größere Ungleichheit bedeutet. Für den EU-28-Raum liegen die Werte für 2016 bei 30,8 bzw. 51,6. Die beiden Werte stehen wiederum in einem deutlich positiven Zusammenhang zueinander (Finseraas 2009, S. 101), sodass für die vorliegende Arbeit nur einer der Werte zum Einsatz kommt, und zwar jener, der das verfügbare Äquivalenzeinkommen inkl. Sozialleistungen berücksichtigt, weil dieser am ehesten der Lebensrealität der Befragten entspricht.

In der Forschung hat sich gezeigt, dass nicht automatisch von einer höheren Ungleichheit auf einen größeren Wunsch nach Verteilung von Sozialleistungen geschlossen werden kann, auch wenn die Tendenz in diese Richtung geht (Dallinger 2008, S. 143). Für die vorliegende Arbeit ergibt sich daraus dennoch folgende Annahme:

**Hypothese 7.** *In Ländern mit höherem GINI-Koeffizienten – d.h. mit einer höheren sozialen Ungleichheit – wird eher befürwortet, dass der Staat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

## 5.6 Verwendete Software für die Berechnungen

Für die Analyse kommt die Software *RStudio* zum Einsatz (R Core Team 2018). Wenn nicht anders angegeben, werden alle Daten gewichtet berechnet, wie das auch auf der Website des *ESS* vorgegeben wird (European Social Survey 2018b). Dabei werden jeweils die Poststratifikationsgewichte und die Populationsgewichte berücksichtigt (siehe auch Kap. 6.1.3).

Die Zusammenfassung der abhängigen Variablen mittels Faktorenanalyse erfolgt mit dem Package *psych* (Version 1.8.12) (Revelle 2018). Die Multi-Level-Analyse wird mit

dem Package *lme4* (Version 1.1.21) berechnet (Bates et al. 2015). Das Fitting für komplexere Modelle – z.B. mit Random Slope – erfolgt mit dem Package *optimx* (Nash und Varadhan 2011).

## KAPITEL 6

# AUSWERTUNG UND INTERPRETATION DER MEHREBENENANALYSE

Er redt nix und huast vü

Er wü sei Ruah und sein' Tee mit Rum

Weil des Leb'n is Arbeit und de bringt eam um

Jo weil des Leb'n is Arbeit und de bringt eam um. (Ostbahn Kurti & Die Chefpartie)

## 6.1 Modellspezifikation

### 6.1.1 Variablen im Modell

Für die Berechnung der Mehrebenenanalyse werden folgende Variablen berücksichtigt:

- *aufgaben*: Dabei handelt es sich um die abhängige Variable. Sie ist definiert als metrische Variable mit den Werten 0 bis 10 und beschreibt die Zustimmung der Befragten dazu, wie intensiv ein Sozialstaat die Lebensstandards für Erwerbsarbeitslose und Pensionist\*innen sichern soll und wie sehr er Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stellen soll. Je höher der Wert, desto höher die Zustimmung zu einem größeren Ausmaß an Aufgaben für den Sozialstaat (vgl. Kap. 5.3).
- Als unabhängige Variablen auf individuellem Niveau werden folgende Variablen berücksichtigt:

- *wenigsozialkontakt* definiert als dichotome Variable jene Personen, die ihr soziales Umfeld selten (d.h. maximal einmal im Monat) privat treffen. Sie laufen anknüpfend an Castel (2008 [2000]) Gefahr, in einer Zone der Unsicherheit oder Zone der Entkoppelung zu leben. Referenzgruppe sind jene Personen, die Freund\*innen, Verwandte und Arbeitskolleg\*innen öfter treffen.
  - Bei *arbeitslos\_werden* handelt es sich ebenfalls um eine dichotome Variable zur Arbeitsplatzunsicherheit (Castel 2011; 2016; Lübke und Erlinghagen 2014; van Oorschot und Chung 2014). Mit dem Wert 1 sind jene Personen versehen, die fürchten, in den nächsten zwölf Monaten arbeitslos zu werden und länger als vier Wochen nach einer neuen Stelle suchen zu müssen. Referenzgruppe sind jene Personen, die diese Befürchtung nicht haben bzw. denen diese Filterfrage nicht gestellt wurde.
  - Die Variable *lrscale\_zent* misst, wie sich die Befragten selbst auf einer Skala zur politischen Orientierung einordnen. Je niedriger der Wert, desto weiter links ordnen sie sich ein. Je weiter rechts, desto höher sind die Werte. Die Variable ist auf den gewichteten Mittelwert aller gültigen Antworten im Gesamtsample (4,95) zentriert.
  - Die Kontrollvariable *edu\_zent* misst, wie viele Jahre die Befragten Vollzeit in Ausbildung waren. Sie ist ebenfalls auf den gewichteten Mittelwert (12,83 Jahre) zentriert.
  - *geschlecht* unterscheidet als dichotome Variable zwischen Männern und Frauen. Als Referenzgruppe fungieren die Männer.
  - Das Alter der Befragten ist in *age\_zent* abgebildet. Die Variable ist auf den gewichteten Mittelwert von 47,94 Jahren zentriert.
- Als Kontextindikatoren werden folgende unabhängige Variablen auf Länderebene untersucht:
    - Der *GINI*-Koeffizient misst die soziale Ungleichheit pro Land im Jahr 2016 anhand des verfügbaren Äquivalenzeinkommens inkl. Sozialleistungen. Der theoretische Wert liegt zwischen 0 und 100, wobei höhere Werte eine höhere soziale Ungleichheit repräsentieren.
    - Die Variable *BIP* erfasst das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €/Land für das Jahr 2016.



- *sozialausgaben* ist als €-Betrag pro Kopf pro Land definiert und gibt jene Ausgaben an, die z.B. für Erwerbsarbeitslose, ältere Menschen, Familienpolitik sowie auch Ausgaben für ein leistbares Wohnen und eine Reduktion sozialer Ausschlüsse im Jahr 2016 verwendet wurden.
- Die *arbeitslosenquote* gibt den Anteil der Erwerbsarbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung pro Land im Jahr 2016 an.

Die Aufnahme der individuellen Variablen erfolgt schrittweise in das Modell. Es wird außerdem zwischen Modellen mit Random und Fixed Slope verglichen (Gałecki und Burzykowski 2013; Luke 2004; Raudenbush und Bryk 2002). Da eine aussagekräftige Anzahl von Kontextindikatoren von der Anzahl der Gruppen – im vorliegenden Fall sind das die 21 Länder der Erhebung – abhängt (Langer 2008, S. 98; 2010, S. 762 f.), können die Kontextvariablen jeweils nur getrennt im Modell berücksichtigt werden.

### 6.1.2 Maßzahlen

Die getrennt berechneten Modelle – schrittweiser Variableneinsatz auf individueller Ebene sowie ein Modell pro Kontextvariable – werden statistisch mittels BIC (Schwartz bzw. Bayesian information criterion) bzw. AIC (Akaike’s information criterion) miteinander verglichen, um eine Aussage darüber treffen zu können, welches Modell statistisch gesehen besser ist (Bates et al. 2015, S. 34; Gałecki und Burzykowski 2013, S. 87). Bei diesen beiden Kennzahlen handelt es sich um Kennzahlen, die die Modellgüte beschreiben:

The model with the largest AIC or BIC is deemed best. Note that sometimes the criteria are defined by using the negative differences [...]. In this case, the model with the smallest criterion value is deemed best, and this convention is adopted in R.

Though the two criteria are developed based on the same underlying principle, they are based on different model-selection approaches. AIC aims to find the best approximating model to the true one. On the other hand, BIC aims to identify the true Model. For  $\text{Log}N^* > 2$ , the penalty for the number of parameters used in BIC is larger than for AIC.<sup>13</sup> Thus, the former criterion tends to select simpler models than the latter. (Gałecki und Burzykowski 2013, S. 87)

---

<sup>13</sup>  $N^*$  entspricht der effektiven Fallzahl (Gałecki und Burzykowski 2013, S. 87).

Auch auf die Gefahr hin, dass AIC und BIC ein anderes Modell präferieren, werden beide Kennzahlen dargestellt. Da die vorliegende Berechnung mit R erfolgt, gibt der niedrigste Wert das beste Modell an.

Die Autor\*innen des Packages *lme4*, mit dem Mehrebenenmodelle in R berechnet werden, verzichten aus statistischen Gründen auf die Angabe von p-Werten: Die Anzahl der Freiheitsgrade pro Koeffizienten ist in den verschachtelten Modellen nur schätzungsweise möglich und eine genaue Berechnung nicht möglich (Bates et al. 2015, S. 35). Eine Möglichkeit, dennoch zu p-Werten zu kommen, ist über eine mehrfache Simulation der Werte für die abhängige Variable (Galecki und Burzykowski 2013, S. 314). Eine weitere empfohlene Alternative ist auch hier, ANOVA-Modellvergleiche einzusetzen (Bates et al. 2015, S. 35; Winter 2014, S. 12). Die vorliegende Arbeit setzt auf ANOVA-Modellvergleiche, um das Signifikanzniveau pro unabhängiger Variable zu messen.

Ebenfalls nicht angegeben in *lme4* wird  $R^2$  als Bestimmtheitsmaß, da mit AIC und BIC Kennzahlen für den Modellvergleich zur Verfügung stehen. Um dennoch ein Gefühl dafür zu erhalten, wie aussagekräftig die berechneten Modelle die Daten repräsentieren, werden die im Modell simulierten Werte pro Person mittels Korrelation mit der abhängigen Variablen verglichen und ein Pearson-Korrelationskoeffizient berechnet. Auffallend ist, dass bei den Mehrebenenstudien, die im Forschungsstand behandelt wurden, nur Dallinger (2008) und van Oorscot und Chung (2014)  $R^2$  ausweisen, während Chung und Meuleman (2017), Finseraas (2009) und van Oorscot und Meuleman (2012) dies nicht tun. Das mag damit zusammenhängen, dass  $R^2$  in einem Mixed-Effects-Modell standardmäßig nicht die erklärte Varianz, sondern die anteilmäßige Verbesserung im Vorhersagefehler beschreibt. Die Kennzahl muss daher pro Ebene sowie in mehreren Schritten über die Standardabweichung der Residuen im Vergleich zu jener im Nullmodell berechnet werden. (Galecki und Burzykowski 2013, S. 369–373; Gelman und Hill 2007, S. 473–476; Luke 2004, S. 35–37; Raudenbush und Bryk 2002, S. 109–111).

### 6.1.3 Gewichtung

Der *European Social Survey (2018b)* gibt vor, alle Berechnungen mittels Gewichtung durchzuführen. Dabei kommen Design- und Poststratifikationsgewichte auf der Individualebene sowie Populationsgewichte auf der Länderebene zum Einsatz. Eine adäquate zufriedenstellende Lösung, diese Gewichte, die Auswahl-Wahrscheinlichkeiten wider-

spiegeln, in einem Mehrebenenmodell abzubilden, bietet R – trotz seiner Vielzahl von Packages – derzeit nicht, wie Diskussionen online zeigen.<sup>14</sup> Als Krücke für die vorliegende Arbeit kommt daher der Gewichtsparameter im Package *lme4* zum Einsatz, der laut Package-Dokumentation ein „optional vector of ‚prior weights‘ to be used in the fitting process“ (Bates et al. 2019, S. 51) ist und weiter:

Prior weights are not normalized or standardized in any way. In particular, the diagonal of the residual covariance matrix is the squared residual standard deviation parameter sigma times the vector of inverse weights. Therefore, if the weights have relatively large magnitudes, then in order to compensate, the sigma parameter will also need to have a relatively large magnitude. (ebd., S. 51)

Es wird damit nur eine Ebene von Gewichten berücksichtigt. Das Package *WeMix* wiederum ermöglicht den Einsatz von Gewichten auf mehreren Ebenen – dazu wird ein mit *lme4* berechnetes Modell auf die Gewichte auf allen Ebenen im Mehrebenenmodell angepasst. Die Autor\*innen des Packages selbst verweisen allerdings darauf, dass der Einsatz von *lme4* deutlich performanter ist und bei Modellen, die nur Gewichte auf einer Ebene aufweisen, zu bevorzugen ist (Bailey et al. 2018, S. 1). Für die vorliegende Arbeit wurden daher die vorhandenen Gewichte auf eine Ebene reduziert, indem Populations- und Poststratifikationsgewicht pro Person multipliziert wurden, um ein *totalweight* pro Person zu erhalten. Die Gewichte haben dabei keine allzu großen Schwankungen – ihre Werte liegen zum Großteil zwischen 0 und 1.

Nicht gelöst wird allerdings das Problem, dass die Packages *WeMix* und *lme4* unter Gewichten aber nicht jene Gewichte verstehen, wie sie bei Umfragedaten generiert werden (Bailey et al. 2018; Bates et al. 2015). Der Einsatz dieses Gewichtsparameters kann daher nur als Krücke verstanden werden, um v.a. die deutlichen Unterschiede in den Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder, die *European Social Survey (2018b)* in den Populationsgewichten abbildet, nicht vollkommen außer Acht zu lassen.

---

<sup>14</sup> Exemplarisch seien hier <https://grokbase.com/t/r/r-help/121rhfx61j/r-sampling-weights-in-package-lme4>, <https://www.r-bloggers.com/sampling-weights-and-multilevel-modeling-in-r/> und <https://stat.ethz.ch/pipermail/r-sig-mixed-models/2016q4/025307.html> (Zugriff jeweils am 18.04.2019) genannt.

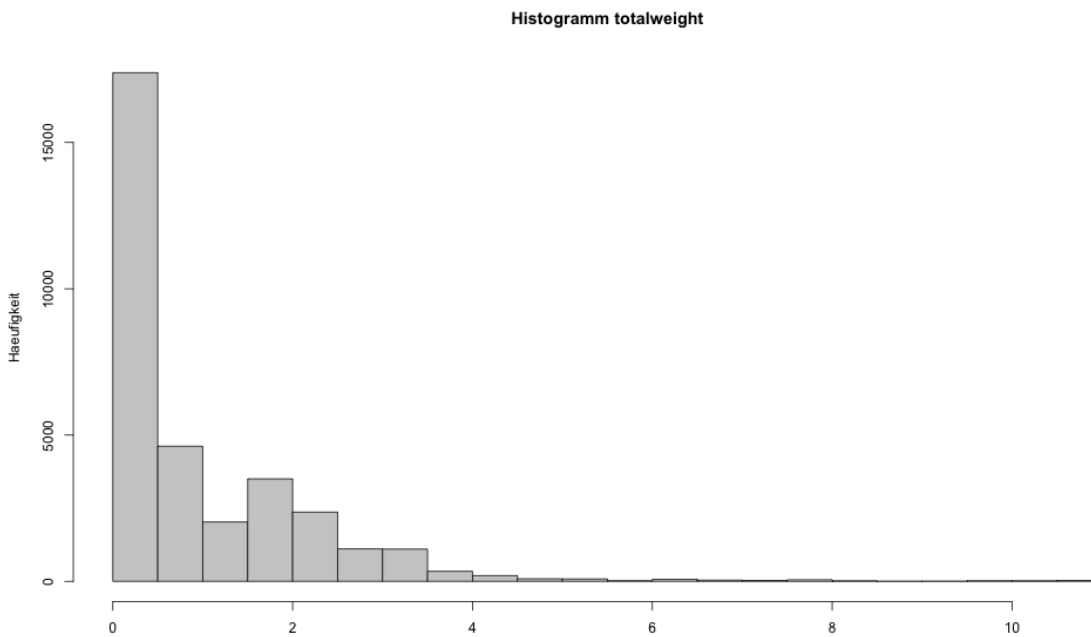


Abbildung 6: Histogramm der Gewichtungsvariablen *totalweight*

## 6.2 Modellberechnungen

### 6.2.1 Schrittweiser Modellaufbau

Wie in der Methodenliteratur beschrieben (vgl. Kap. 5.2), kommt ein schrittweises Verfahren zum Modellaufbau zum Einsatz. Die Koeffizienten aller neun Modelle werden zusammenfassend in Abbildung 7 dargestellt. Als Nullmodell (Modell 1) in der vorliegenden Arbeit fungiert das Random-Intercept-Only-Modell (RIO). Es beinhaltet als einzige unabhängige Variable die Zugehörigkeit zu einem der 21 Länder der Analyse. In einem nächsten Schritt wurden in Random-Intercept-Modellen (RI) die individuellen Kontrollvariablen (Modell 2) sowie die Links-Rechts-Skala (Modell 3) hinzugefügt. Aufgrund der deskriptiven Darstellung im Ländervergleich (vgl. Kap. 5.4) ist davon auszugehen, dass die Antwort, wo sich die Befragten auf der Links-Rechts-Skala verorten, nicht nur zu einer Veränderung des Intercepts führt, sondern auch zu unterschiedlichen Steigungskoeffizienten führen kann. Daher wurde mit denselben Variablen ein Random-Slope-Modell (RS) berechnet (Modell 4). Modell 5 berücksichtigt als RS-Modell zusätzlich die beiden Unsicherheitsvariablen, die an die Theorie von Castel (2008 [2000]; 2011; 2016) anknüpfen.

## 6.2. MODELLBERECHNUNGEN

<b>Multi-Level-Analyse zur Bewertung der Aufgaben des Sozialstaates</b>									
	Modell 1: Random- Intercept-Only	Modell 2: RI + indiv. Kontrollvar.	Modell 3: RI + LR-Skala	Modell 4: RS + LR-Skala	Modell 5: RS + indiv. Var.	Modell 6: RS + GINI	Modell 7: RS + Arbeitslosenrate	Modell 8: RS + BIP/Kopf	Modell 9: RS + Sozialausgaben
<b>Koeffizienten (Fixed Effects)</b>									
Intercept	7,5180	7,4517	7,4783	7,4725	7,4641	6,7831	7,2085	7,4793	7,4807
Geschlecht (Ref. = männl.)		0,1389 ***	0,1183 ***	0,1160 ***	0,1150 ***	0,1149 ***	0,1151 ***	0,1152 ***	0,1153 ***
Alter in Jahren		-0,0010 *	-0,0003	-0,0001	0,0004	0,0004	0,0004	0,0004	0,0004
Bildung in Jahren		-0,0197 ***	-0,0223 ***	-0,0220 ***	-0,0217 ***	-0,0217 ***	-0,0217 ***	-0,0217 ***	-0,0218 ***
Links-Rechts-Skala wenig Sozialkontakte (Ref. = viele)			-0,0914 ***	-0,0896 ***	-0,0888 ***	-0,0885 ***	-0,0876 ***	-0,0887 ***	-0,0892 ***
hohe Wahrsch. erwerbslos (Ref. = niedrig)					-0,0534 **	-0,0601 *	-0,0583	-0,0488 **	-0,0482 **
GINI					0,1019 ***	0,1015 ***	0,0981 ***	0,1041 ***	0,1031 ***
Arbeitslosenrate						0,0234	0,0337	-0,0390	-0,0095
BIP/Kopf (z-standardisiert)									
Sozialausgaben/Kopf (z-standardisiert)									
<b>Varianzkomponenten (Random Effects)</b>									
<b>Individuen (Ebene 1)</b>									
Residualvarianz	2,2268	2,2167	2,1784	2,1644	2,1585	2,1590	2,1585	2,1583	2,1584
<b>Länder (Ebene 2) - Individuelle Indikatoren</b>									
Intercept	0,2355	0,2323	0,2304	0,2279 ***	0,2362 ***	0,2316 ***	0,1783	0,1754 ***	0,1810 ***
Links-Rechts-Skala					0,0028 ***	0,0028 ***	0,0029 ***	0,0027 ***	0,0027 ***
wenig Sozialkontakte (Ref. = viele)					0,0122 **	0,0130 **	0,0137 *	0,0149 **	0,0139 **
hohe Wahrsch. erwerbslos (Ref. = niedrig)					0,0158 ***	0,0156 **	0,0157 **	0,0153 ***	0,0155 **
<b>Länder (Ebene 2) - Kontextindikatoren</b>									
Intercept						0,0007	0,1454	0,0004	0,0000
GINI						0,0000		0,0684	0,0569
Arbeitslosenrate							0,0009		
BIP/Kopf (z-standardisiert)									
Sozialausgaben/Kopf (z-standardisiert)									
<b>AIC</b>	144,712	144,594	144,028	143,850	143,803	143,815	143,815	143,811	143,811
<b>BIC</b>	144,737	144,645	144,087	143,926	143,954	144,000	144,000	143,996	143,996
<b>r: estimated mit abh. Variable</b>	0,2826	0,2901	0,3162	0,3258	0,3300	0,3299	0,3300	0,3302	0,3301

Signifikanzniveau: \*\*\* = unter 0,0001, \*\* = unter 0,01, \* = unter 0,05

Modelle und Signifikanzvergleiche, bei denen es in der Konvention des Modells zu Warnmeldungen kam, sind in grauer Schrift angegeben

Abbildung 7: Modellberechnungen der Mehrebenenanalyse mit individuellen und Kontextindikatoren

In den Modellen 6 bis 9 fließt jeweils eine der Kontextvariablen als zusätzliche erklärende Variable in das Modell mit ein. Jedes dieser Modelle ist ein Random-Slope-Modell, wobei als beeinflussend auf die Steigung der Regressionsgeraden die Links-Rechts-Skala sowie die beiden Unsicherheitsvariablen auf individueller Ebene sowie auf Kontextebene die jeweilige Kontextvariable gesehen werden. Dabei werden die Random-Slope-Effekte der Kontextvariablen getrennt von jenen der individuellen Variablen behandelt (Galecki und Burzykowski 2013, S. 304–307). Ein gemeinsamer Pool der Random-Slope-Effekte aller Variablen würde die Modelle verkomplizieren, weil damit auch die Interaktionseffekte der Ebenen untereinander berücksichtigt werden. Wie bereits in Kapitel 5.2 festgehalten, wird auf die Analyse der Interaktionseffekte in der vorliegenden Arbeit verzichtet (Langer 2008, S. 145 f.) und daher auch dieser getrennte Zugang für die Random-Slope-Modelle gewählt.

### 6.2.2 Statistische Probleme in der Berechnung

Für die Koeffizienten der Fixed Effects und die Varianzkomponenten der Random Effects wurden Signifikanzwerte mit ANOVA-Modellvergleichen (Bates et al. 2015, S. 35; Winter 2014, S. 12) berechnet. Der Nachteil an diesem Vorgehen ist, dass für die Intercepts im Fixed- und im Random-Effects-Bereich keine Signifikanztests durchgeführt werden können. Dasselbe gilt auch für die Residualvarianz. Auch wenn für viele der Kennzahlen signifikante Effekte festgestellt werden konnten, bestehen die Modelle zu einem Großteil aus hochsignifikanten Variablen mit minimalsten Effekten, womit die gesamten Modellspezifikationen in Frage gestellt werden könnten.

Bei der Berechnung des Random-Slope-Modells mit dem GINI-Koeffizienten als Kontextvariable (Modell 6) kam es zu Problemen: Die Modellberechnung konvergierte nicht vollständig. Dasselbe ist bei einzelnen Modellen passiert, die für die Signifikanztests der Variablen notwendig waren. Jene Werte und Signifikanz-Sterne, bei denen es zu Konvergenzproblemen gekommen ist, sind in Abbildung 7 in grau geschrieben, weil ihre Aussagekraft nicht sichergestellt werden kann.

Bei der Modellberechnung der Random-Slope-Modelle mit den Kontextvariablen BIP/Kopf (Modell 8) und Sozialausgaben/Kopf (Modell 9) wies eine Hinweismeldung im Package *lme4* (Bates et al. 2015; 2019) darauf hin, dass die Vergleichbarkeit zwischen den €-Werten und den Werten der individuellen Variablen aufgrund des unterschiedlichen Maßstabs schwer interpretierbar ist, danach wurde die Berechnung abgebrochen.

Nach der z-Standardisierung der beiden Variablen konnten die Modelle 8 und 9 problemlos berechnet werden.

## 6.3 Hypothesenprüfung

Im vorangegangenen Großkapitel wurden insgesamt sieben Hypothesen definiert, deren Aussagegehalt jeweils anhand der dazugehörigen Nullhypothese überprüft werden kann. Was sich generell in der Berechnung der Modelle zeigt, ist, dass die einzelnen Variablen nur minimale Effekte auf die abhängige Variable *Aufgaben des Sozialstaates* (vgl. Kap. 5.3) aufweisen.

### 6.3.1 Einflüsse des sozialen Umfelds

Bezugnehmend auf Castel (2008 [2000]; 2011) sind Personen, deren soziales Umfeld weniger stark ausgeprägt ist, tendenziell stärker einer Entkoppelungs- bzw. Unsicherheitsgefahr ausgesetzt. D.h., sie sind stärker in diesen Zonen zu verorten (vgl. Kap. 2.1.2 und 2.1.4). Der in den letzten Jahrzehnten beobachtbare Trend zur Vereinzelung befeuert eine gesellschaftliche Entkollektivierung, der Castel (2005; 2011) mit der integrierenden Funktion des Sozialstaates entgegenwirken will (vgl. Kap. 2.3). Mit folgender Hypothese wurde die Theorie für die vorliegende Arbeit operationalisiert.<sup>15</sup>

**Hypothese 1.** *Je weniger Sozialkontakte eine befragte Person aufweist, desto mehr stimmt sie zu, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

In allen berechneten Modellen zeigt sich, dass das Gegenteil der Fall ist, d.h., je weniger stark das soziale Umfeld ausgeprägt ist, desto weniger stark ist die Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen. Der Effekt, den eine Zugehörigkeit zu jener Gruppe auslöst, ist aber auf der Skala von 0 bis 10, die die abhängige Variable aufweist, mit mindestens -0,0482 (Modell 9, Signifikanzniveau 99%) bzw. mit maximal -0,0583 (Modell 7, nicht signifikant) gering. So könnte anschließend an Castel (2008 [2000]) angenommen werden, dass jene Personen bereits in der Zone der Entkoppelung (vgl. Kap. 2.1.2) verortet und damit aus dem sozialstaatlichen Gefüge gänzlich hinausgefallen sind und dieses auch nicht mehr entsprechend überdurchschnittlich wünschen. Folgt man hierbei dem Autor, müssten jene Personen sowohl wenige Sozialkontakte haben als auch ein

---

<sup>15</sup> Wie im Kap. 5.4 ausgeführt, deckt diese Operationalisierung nur einen Teilbereich der Theorie ab.

## KAPITEL 6. AUSWERTUNG UND INTERPRETATION DER MEHREBENENANALYSE

---

unsicheres Erwerbsarbeitsumfeld. Dies ist allerdings nicht der Fall: Der Anteil derjenigen, die fürchten, in den nächsten zwölf Monaten länger erwerbsarbeitslos zu sein, ist in der Zielgruppe mit wenig Sozialkontakten minimal niedriger als im Gesamtsample. Was allerdings in der soziodemografischen Analyse auffällt, ist, dass jene Personen, die weniger Sozialkontakte haben, älter und weniger gebildet als das Gesamtsample sind. Auch dies ist eher kontraintuitiv zu den erwarteten Ergebnissen, sodass die Ursache eventuell in der „Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus“ (Betzelt und Bode 2017b, S. 192) zu finden ist: Die Autor\*innen beschreiben eine Gesellschaft, in der durch Angst- und Bedrohungsszenarien ein Klima geschaffen wird, das den Rückbau des Sozialstaates als legitim begreift und Bürger\*innen dazu animiert, diesen auch noch zu unterstützen und nicht mehr die Sicherungsfunktion sozialstaatlicher Einrichtungen als legitim verstanden wird. Das Vertrauen in den Sozialstaat als Sicherungsinstanz ist verloren gegangen (Schöneck und Bothfeld 2018). Jenes Klima der Angst wird u.a. durch Politiker\*innen und Parteien erzeugt (Betzelt und Bode 2017b; 2018). Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse könnte nun darüber spekuliert werden, ob Personen mit wenig Sozialkontakten besonders empfänglich für jene Bedrohungsszenarien sind und daher die *Aufgaben des Sozialstaates* geringer bewerten.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass die zufälligen Effekte deutlich unterschiedlich sind: Der Koeffizient verschiebt sich am stärksten in den negativen Bereich in Island, Litauen, Norwegen und Portugal und am stärksten in den positiven Bereich in den Niederlanden, Polen, Deutschland und der Schweiz. Die Länder sind jeweils unterschiedlichen Regime-Typen zuzuordnen (Esping-Andersen 1990), sodass auch nicht von einer Pfadabhängigkeit in der Interpretation der Ergebnisse ausgegangen werden kann. Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, arbeitet Esping-Andersen (2004) mittlerweile in Richtung einer *Social-Investment*-Strategie und postuliert hier auch einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Inklusion forcieren soll. Daran anknüpfend beschreiben van Kersbergen und Kraft (2017) die Gefahr, dass es durch den Rückbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme in Skandinavien zu einer fehlenden sozialen und politischen Integration jener Personen, die vom Sozialstaat nicht mehr ausreichend unterstützt werden, kommen kann, was sich mit den von Betzelt und Bode (2017b) für Deutschland beschriebenen Szenarien deckt. Es könnte also sein, dass das Ergebnis in der Hypothesenprüfung aufgrund der Querschnittsdaten Momentaufnahmen unterschiedlicher Stati in den einzelnen Ländern ebendieses Prozesses liefert und daher überraschend ist.



### 6.3.2 Einflüsse des Erwerbsarbeitsumfelds

Ebenfalls an Castel (2011; 2016) knüpft die zweite Hypothese an, die in der vorliegenden Arbeit untersucht wird. Sie thematisiert die Unsicherheit, die mit einer veränderten Erwerbsarbeitswelt und prekärer Beschäftigung einhergeht:

**Hypothese 2.** *Personen, die die Gefahr sehen, ihren Erwerbsarbeitsplatz in den nächsten zwölf Monaten zu verlieren, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

In allen berechneten Modellen tritt der erwartete Effekt ein. Die Werte zwischen 0,0981 (Modell 7, Signifikanzniveau 99,99%) und 0,1041 (Modell 8, Signifikanzniveau 99,99%) liegen auf einem ähnlich hohen Niveau. Die Auswirkung, dass jemand seinen/ihren Erwerbsarbeitsplatz in Gefahr sieht, hat auf die abhängige Variable *Aufgaben des Sozialstaates* einen doppelt so hohen Effekt wie die vorangegangenen beschriebenen Einflüsse des sozialen Umfeldes. Anknüpfend an Castel (2011) kann also festgehalten werden, dass Personen mit einer Unsicherheitserfahrung am Erwerbsarbeitsplatz eher befürworten, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll. Nicht vergessen werden sollte bei dieser Interpretation allerdings, dass eine jener Variablen, aus denen sich die abhängige Variable zusammensetzt, explizit nach der finanziellen Unterstützung für Erwerbsarbeitslose fragt (vgl. Kap. 5.3) und damit hier auch die eigene Betroffenheit mitabgebildet ist.

Hierbei wird von einem Sozialstaat jene Absicherungsfunktion erwartet, die durch die veränderte Erwerbsarbeitswelt mit „einer immer markanter werdenden Spaltung zwischen privilegierten Insidern und prekarierten Outsidern“ (Esping-Andersen 2004, S. 204) stärker gefordert wird, was auch in anderen Studien bestätigt werden konnte (Anderson und Pontusson 2007; Betzelt und Schmidt 2018; Böckerman 2004; Lübke und Erlinghagen 2014; van Oorschot und Chung 2014). Nicht beantwortet werden kann mit den vorliegenden Ergebnissen, welche konkreten Wünsche jene, die von einem unsicheren Erwerbsarbeitsplatz betroffen sind, an den Sozialstaat richten. So können Cappelen et al. (2018) feststellen, dass für Labour-Market-Outsider ein einfacher Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen wichtiger als eine lange Bezugsdauer ist.

Auffallend ist im Ländervergleich der zufälligen Effekte, dass in fast allen Modellen und Ländern der Wert für die Variable der eigenen Erwerbsarbeitsunsicherheit im positiven Bereich liegt und daher eine Befürwortung mehr sozialstaatlicher Leistungen

abbildet. Lediglich zwei Länder stellen hier Ausreißer dar: In Österreich und Ungarn verschiebt sich der Effekt in den negativen Bereich – je nach Modell unterschiedlich stark (vgl. auch Abb. 8). Das lässt sich für die beiden Länder zumindest nicht mit dem Erhebungszeitpunkt erklären (Feldphase in Österreich: September bis Dezember 2016, in Ungarn: Mai bis September 2017), weil Großereignisse wie nationale Wahlen oder der Flüchtlingssommer 2015 weit genug davon entfernt liegen. Dennoch ist davon auszugehen, dass in diesen beiden Ländern eine Angstmobilisierung (Betzelt und Bode 2017b, S. 193; Betzelt und Schmidt 2018, S. 147) greift. Ob diese hier auch durch starke rechtsautoritäre Kräfte sichtbar wird (Betzelt und Bode 2017a, S. 1; 2017b, S. 192), erscheint fraglich, weil aufgrund der Länderergebnisse in der Links-Rechts-Skala auch für Polen dieser Trend erwartbar wäre (vgl. Kap. 5.4).

Im Modell 7, das zusätzlich zu den individuellen Variablen auch die Erwerbsarbeitslosenquote erfasst, ist der fixe Koeffizient für die Variable zur eigenen Erwerbsarbeitsunsicherheit mit 0,0981 am niedrigsten. Die Reduktion ist aber im Vergleich zu den anderen Modellen relativ gering, was sich auch rechnerisch zeigt, wenn man die Variablen in den Ländern miteinander vergleicht:

- Der Anteil jener Personen, die die Gefahr sehen, ihren Erwerbsarbeitsplatz in den nächsten zwölf Monaten zu verlieren, pro Land und die Erwerbsarbeitslosenquote pro Land korrelieren mit 0,17.
- Die Random Effects pro Land für die Variable korrelieren mit der Erwerbsarbeitslosenquote pro Land auch nur mit 0,25.

Damit zeigt die vorliegende Studie ähnliche Ergebnisse wie jene von Uunk und van Oorschot (2018), die diesen Zusammenhang in einer Längsschnittstudie aus einem anderen Blickwinkel untersucht haben und dabei feststellen, dass die Solidarität der Gesamtbevölkerung pro Land mit Erwerbsarbeitslosen zwar mit der Erwerbsarbeitslosenquote korreliert, aber nur auf einem geringen Niveau.

### 6.3.3 Einflüsse der politischen Einstellung

Wenig überraschend hat die Selbsteinschätzung in der politischen Orientierung der Befragten einen hochsignifikanten Effekt (in allen Modellen mit einem Signifikanzniveau von 99,99%) auf die abhängige Variable. Insofern kann die Nullhypothese verworfen und die vorab definierte Hypothese angenommen werden:

**Hypothese 3.** *Personen, die sich selbst als links der Mitte bezeichnen, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Die Ergebnisse zeigen, dass für jeden zusätzlichen Skalenwert auf der Links-Rechts-Skala – d.h., je rechter sich der/die Befragte selbst einschätzt – die Zustimmung zur abhängigen Variablen *Aufgaben des Sozialstaates* zwischen -0,0914 (Modell 3, ohne Berechnung des Random Slopes für die LR-Skala) und -0,0887 (Modell 8) auf der Skala sinkt.<sup>16</sup> Cappelen et al. (2018) und Roosma et al. (2015b) kommen in ihren Studien auf ein ähnliches Niveau des Effekts in Relation zum Intercept und der dort verwendeten Skala. Aufgrund dessen scheinen die in der Methodenbeschreibung (vgl. Kap. 5.2) formulierten Probleme, dass es zu einer groben Verzerrung der Ergebnisse durch die hohe Item-Non-Response-Rate kommen könnte, nicht zu gravierend zu sein. Dennoch überrascht die geringe Auswirkung, die die politische Orientierung auf die Beurteilung sozialstaatlicher Aufgaben hat. Sie könnte auf die Konzentration der Antworten auf die mittleren Werte zurückzuführen sein, warum Finseraas (2009) davon abrät, damit zu arbeiten.

Dass die Variable eine entscheidende ist, zeigen die hohen Signifikanzniveaus. Nicht beantwortet werden kann mit den vorliegenden Ergebnissen, welche genauen Anforderungen an die *Aufgaben des Sozialstaates* abhängig von der politischen Orientierung gestellt werden. So können Cappelen et al. (2018) feststellen, dass im Bezug auf *Retrenchment*-Strategien Personen, die rechte Parteien wählen, die Zugangskriterien zu sozialstaatlichen Leistungen beschränken wollen, während jene Personen, die linke Parteien wählen, bei Sozialstaatskürzungen kürzere Bezugsdauern präferieren.

Betrachtet man die Random Effects im Ländervergleich (siehe auch Abb. 8) zeigt sich eine deutliche Verschiebung des Koeffizienten in den positiven Bereich in Polen, dessen Befragte auf der Links-Rechts-Skala besonders weit rechts verortet sind (vgl. Kap. 5.4). Neben diesem Ausreißer gibt es nur wenige Verschiebungen in den Plus- bzw. Minusbereich: Am deutlichsten in den negativen Bereich verschiebt sich der Wert in den Schweiz, aber auch in Großbritannien und Frankreich.

---

<sup>16</sup> Der Wert im Modell 5 ist mit -0,0885 am niedrigsten. Da es hier zu Konvertierungsproblemen in der Modellberechnung kam, wird auf diesen Wert nicht näher eingegangen.

### 6.3.4 Einflüsse der Länderzugehörigkeit

Die Ergebnisse der Mehrebenenanalyse machen deutlich, dass die Länderzugehörigkeit der Befragten mitentscheidend für die Bewertung der abhängigen Variablen *Aufgaben des Sozialstaates* ist. Bereits im Nullmodell (Modell 1), das als einzige unabhängige Variable die Länderzugehörigkeit berücksichtigt, korrelieren die vorhergesagten Werte aus dem Modell mit der abhängigen Variablen mit 0,2826. Dieser Wert kann nur bis zu maximal 0,3302 im Modell 8 gesteigert werden (vgl. Abb. 7). Betrachtet man zusätzlich die Kennzahlen AIC und BIC, die die Modellgüte festlegen, sieht man (Gałęcki und Burzykowski 2013, S. 87):

- AIC: Das Modell 5, das alle individuellen Variablen sowie die Länderzugehörigkeit berücksichtigt und alle Kontextvariablen außer Acht lässt, schneidet mit einem Wert von 143.803 am besten ab.
- BIC: Diese Kennzahl berücksichtigt in der Berechnung die Anzahl unabhängiger Variablen stärker als AIC, sodass hier das Modell 5 nur als zweitbestes gereiht ist (143.954). Etwas besser schneidet Modell 4 ab, das im Vergleich zu Modell 5 die beiden individuellen Variablen nicht enthält (143.926).

Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass Modell 5 das am besten passende Modell für die vorliegende Fragestellung ist. Damit zeigt sich auch, dass die nachfolgenden Analysen zu den Kontextvariablen zwar weitere Erkenntnisse liefern, aber aufgrund der Kennzahlen zur Modellgüte nebensächlich sind. Dieses Modell macht außerdem deutlich, dass die Entscheidung, nicht mit der Regime-Typologie zu rechnen (Esping-Andersen 1990) zu rechnen, richtig war.

**Modell 5 wurde wie folgt im R-Package *lme4* definiert:**

```
lmm_RS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +  
  lrscale_zent + arbeitslos_werden + wenigsozialkontakt + (1  
  + lrscale_zent + arbeitslos_werden + wenigsozialkontakt |  
  cntry), data = analysedaten, weights = totalweight, control  
  =lmerControl(optimizer="optimx", optCtrl=list(method='  
  nlminb'))))
```

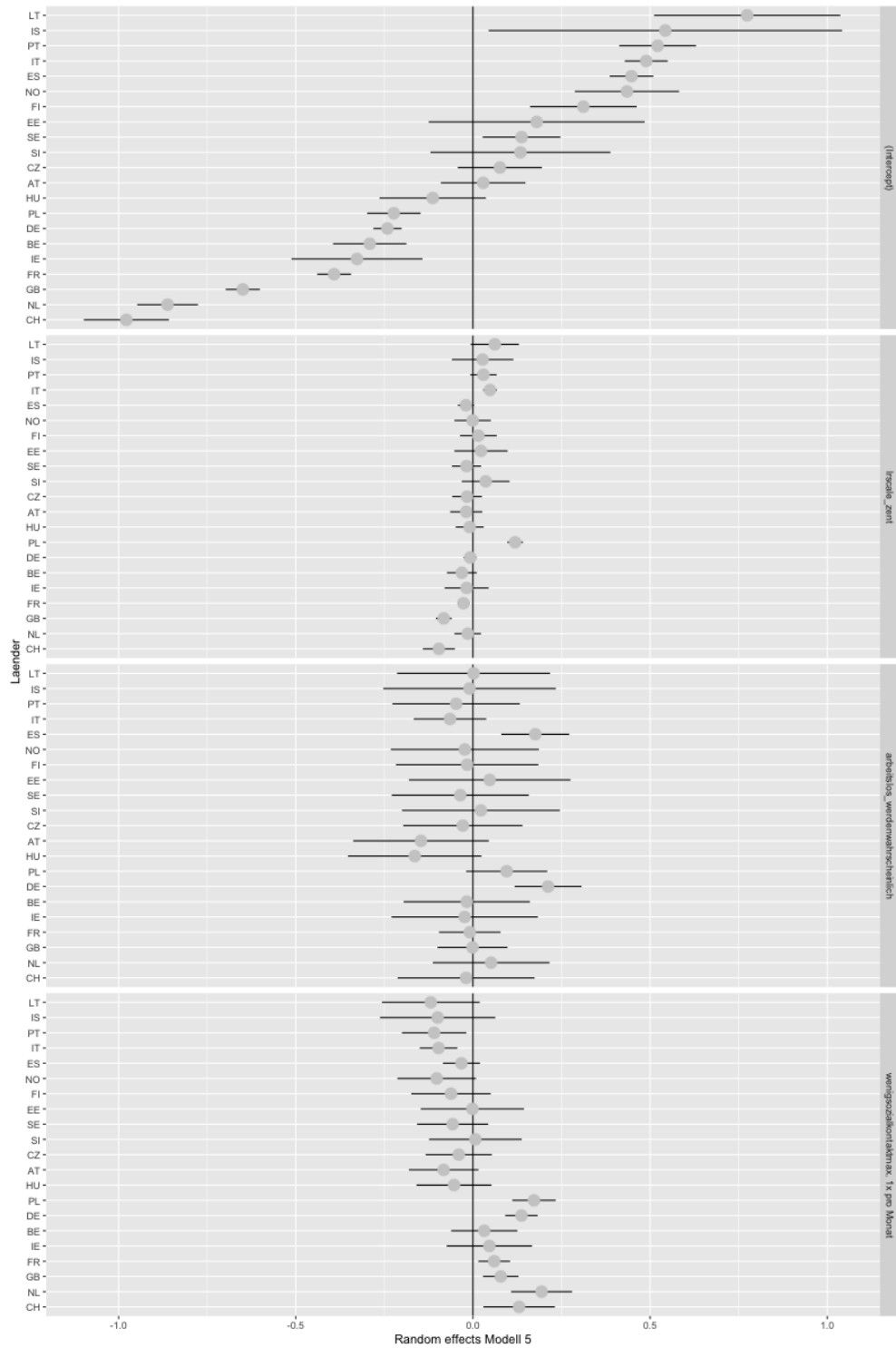


Abbildung 8: Random Effects nach Ländern im Modell 5

### Einflüsse der Wirtschaftsleistung eines Landes

Modell 8 berücksichtigt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Modell und überprüft folgende Hypothese:

**Hypothese 4.** *In Ländern, deren Bruttoinlandsprodukt niedriger ist, wird eher befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Die Ergebnisse zeigen sowohl bei den Koeffizienten der z-standardisierten Variablen BIP/Kopf als auch bei den Random Effects, dass die Nullhypothese nicht verworfen werden kann. Der Koeffizient von -0,0390 ist nicht signifikant. Außerdem geht die Tendenz des Wertes in die andere Richtung, als dies in der Hypothese angenommen wurde. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, weil Dallinger (2008) in ihrer Studie einen höheren Effekt nachweisen konnte, der außerdem hoch signifikant war. Dass weder diese noch eine andere Kontextvariable in der vorliegenden Studie signifikant ist, könnte verschiedene Ursachen haben:

- Es besteht tatsächlich kein signifikanter Zusammenhang zwischen der abhängigen Variablen *Aufgaben des Sozialstaates* und dem Bruttoinlandsprodukt. Dafür spricht, dass zwar Längsschnittstudien einen positiven Zusammenhang zwischen der Solidarität mit Erwerbsarbeitslosen und dem Bruttoinlandsprodukt nachweisen können (Uunk und van Oorschot 2018), aber aufgrund der Internationalen Hypothese angenommen wird, dass durch den globalen Finanzmarktkapitalismus Kontextindikatoren nicht mehr pro Land betrachtet werden können und hier auch gleichzeitig ein Druck auf das sozialstaatliche Handeln ausgeübt wird. Damit überwiegt der wirtschaftliche Druck das Bedürfnis nach sozialstaatlicher Absicherung (Anderson und Pontusson 2007, S. 211; Betzelt und Bode 2017b; Castel 2011, S. 33; Schmid 2010, S. 91).
- Das Unterschreiten der 30/30-Daumenregel (Pötschke 2014, S. 1107) mit 21 Ländern kann zu einem Modellspezifikationsproblems geführt haben, indem die Kontextvariablen nicht mehr korrekt geschätzt werden konnten (vgl. dazu auch Kap. 5.2 bzw. Gelman und Hill 2007, S. 275 f.). Dass das Verletzen der Daumenregel aber generell zu Problemen geführt hat, ist auszuschließen, weil Modell 7, 8 und 9 problemlos berechnet werden konnten und auch in der Forschungsliteratur mit ähnlichen Länderanzahlen gerechnet wird (Dallinger 2008; van Oorschot und Chung 2014).

Zusätzlich dazu, dass die Variable zur Wirtschaftsleistung nicht signifikant ist, sind auch die Random Effects pro Land scheinbar zufällig. So gibt es die höchste Abweichung in den Plusbereich in Polen und ähnliche hohe Abweichungen in den negativen Bereich für die Schweiz, Spanien, Litauen, die Niederlande und Norwegen. Die Zufälligkeit zeigt sich auch darin, dass die Random-Effects-Werte der Variablen pro Land und das BIP/Kopf mit nur -0,13 korrelieren.

### **Einflüsse des Arbeitsmarkts eines Landes**

Wie bereits bei der vorangegangenen Kontextvariablen sind auch die Ergebnisse zu den Einflüssen des Arbeitsmarktes eines Landes nicht signifikant. Überprüft wurde im Modell 7 folgende Hypothese:

**Hypothese 5.** *Je höher die Erwerbsarbeitslosigkeit in einem Land ist, desto eher wird befürwortet, dass der Staat Aufgaben übernehmen soll.*

Sie kann nicht angenommen werden, da zwar der Koeffizient der Variablen mit 0,0337 in die richtige Richtung tendiert, aber nicht signifikant ist. Diese Ergebnisse decken sich auch mit dem Forschungsstand (Roosma et al. 2015b). Es ist daher anzunehmen, dass sich die theoretischen Überlegungen zur Arbeitsplatzunsicherheit (Anderson und Pontusson 2007; Böckerman 2004; Castel 2000; 2011; 2016; Lübke und Erlinghagen 2014; van Oorschot und Chung 2014) stärker mit der persönlichen Betroffenheit von dieser als mit der Erwerbsarbeitslosenquote modellieren lassen (vgl. Kap. 6.3.2).

### **Einflüsse der Sozialausgaben eines Landes**

Mit folgender Hypothese wurde in Modell 9 untersucht, ob die Ausgaben, die ein Land zum Sozialschutz tätigt, einen Einfluss auf die abhängige Variable *Aufgaben des Sozialstaates* haben:

**Hypothese 6.** *In Ländern, deren Ausgaben zum Sozialschutz hoch sind, wird weniger befürwortet, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Unter Sozialschutz werden dabei all jene öffentlichen Ausgaben verstanden, die ein Land für Erwerbsarbeitslose, ältere Menschen, Familienpolitik sowie auch für ein leistbares Wohnen und eine Reduktion sozialer Ausschlüsse tätigt. Diese Variable ist in der Forschung durchaus umstritten, weil „ein Mehr an Ausgaben nicht zugleich mehr Generosität bedeutet“ (Dallinger 2016, S. 179), sondern „evtl. lediglich die Empfän-

gerzahl ansteigt“ (Dallinger 2016, S. 179). Des Weiteren bildet die Variable nur die öffentlichen Ausgaben ab und berücksichtigt private Kosten (private Krankenkassenleistungen, Privatvorsorge etc.) nicht, was für Ländervergleiche mit unterschiedlichen Sozialsystemen problematisch ist (Dallinger 2016, S. 181; Gilbert 2010, S. 135 f.). Da Roosma et al. (2015b) mit den Sozialausgaben als unabhängiger Variable operieren, wurde dieser Versuch auch für die vorliegende Arbeit unternommen: Die Ergebnisse sind ähnlich. Der Koeffizient ist mit  $-0,0095$  auf einem verschwindend geringen Niveau und nicht signifikant.

Bei einem Blick auf die Random Effects pro Land fällt allerdings auf, dass die Länder mit den höchsten Abweichungen in den Plus- bzw. Minusbereich jenen aus Modell 8 ähneln: Auch hier weichen die Schweiz, Spanien, Litauen und die Niederlande am deutlichsten in den negativen Bereich und Polen am deutlichsten in den positiven Bereich ab. Unterschiedlich im Vergleich zum anderen Modell sind allerdings Norwegen (deutlich positive Abweichung statt deutlich negativer Abweichung) und Ungarn (deutlich positive Abweichung statt Durchschnitt).

### **Einflüsse der sozialen Ungleichheit in einem Land**

Zur letzten formulierten Hypothese können keine validen Aussagen getroffen werden, weil Modell 6, in dem die soziale Ungleichheit pro Land berücksichtigt wurde, nicht korrekt konvertiert ist. Dennoch sollen die Ergebnisse hier gestreift werden. Überprüft werden sollte folgende Annahme:

**Hypothese 7.** *In Ländern mit höherem GINI-Koeffizienten – d.h. mit einer höheren sozialen Ungleichheit – wird eher befürwortet, dass der Staat mehr Aufgaben übernehmen soll.*

Die Ergebnisse des nicht vollständig konvertierten Modells 6 zeigen, dass die Ergebnisse nicht signifikant sind, wenn auch der Koeffizient in die richtige Richtung deutet. Sie decken sich damit mit den Forschungsergebnissen, auch wenn Dallinger (2008) das Modell vollständig berechnen konnte und einen höheren Effekt für ihre Berechnung erhielt.



## 6.4 Reflexion der Modellspezifikationen

Betrachtet man zusammenfassend die Modelle 1 bis 9, wird deutlich, dass die einflussreichste Variable die Länderzugehörigkeit ist. Alle individuellen Variablen und Kontextvariablen haben sehr kleine Effekte auf die abhängige Variable *Aufgaben des Sozialstaates* (vgl. Abb. 7). Es drängt sich daher die Frage auf, woran es liegt, dass die vorhergesagten Werte der einzelnen Modelle mit der abhängigen Variablen auf dem sehr geringen Niveau von maximal 0,33 korrelieren. Dies lässt sich womöglich darauf zurückführen, dass die Komplexität der Gesellschaft – v.a. in internationalen Vergleichen – durch statistische Modelle nur bedingt abgebildet werden kann (Finseraas 2009; Lessenich 2008; Schmid 2010; Schubert et al. 2008b). Auch wenn diese theoretischen Überlegungen die wahrscheinliche Ursache sind, soll abschließend überprüft werden, ob die Modelle – gemessen am Korrelationskoeffizienten – durch eine Veränderung der Variablen oder eine regionalen Analyse verbessert werden können.

### 6.4.1 Modellverbesserung durch andere Variablen?

Im Bezug auf die Variablenauswahl könnte durch verschiedene Zugänge eine leichte Modellverbesserung erzielt werden. Bevor diese beschrieben werden, muss gleich vorweggenommen werden, dass keiner der Zugänge eine entscheidende Verbesserung brachte. Daher wurden sie alle nicht weiterverfolgt.

Da die Anforderungen an die Daten für die Mehrebenenanalyse klar definiert sind, stellt sich als Erstes die Frage, ob vielleicht die unabhängige Variablen zu stark miteinander korrelieren, daher Multikollinearität besteht und die Schätzung nicht durchgeführt werden kann (Field 2016, S. 421 f.; Langer 2008, S. 163, 183). Dies ist nicht der Fall, weil die höchste Korrelation bei einem maximalen Wert von  $|0,27|$  liegt und zwischen Alter und Bildungsjahren besteht. So stellt sich als Nächstes die Frage, wie sich die Residuen verteilen: Aufgrund des verwendeten Summenindex ist mit einer höheren Residuenstreuung und einer höheren Gefahr von Heteroskedastizität auszugehen, die noch dazu durch die linksschiefe Verteilung und den damit einhergehenden Deckeneffekt verstärkt wird (Field 2016, S. 410–412; Langer 2008, S. 141; Urban und Mayerl 2011, S. 243 f., 319 f.). Dieses Problem war nur bedingt zu lösen: Wie bereits in Kapitel 5.3 beschrieben, ist dieser Effekt mit eingesetztem Summenindex geringer, als wenn mit Factorscores gerechnet worden wäre. Um zu überprüfen, wie stark einerseits der

Effekt des Summenindexes und andererseits der linksschiefen Verteilung ist, wurden weitere Berechnungen durchgeführt:

- Ein Modell, das lediglich mit einer der Variablen, die jeweils ein Drittel der abhängigen Variablen repräsentieren, erstellt wurde, liefert ähnliche Ergebnisse wie die Berechnung mit dem Summenindex, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Aggregation der Variablen zu einer abhängigen Variablen keinen großen Effekt auf das Modell hat.
- Um den Einfluss der linksschiefen Verteilung und des Deckeneffekts zu prüfen, wurde eine gänzlich andere abhängige Variable aus einem Summenindex gebildet.<sup>17</sup> Die Vorhersagequalität des Modells lag auf einem ähnlich geringen Niveau wie jene der tatsächlich verwendeten abhängigen Variablen, die auch theoretisch mit der sozialstaatlichen Absicherung begründbar ist (Castel 2008 [2000]).

Zu guter Letzt wurde überprüft, ob wesentliche Variablen aus dem Fragebogen im Modell übersehen wurden und daher der Korrelationskoeffizient zwischen der abhängigen Variablen *Aufgaben des Sozialstaats* und den vorhergesagten Werten in allen neun Modellen relativ gering ist. Dabei konnten die folgenden sieben Einstellungsvariablen identifiziert werden, deren Korrelationen mit der abhängigen Variablen einen höheren Wert als  $|0,1|$  aufweisen:

- Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut? (Frage B2)
- Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen? (Frage B4)
- Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit den Politikern? (Frage B9)

---

<sup>17</sup> Die verwendeten Variablen wurden ebenfalls dem Spezialmodul zum Sozialstaat des *European Social Survey* entnommen und anschließend mit Factorscores in einer Faktorenanalyse zusammengefasst. Die vier berücksichtigten Variablen fragten nach der Zustimmung zu folgenden Aussagen: „Sozialleistungen in Deutschland [...] belasten die Volkswirtschaft zu stark. (Frage E9) [...] kosten die Unternehmen zu hohe Steuern und Abgaben. (Frage E12) [...] die Menschen faul machen? (Frage E13) [...] dazu beitragen, dass Menschen weniger dazu bereit sind, sich umeinander zu kümmern? (Frage E14)“ (alle Formulierungen aus dem Fragebogen für Deutschland)

- Verwenden Sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit den Parteien? (Frage B10)
- Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland? (Frage B28)
- Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Bundesregierung in Berlin denken. Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit erledigt? (Frage B29)
- Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert? (Frage B30, alle Formulierungen aus der Übersetzung des Fragebogens für Deutschland)

Die Variablen brachten keine wesentlichen Modellverbesserungen und wurden daher wieder verworfen.

### 6.4.2 Modellverbesserung durch Regionaldaten?

Wie das vorangegangene Subkapitel gezeigt hat, konnte durch Veränderung oder Hinzunahme von Variablen keine deutliche Verbesserung der Vorhersagequalität der Modelle erzielt werden, sodass nun abschließend auf die theoretischen Überlegungen zu einem regionalen Einfluss zurückgekehrt wird (Bazant und Schubert 2008, S. 637; Kazepov und Ranci 2017). Das folgende Modell 10 wird auf Basis des Modells 5 berechnet: Es beinhaltet also lediglich die individuellen unabhängigen Variablen sowie eine regionale Zugehörigkeit. Der Unterschied zwischen den beiden Modellen liegt darin, dass Modell 5 hier von einer Zugehörigkeit zu Staaten, Modell 10 von einer Zugehörigkeit zu Regionen ausgeht. Bei den Regionen handelt es sich in allen 21 Ländern um die offiziellen NUTS-Regionen. Welche der drei Ebenen (NUTS 1, NUTS 2, NUTS 3) in den Daten des *European Social Survey* zur Verfügung steht, ist dabei von Land zu Land unterschiedlich (European Social Survey 2018a; 2018b).

Folgendes ist aus dieser ersten Berechnung bereits ersichtlich: Der Korrelationskoeffizient der abhängigen Variablen mit den vorhergesagten Werten liegt mit 0,3935 deutlich höher als in allen bisherigen Modellen, aber dennoch auf einem verhältnismäßig niedrigem Niveau. Außerdem sind die fixen Koeffizienten in beiden Modellen nahezu gleich, allerdings sind die Varianzen der Random Effects der beiden Unsicherheitsvariablen (Castel 2008 [2000]; 2011) deutlich höher. Daraus lässt sich schließen, dass innerhalb

KAPITEL 6. AUSWERTUNG UND INTERPRETATION DER MEHREBENENANALYSE

<b>Regionales Mehrebenenmodell</b>		
	<b>Modell 5:</b>	<b>Modell 10:</b>
	<b>Länder:</b>	<b>Regionen:</b>
	<b>RS + indiv. Var.</b>	<b>RS + indiv. Var.</b>
<b>Koeffizienten (Fixed Effects)</b>		
Intercept	7,4641	7,4134
Geschlecht (Ref. = männl.)	0,1150	0,1161
Alter in Jahren	0,0004	0,0002
Bildung in Jahren	-0,0217	-0,0227
Links-Rechts-Skala	-0,0888	-0,0809
wenig Sozialkontakte (Ref. = viele)	-0,0534	-0,0054
hohe Wahrsch. erwerbslos (Ref. = niedrig)	0,1019	0,1237
<b>Varianzkomponenten (Random Effects)</b>		
<b>Individuen (Ebene 1)</b>		
Residualvarianz	2,1585	2,0784
<b>(Ebene 2) - Individuelle Indikatoren</b>		
Intercept	<b>Länder</b> 0,2362	<b>Regionen</b> 0,2323
Links-Rechts-Skala	0,0028	0,0059
wenig Sozialkontakte (Ref. = viele)	0,0122	0,0866
hohe Wahrsch. erwerbslos (Ref. = niedrig)	0,0158	0,1300
<b>AIC</b>	143.803	143.403
<b>BIC</b>	143.954	143.555
<b>r: estimated mit abh. Variable</b>	0,3300	0,3935

Es wurden keine Signifikanzniveaus berechnet

Abbildung 9: Regionales Modell 10 im Vergleich mit Modell 5

eines Landes hohe Schwankungen in diesen Variablen zu verzeichnen sind, die sich in anderen Modellen ausnivellieren.

Die hier durchgeführte regionale Berechnung ist ein erster Teaser, der zeigt, dass die Unterschiede innerhalb eines Landes einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung sozialstaatlicher Leistungen haben (Kazepov und Ranci 2017) und diese Erkenntnis in weiteren Studien genauer untersucht werden sollte. Das berechnete Modell ist relativ simpel: In weiterer Folge könnten komplexe Drei-Ebenen-Modelle (Luke 2004, S. 68 f.), die Individuum, Region und Staat berücksichtigen, erstellt werden und der Einfluss der Kontextvariablen auf Länder- und auf Regionenebene im Detail sowie die Interaktion zwischen diesen Ebenen untersucht werden.

## KAPITEL 7

## CONCLUSIO

10 Stunden war'n schon immer möglich  
Jetzt sind dann 12 erlaubt  
Worauf dir vor täglich überlanger Arbeit graut  
Doch die 12 sind nur für Spitzen  
Meist bleibt's bei 40 Stunden  
Und bezahlt wird's, Hand drauf, eh als Überstunden

Geht's dem einen gut  
Dann geht's uns allen gut  
Das will ja jeder  
Das ist doch klar  
Schau'n wir auf einander  
Und nach vorn mit Mut (The WOW WOWs)

Die zitierten Zeilen ließ die Wirtschaftskammer Österreich im Juni 2018 in einem Werbevideo zur Einführung des 12-Stunden-Tages unter dem Titel *Willkommen in der neuen Welt der Arbeit* von The WOW WOWs singen, und erntete dafür Spott und Häme. Inwiefern ein Aufeinanderschauen im Sinne eines gut ausgebauten Sozialstaates wichtig für die Bürger\*innen in Österreich ist, hat die vorliegende Arbeit untersucht. Sie konnte dabei aber nicht auf sogenannte atypische Erwerbsarbeitsverhältnisse (Scheinselbstständigkeit, Gig-Economy etc.) eingehen.

Trotz kontinuierlichem *Retrenchment* – also dem Ab- und Umbau sozialstaatlicher Leistungen (Cappelen et al. 2018; Dallinger 2016, S. 33, 178–181; Mertens 2017; van Kersbergen und Kraft 2017) – ist die Akzeptanz sozialstaatlicher Leistungen stark positiv: So ist die Zustimmung zur abhängigen Variablen, wie stark der Sozialstaat Aufgaben übernehmen soll, mit durchschnittlich 7,39 auf einer Skala von 0 bis 10 relativ hoch (vgl. Kap. 5.3). Eine ähnlich hohe Zustimmungsrage konnte Weiss (2011) auch in ihrer Studie in Österreich feststellen. Sie schließt daraus: „Die Idee des sozialen Ausgleichs innerhalb der österreichischen Gesellschaft ist also durchaus stark präsent“ (ebd., S. 93).

Allerdings ist die Befürwortung von *Retrenchment*-Maßnahmen auch eine Frage der politischen Einstellung (Cappelen et al. 2018) – jene politische Einstellung ist auch ein entscheidender Faktor zur Bewertung sozialstaatlicher Leistungen, wie die vorliegenden Ergebnisse gezeigt haben. Die Hypothese „Personen, die sich selbst als links der Mitte bezeichnen, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll“ kann aufgrund der statistischen Ergebnisse angenommen werden (vgl. Kap. 6.3.3). Die Ergebnisse decken sich dabei mit dem Forschungsstand: Diesen Effekt können auch Cappelen et al. (2018) und Roosma et al. (2015b) in ihren Studien nachweisen. Dass die Effektgröße nicht so hoch ausfällt, wie dies aufgrund theoretischer Überlegungen (exemplarisch für Österreich: Becker 2018; Brait und Kranawetter 2018; Koza 2018; Stern und Hofmann 2018) vermutet werden hätte können, liegt eventuell daran, dass in vielen Ländern keine ideologische Festlegung im Bezug auf den Sozialstaat bei den Bürger\*innen erfolgt und auch eine zwiespältige Haltung besteht (Lippl 2000; Weiss 2011, S. 98 f.).

Die politische Orientierung kann man auch auf einer Maßnahmen-Ebene betrachten, wie das Esping-Andersen (1990) u.a. bei der Namenswahl der Regime-Typen tat. Im historischen Verlauf zeigt sich mit neueren Daten als seinen, dass z.B. konservative Politiker\*innen weiterhin die Lohnersatzraten für Erwerbsarbeitslose reduzieren, während dieses Thema bei linken Politiker\*innen keine Relevanz zu haben scheint (Dallinger 2016, S. 34). Dies bestätigt nochmals die signifikanten Ergebnisse zur politischen Orientierung in der vorliegenden Arbeit, es liefert aber auch einen weiteren Hinweis zur geringen Effektgröße aufgrund der dahinterliegenden Mehrdimensionalität von sozialstaatlicher Akzeptanzforschung (Schmid 2010, S. 98).

---

Im Bezug auf die Theorien von Robert Castel (2008 [2000]; 2011) zur eigenen gefühlten Unsicherheit kann mit den Studienergebnissen gezeigt werden, dass nur eine Dimension statistischen Einfluss auf die Bewertungen der Aufgaben des Sozialstaates hat. Für jene Personen, die ein schwaches soziales Umfeld haben, kann kein Zusammenhang zur abhängigen Variablen nachgewiesen werden. Dabei muss aber festgehalten werden, dass die Variable, die die Anzahl der privaten Kontakte misst, nur einen Teilbereich von Castels Theorie abdeckt und daher nicht unproblematisch ist. In den Daten nicht abgebildet werden können eine wahrgenommene soziale Isolation bzw. ein Exklusionsempfinden (Bude und Lantermann 2006), die beide als theorierelevant verstanden werden können.

Die Unsicherheit im Bezug auf die Erwerbsarbeit, von der Castel (2011; 2016) spricht, wurde ebenfalls nicht in der vollen theoretischen Bandbreite, die sich nicht nur durch (erwartete) Erwerbsarbeitslosigkeit, sondern auch durch prekäre Beschäftigung oder atypische Beschäftigungsverhältnisse ohne sozialstaatliche Absicherung zeigt, operationalisiert. In den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zeigt sich, dass bei Personen, die einen Verlust der Lohnarbeit und eine längere Erwerbsarbeitslosigkeit fürchten, ein signifikanter Zusammenhang zur abhängigen Variablen besteht. Diese Personen stimmen einem Mehr an sozialstaatlichen Aufgaben, die der Staat übernehmen soll, signifikant häufiger zu. Die Hypothese zum sozialen Umfeld muss also verworfen werden, während folgende Hypothese angenommen wurde: „Personen, die die Gefahr sehen, ihren Erwerbsarbeitsplatz in den nächsten zwölf Monaten zu verlieren, befürworten eher, dass der Sozialstaat mehr Aufgaben übernehmen soll“ (vgl. Kap. 6.3.2).

Überraschend sind die Ergebnisse im Bezug auf die Kontextindikatoren, die aufgrund der auf Esping-Andersen (1990) beruhenden Überlegungen vermuten hatten lassen, dass Kennzahlen wie INI-Koeffizient, BIP oder Erwerbsarbeitslosenquote einen Einfluss auf die Akzeptanz des Sozialstaates haben. Allerdings konnte für keine Ländervariable ein signifikanter Zusammenhang gemessen werden. Dennoch bestehen zwischen den Ländern entscheidende Unterschiede (vgl. Kap. 6.3.4). So ist auch jenes Modell, das neben individuellen Indikatoren die Länderzugehörigkeit berücksichtigt, statistisch gesehen, das beste. Eine versuchsweise Modellberechnung mit kleineren regionalen Einheiten macht deutlich, dass nicht nur die Regime-Typologie von Esping-Andersen (1990; 1999) zu grobmaschig für eine sozialstaatliche Akzeptanzforschung ist, sondern dies auch für einen Ländervergleich zutrifft (vgl. Kap. 6.4.2).

Insgesamt zeigt sich also ein durchwachsenes Bild, wenn man die Ergebnisse der Hypothesenüberprüfung genauer betrachtet. Von sieben getesteten Hypothesen wurden nur zwei bestätigt – und das auf sehr niedrigem Effektniveau.

### Ausblick

Was lässt sich nun aus diesen Ergebnissen lernen? Neben den ausgewählten Kontextindikatoren könnte es andere Ländervariablen geben, die zur Erklärung des Modells und der Länderunterschiede beitragen können. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann lediglich konstatiert werden, dass es Länderunterschiede gibt und diese sich auch rechnerisch deutlich zeigen.

Ein anderer Zugang zur Modellverbesserung wurde im Kapitel 6.4.2 getestet. Da die Korrelation zwischen abhängiger Variablen und simulierten Werten magere 0,33 beträgt, wurde ein Vergleich auf regionaler Ebene (Bundesländer, Regionen, Kantone etc.) berechnet. Der Pearson-Korrelations-Koeffizient erhöht sich in diesem Modell auf 0,39. Das ist zwar immer noch ein sehr niedriger Wert, aber höher als im Ländervergleich. Regionale Unterschiede innerhalb der Länder zeigen sich auch in anderen Forschungen. So verweisen Kazepov und Ranci (2017) in ihrer Studie zu praxisorientierter Schulbildung in sechs italienischen Regionen auf die deutlichen Unterschiede, die sie feststellen konnten. Sozioökonomische und wirtschaftliche Unterschiede wie zwischen Nord- und Süditalien oder zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen die Diversität innerhalb eines Landes auf (Dallinger 2008; Kazepov und Ranci 2017; Ullrich 2008). So unterscheidet sogar Dallinger (2008, S. 147) in ihrer Studie mit Daten von 1999 noch zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Bezug auf die Akzeptanz von Erwerbslosenversicherung und Sozialhilfe erhebt auch Ullrich (2008, S. 96) zu einem ähnlichen Zeitpunkt für Personen, die im Gebiet der ehemaligen DDR befragt wurden, niedrigere Werte.

Auch wenn Deutschland in der regionalen Analyse aufgrund seiner geteilten Geschichte einen Sonderfall darstellen mag, ziehen sich die regionalen Unterschiede durch sämtliche Länder in der Analyse (vgl. auch Kap. 5.5.1). Dies ist vermutlich einer regionalen Organisationsstruktur und Gesetzgebung geschuldet (Bazant und Schubert 2008, S. 637; Schubert et al. 2008a, S. 19), bei der es zu einem „Zusammenspiel aller beteiligten Akteure“ (Blum et al. 2010, S. 11) kommt.



---

In weiteren vergleichenden sozialstaatlichen Forschungen müsste aufgrund dieser Ergebnisse regional kleinteiliger gearbeitet werden. Dies ist mit den *ESS*-Daten europaweit möglich, erfordert in der Interpretation aber umfassendes Hintergrundwissen, um mögliche regionale Ausreißer erklären zu können. Ein Mixed-Methods-Ansatz mit *Deliberative Forums* als qualitativer Methode (Taylor-Gooby et al. 2018) könnte bei der Interpretation deutlich unterstützen.



## Literatur

- Alber, Jens (2010). „What the European and American welfare states have in common and where they differ: facts and fiction in comparisons of the European Social Model and the United States“. In: *Journal of European Social Policy* 20 (2), S. 102–125.
- Alber, Jens und Brigitte Bernardi-Schenkluhn (1992). *Westeuropäische Gesundheitssysteme im Vergleich: Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Frankreich, Italien, Großbritannien*. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Bd. 8. Frankfurt/New York: Campus.
- Alber, Jens und Neil Gilbert, Hrsg. (2010). *United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America*. New York: Oxford University Press.
- Anderson, Christopher J. und Jonas Pontusson (2007). „Workers, worries and welfare states: Social protection and job insecurity in 15 OECD countries“. In: *European Journal of Political Research* 46 (2), S. 211–235.
- Arts, Wil und John Gelissen (2002). „Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report“. In: *Journal of European Social Policy* 12 (2), S. 137–158.
- Atzmüller, Roland (2014). *Aktivierung der Arbeit im Workfare-Staat. Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung nach dem Fordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aulenbacher, Brigitte (2007). „Vom fordistischen Wohlfahrts- zum neoliberalen Wettbewerbsstaat: Bewegungen im gesellschaftlichen Gefüge und in den Verhältnissen von Klasse, Geschlecht und Ethnie“. In: *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Hrsg. von Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer. Frankfurt/New York: Campus, S. 42–55.
- Bailey, Paul, Claire Kelley und Trang Nguyen (2018). *Introduction to Weighted Mixed Models With WeMix*. URL: [https://cran.r-project.org/web/packages/WeMix/vignettes/Introduction\\_to\\_Mixed\\_Effects\\_Models\\_With\\_WeMix.pdf](https://cran.r-project.org/web/packages/WeMix/vignettes/Introduction_to_Mixed_Effects_Models_With_WeMix.pdf) (besucht am 18.03.2019).
- Bambra, Clare (2007). „Defamilisation and welfare state regimes: a cluster analysis“. In: *International Journal of Social Welfare* 16 (4), S. 326–338.
- Bates, Douglas, Martin Mächler, Ben Bolker und Steve Walker (2015). „Fitting Linear Mixed-Effects Models Using lme4“. In: *Journal of Statistical Software* 67 (1), S. 1–48.
- Bates, Douglas, Martin Mächler, Ben Bolker, Steven Walker, Rune Haubo Bojesen Christensen, Henrik Singmann, Bin Dai, Fabian Scheipl, Gabor Grothendieck, Peter Green und John Fox (2019). *Package ‘lme4’ Version 1.1-21*. URL: <https://cran.r-project.org/web/packages/lme4/lme4.pdf> (besucht am 18.04.2019).

- Bazant, Ursula und Klaus Schubert (2008). „Europäische Wohlfahrtssysteme: Vielfalt jenseits bestehender Kategorien“. In: *Europäische Wohlfahrtssysteme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 623–645.
- Becker, Joachim (2018). „Schwarz-Blaues Regieren II: Orbánisierung in Rot-Weiß-Rot?“ In: *Kurswechsel* 1/2018, S. 102–112.
- Betzelt, Sigrid und Ingo Bode (2017a). „Angst im Sozialstaat – Hintergründe und Konsequenzen“. In: *WISO Direkt* 38. Hrsg. von Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 1–4.
- Betzelt, Sigrid und Ingo Bode (2017b). „Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus“. In: *Leviathan* 45 (2), S. 192–220.
- Betzelt, Sigrid und Ingo Bode (2018). „Einleitung: Angst im neuen Wohlfahrtsstaat“. In: *Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen*. Hrsg. von Sigrid Betzelt und Ingo Bode. Baden-Baden: Nomos, S. 9–28.
- Betzelt, Sigrid und Tanja Schmidt (2018). „Konstellationen der Angst. Arbeitslosigkeit mit und ohne Leistungsbezug im neuen Wohlfahrtsstaat“. In: *Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen*. Hrsg. von Sigrid Betzelt und Ingo Bode. Baden-Baden: Nomos, S. 147–180.
- Blomberg, Helena, Johanna Kallio, Olli Kangas, Christian Kroll und Mikko Niemelä (2012). „Attitudes Among High-Risk Groups“. In: *Contested Welfare States*. Hrsg. von Stefan Svallfors. New York: Stanford University Press, S. 58–80.
- Blum, Sonja, Jochen Dehling, Simon Hegelich und Klaus Schubert (2010). *Politisch limitierter Pluralismus. Die Wohlfahrtssysteme der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2010FES\\_07031.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2010FES_07031.pdf) (besucht am 01. 12. 2018).
- Blumer, Herbert (1954). „What is Wrong with Social Theory?“ In: *American Sociological Review* 19 (2), S. 3–10.
- Böckerman, Petri (2004). „Perception of Job Instability in Europe“. In: *Social Indicators Research* 67 (3), S. 283–314.
- Brait, Romana und Pia Kranawetter (2018). „Schwarz-blaue Budgetpolitik – damals und heute. Inszenierung zur Verschleierung ihrer Klientelpolitik“. In: *Kurswechsel* 3/2018, S. 56–65.
- Bude, Heinz und Ernst-Dieter Lantermann (2006). „Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58 (2), S. 233–252.

- Buhr, Daniel und Volquart Stoy (2015). „More than just Welfare Transfers? A Review of the Scope of Esping-Andersen’s Welfare Regime Typology“. In: *Social Policy and Society* 14 (2), S. 271–285.
- Butterwegge, Christoph (2013). *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph (2015a). *Hartz IV und die Folgen*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Christoph (2015b). „Sozialstaatsentwicklung, Armut und Soziale Arbeit“. In: *Sozial Extra* 39 (2), S. 38–41.
- Cappelen, Alexander W., Cornelius Cappelen, Stein Kuhnle und Bertil Tungodden (2018). „How to retrench the welfare state: Attitudes in the general population“. In: *Social Policy & Administration* 52 (4), S. 1–18.
- Castel, Robert (2008 [2000]). *Die Metamorphosen der sozialen Frage*. 2. Aufl. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert (2000). „The Roads to Disaffiliation: Insecure Work and Vulnerable Relationships“. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 24 (3), S. 519–535.
- Castel, Robert (2002). „Emergence and Transformations of Social Property“. In: *Constellations* 9 (3), S. 318–334.
- Castel, Robert (2005). *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, Robert (2009). *Negative Diskriminierung: Jugendrevolten in den Pariser Banlieues*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, Robert (2011). *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, Robert (2016). „The Rise of Uncertainties“. In: *Critical Horizons* 17 (2), S. 160–167.
- Castel, Robert und Klaus Dörre, Hrsg. (2009). *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Chung, Heejung und Bart Meuleman (2017). „European parents’ attitudes towards public childcare provision: the role of current provisions, interests and ideologies“. In: *European Societies* 19 (1), S. 49–68.
- Chung, Heejung, Peter Taylor-Gooby und Benjamin Leruth (2018). „Political legitimacy and welfare state futures: Introduction“. In: *Social Policy & Administration* 52 (4), S. 1–12.

- Chybalski, Filip und Małgorzata Gumola (2018). „The similarity of European pension systems in terms of OMC objectives: A cross-country study“. In: *Social Policy & Administration* 52 (7), S. 1–16.
- Daatland, Svein Olav, Marijke Veenstra und Katharina Herlofson (2012). „Age and intergenerational attitudes in the family and the welfare state“. In: *Advances in Life Course Research* 17 (3), S. 133–144.
- Dallinger, Ursula (2008). „Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Akzeptanz im internationalen Vergleich: Eine Mehrebenenanalyse. Redistribution by the Social Welfare State and Public Support for It – What Explains Country Differences?“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37 (2), S. 137–157.
- Dallinger, Ursula (2016). *Sozialpolitik im internationalen Vergleich*. Konstanz: UTB.
- Demirović, Alex und Thomas Sablowski (2013). „Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa“. In: *Fit für die Krise?* Hrsg. von Roland Atzmüller, Joachim Becker, Ulrich Brand, Lukas Oberndorfer, Vanessa Redak und Thomas Sablowski. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 187–238.
- Ebbinghaus, Bernhard (2005). *Can Path Dependence Explain Institutional Change? Two Approaches Applied to Welfare State Reform*. MPIfG Discussion Paper 05/2. Max Planck Institute for the Study of Societies. URL: <https://EconPapers.repec.org/RePEc:zbw:mpifgd:052> (besucht am 14.04.2018).
- Eppel, Rainer, Thomas Horvath und Helmut Mahringer (2013). *Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010*. URL: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=46669&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=46669&mime_type=application/pdf) (besucht am 25.09.2018).
- Esping-Andersen, Gøsta (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1996). *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economies*. London: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999). *Social Foundations of Postindustrial Economies*. New York: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2004). „Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat“. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1–2), S. 189–210.
- Esping-Andersen, Gøsta und Duncan Gallie (2002). *Why We Need a New Welfare State*. New York: Oxford University Press.

- European Commission (2018). *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a European Labour Authority*. URL: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=19157&langId=en> (besucht am 21.09.2018).
- European Social Survey (2017). *Welfare attitudes in a changing Europe*. URL: <https://www.europeansocialsurvey.org/findings/singleblog.html?a=/findings/blog/essblog0009.html> (besucht am 19.02.2019).
- European Social Survey (2018a). *ESS8 – 2016 Documentation Report. Edition 2.1*. Techn. Ber. European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for ResearchData for ESS ERIC. URL: [https://www.europeansocialsurvey.org/docs/round8/survey/ESS8\\_data\\_documentation\\_report\\_e02\\_1.pdf](https://www.europeansocialsurvey.org/docs/round8/survey/ESS8_data_documentation_report_e02_1.pdf) (besucht am 19.02.2019).
- European Social Survey (2018b). *Website*. URL: <https://www.europeansocialsurvey.org/> (besucht am 16.12.2018).
- Field, Andy (2016). *An Adventure in Statistics*. London: Sage Publications Ltd.
- Finseraas, Henning (2009). „Income Inequality and Demand for Redistribution: A Multilevel Analysis of European Public Opinion“. In: *Scandinavian Political Studies* 32 (1), S. 94–119.
- Flecker, Jörg (2018). „TINA und die technologische Revolution“. In: *sozialpolitik.ch* 1/2018 (Art. 1.4).
- Flecker, Jörg und Christoph Hermann (2005). „Geliehene Stabilität. Zur Funktionsfähigkeit des dualen Systems der Arbeitsbeziehungen in Österreich“. In: *Sozialpartnerschaft*. Hrsg. von Ferdinand Karlhofer und Emmerich Tálos. Wien/Münster: LIT Verlag, S. 37–56.
- Gałecki, Andrzej und Tomasz Burzykowski (2013). *Linear Mixed-Effects Models Using R*. New York: Springer.
- Gelman, Andrew und Jennifer Hill (2007). *Data Analysis Using Regression and Multi-level/Hierarchical Models*. New York: Cambridge University Pr.
- Gilbert, Neil (2010). „Comparative Analyses of Stateness and State Action: What Can We Learn From Patterns of Expenditure?“ In: *United in Diversity? Comparing Social Models in Europe and America*. Hrsg. von Jens Alber und Neil Gilbert. New York: Oxford University Press, S. 133–150.
- Haidinger, Bettina (2016). *Grenzenlose Mobilität – grenzenlose Ausbeutung: Arbeitsbedingungen in Europas Transportwirtschaft*. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

- Hark, Sabine (2007). „,Überflüssig‘: Negative Klassifikationen – Elemente symbolischer Delegitimierung im soziologischen Diskurs?“ In: *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Hrsg. von Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer. Frankfurt/New York: Campus, S. 151–162.
- Hemerijck, Anton, Hrsg. (2017). *The Uses of Social Investment*. New York: Oxford University Press.
- Hofmann, Julia (2017). „Trade union research: for what purpose?“ In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 42 (2), S. 101–104.
- Hürtgen, Stefanie und Stephan Voswinkel (2014). *Nichtnormale Normalität?* Berlin: Edition Sigma.
- Huws, Ursula (2015). *Labor in the Global Digital Economy*. New York: Monthly Review Press.
- Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel (1975 [1933]). *Die Arbeitslosen von Marienthal*. Berlin: Suhrkamp.
- Kazepov, Yuri und Costanzo Ranci (2017). „Why No Social Investment in Italy“. In: *The Uses of Social Investment*. Hrsg. von Anton Hemerijck. New York: Oxford University Press. Kap. 26, S. 287–298.
- Klinger, Cornelia, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer (2007). *Achsen der Ungleichheit*. Frankfurt/New York: Campus.
- Kollmorgen, Raj (2009). „Postsozialistische Wohlfahrtsregime in Europa – Teil der ‚Drei Welten‘ oder eigener Typus? Ein empirisch gestützter Rekonzeptualisierungsversuch“. In: *International vergleichende Sozialforschung: Ansätze und Messkonzepte unter den Bedingungen der Globalisierung*. Hrsg. von Birgit Pfau-Effinger, Sladana Sakač Magdalenić und Christof Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–92.
- Kootstra, Anouk und Femke Roosma (2018). „Changing public support for welfare sanctioning in Britain and the Netherlands: A persuasion experiment“. In: *Social Policy & Administration* 52 (4), S. 1–15.
- Koza, Markus (2018). „Schwarz-Blaues Regieren (II): Autoritärer Neoliberalismus“. In: *Kurswechsel* 1/2018, S. 113–119.
- Krammer, Caroline (2018). „Sozialversicherung in der Gig-Economy“. In: *Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat. Perspektiven aus der Sozialforschung. Sozialpolitik in Diskussion. Bd. 19*. Hrsg. von Ursula Filipič und Annika Schönauer. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, S. 23–35.



- Langer, Wolfgang (2008). *Mehrebenenanalyse: Eine Einführung für Forschung und Praxis*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Langer, Wolfgang (2010). „Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten“. In: *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Hrsg. von Christof Wolf und Henning Best. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 741–774.
- Lessenich, Stephan (2008). *Die Neuerfindung des Sozialen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lippl, Bodo (2000). „Welten der Gerechtigkeit“ in „Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes“ – Welche Einkommensumverteilung nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? *Arbeitsbericht Nr. 59*. Techn. Ber. Berlin: International Social Justice Project (ISJP), Institut für Sozialwissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin. URL: [https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrebereiche/empisoz/forschung/archiv/isjp/publication/ISJP\\_WP\\_No59](https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrebereiche/empisoz/forschung/archiv/isjp/publication/ISJP_WP_No59) (besucht am 15. 07. 2019).
- Lippl, Bodo (2008). *WISO Diskurs. Klare Mehrheiten für den Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche Wertorientierungen im internationalen Vergleich. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*. Hrsg. von Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Lubbers, Marcel, Claudia Diehl, Theresa Kuhn und Christian Albrekt Larsen (2018). „Migrants’ support for welfare state spending in Denmark, Germany, and the Netherlands“. In: *Social Policy & Administration* 52 (4), S. 1–19.
- Lübke, Christiane und Marcel Erlinghagen (2014). „Self-perceived job insecurity across Europe over time: Does changing context matter?“ In: *Journal of European Social Policy* 24 (4), S. 319–336.
- Luke, Douglas A. (2004). *Multilevel Modeling*. A Sage university paper series. Quantitative applications in the social sciences. Thousand Oaks: Sage.
- Mackonytė, Greta, Catalina Lomos und Wim van Oorschot (2015). „Perceived Magnitude of Unemployment: A Dark Horse in the Literature on Public Attitudes Towards Governmental Responsibilities to the Unemployed?“ In: *Baltic Journal of Political Science* 3 (3), S. 27.
- Mau, Steffen (2004). „Welfare Regimes and the Norms of Social Exchange“. In: *Current Sociology* 52.1, S. 53–74.
- May, Meike und Julia Schwanholz (2013). „Vom gerechten Weg abgekommen? Bewertungen von Hartz IV durch die Bevölkerung“. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 59 (2), S. 197–225.

- Mertens, Daniel (2017). „The ‚New Welfare State‘ under Fiscal Strain“. In: *The Uses of Social Investment*. Hrsg. von Anton Hemerijck. New York: Oxford University Press. Kap. 6, S. 77–86.
- Morel, Nathalie, Bruno Palier und Joakim Palme, Hrsg. (2012). *Towards a social investment welfare state?* Bristol: Policy Press.
- Nash, John C. und Ravi Varadhan (2011). „Unifying Optimization Algorithms to Aid Software System Users: optimx for R“. In: *Journal of Statistical Software* 43 (9), S. 1–14.
- O’Donnell, Rory und Damian Thomas (2017). „Ireland. The Evolving Tensions between Austerity, Welfare Expansion, and Targeted Social Investment“. In: *The Uses of Social Investment*. Hrsg. von Anton Hemerijck. New York: Oxford University Press. Kap. 22, S. 244–253.
- ÖGB (2018). *Wimmer: Kluft zwischen Arm und Reich wird wachsen*. URL: [https://www.oegb.at//cms/S06/S06\\_0.a/1342588937965/home/wimmer-kluft-zwischen-arm-und-reich-wird-wachsen](https://www.oegb.at//cms/S06/S06_0.a/1342588937965/home/wimmer-kluft-zwischen-arm-und-reich-wird-wachsen) (besucht am 17.04.2018).
- Österreichische Bundesregierung (2017). *Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022*. URL: [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm\\_2017%E2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%E2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6) (besucht am 19.09.2018).
- Paz-Fuchs, Amir und Anja Eleveld (2016). „Workfare Revisited“. In: *Industrial Law Journal* 45 (1), S. 29–59.
- Pfeiffer, Ulrich (2010). „Sozialstaat und Wirtschaftsentwicklung“. In: *Eine neosoziale Zukunft*. Hrsg. von Ulrich Pfeiffer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–61.
- Pollak, Reinhard, Heike Wirth, Felix Weiss, Gerrit Bauer und Walter Müller (2009). „On the Comparative Measurement of Supervisory Status using the Examples of the ESS and the EU-LFS“. In: *International vergleichende Sozialforschung: Ansätze und Messkonzepte unter den Bedingungen der Globalisierung*. Hrsg. von Birgit Pfau-Effinger, Sladana Sakač Magdalenić und Christof Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173–206.
- Porst, Rolf (2013). *Fragebogen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Pötschke, Manuela (2014). „Mehrebenenanalyse“. In: *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Hrsg. von Nina Baur und Jörg Blasius. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Kap. 87, S. 1101–1116.

- R Core Team (2018). *R: A Language and Environment for Statistical Computing*. R Foundation for Statistical Computing. Vienna, Austria. URL: <https://www.R-project.org/> (besucht am 18.04.2019).
- Raudenbush, Stephen W. und Anthony S. Bryk (2002). *Hierarchical Linear Models. Applications and Data Analysis Methods*. 2. Aufl. Advanced quantitative techniques in the social sciences. Thousand Oaks: Sage.
- Reiter, Renate (2017). *Sozialpolitik aus politikfeldanalytischer Perspektive: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Revelle, William (2018). *psych: Procedures for Psychological, Psychometric, and Personality Research*. R package version 1.8.12. Northwestern University. Evanston, Illinois. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=psych> (besucht am 18.04.2019).
- Roosma, Femke, John Gelissen und Wim van Oorschot (2012). „The Multidimensionality of Welfare State Attitudes: A European Cross-National Study“. In: *Social Indicators Research* 113 (1), S. 235–255.
- Roosma, Femke, Wim van Oorschot und John Gelissen (2014). „The preferred role and perceived performance of the welfare state: European welfare attitudes from a multidimensional perspective“. In: *Social Science Research* 44, S. 200–210.
- Roosma, Femke, Wim van Oorschot und John Gelissen (2015a). „A Just Distribution of Burdens? Attitudes Toward the Social Distribution of Taxes in 26 Welfare States“. In: *International Journal of Public Opinion Research* 28 (3), S. 376–400.
- Roosma, Femke, Wim van Oorschot und John Gelissen (2015b). „The Achilles’ heel of welfare state legitimacy: perceptions of overuse and underuse of social benefits in Europe“. In: *Journal of European Public Policy* 23 (2), S. 177–196.
- Schmid, Josef (2010). *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. 3., aktualisierte und erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schöneck, Nadine M. und Silke Bothfeld (2018). „Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat? Die Wahrnehmung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten im Ländervergleich“. In: *Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen*. Hrsg. von Sigrid Betzelt und Ingo Bode. Baden-Baden: Nomos, S. 77–107.
- Schöneck, Nadine M., Steffen Mau und Jürgen Schupp (2011). *Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegsorgen der Bevölkerung in Deutschland*. ger. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 428. Berlin. URL: <http://hdl.handle.net/10419/150973> (besucht am 20.12.2018).

- Schubert, Klaus, Simon Hegelich und Ursula Bazant (2008a). „Europäische Wohlfahrtsysteme: Stand der Forschung – theoretisch-methodische Überlegungen“. In: *Europäische Wohlfahrtssysteme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–43.
- Schubert, Klaus, Simon Hegelich und Ursula Bazant, Hrsg. (2008b). *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sowa, Frank und Stefan Zapfel (2015). „Aktivierung als globales Modell der Weltpolitik? Konzeptionelle Überlegungen zum Wandel der Arbeitsmarktpolitik in europäischen Wohlfahrtsstaaten“. In: *Sozialer Fortschritt* 64 (3), S. 47–54.
- Stern, Sandra und Julia Hofmann (2018). „Speed kills slowly: Sozialpartnerschaft unter Schwarz-Blau II“. In: *Kurswechsel* 3/2018, S. 38–46.
- Svallfors, Stefan, Hrsg. (2012a). *Contested Welfare States*. Stanford: Stanford University Press.
- Svallfors, Stefan (2012b). „Welfare States and Welfare Attitudes“. In: *Contested Welfare States*. Hrsg. von Stefan Svallfors. Stanford: Stanford University Press, S. 1–24.
- Svallfors, Stefan, Joakim Kulin und Annette Schnabel (2012). „Age, Class, and Attitudes Toward Government Responsibilities“. In: *Contested Welfare States*. Hrsg. von Stefan Svallfors. Stanford: Stanford University Press, S. 158–192.
- Taylor-Gooby, Peter, Heejung Chung und Benjamin Leruth (2018). „The contribution of deliberative forums to studying welfare state attitudes: A United Kingdom study“. In: *Social Policy & Administration* 52 (4), S. 1–14.
- Ullrich, Carsten (2008). *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Urban, Dieter und Jochen Mayerl (2011). *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung (Studienskripten zur Soziologie)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Uunk, Wilfred und Wim van Oorschot (2018). „Going with the Flow? The Effect of Economic Fluctuation on People’s Solidarity with Unemployed People“. In: *Social Indicators Research*, S. 1–18.
- Van der Veen, Robert Jan und Wouter van der Brug (2012). „Three Worlds of Social Insurance: On the Validity of Esping-Andersen’s Welfare Regime Dimensions“. In: *British Journal of Political Science* 43, S. 323–343.
- Van der Waal, Jeroen, Willem de Koster und Wim van Oorschot (2013). „Three Worlds of Welfare Chauvinism? How Welfare Regimes Affect Support for Distributing Wel-

- fare to Immigrants in Europe“. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 15 (2), S. 164–181.
- Van Dyk, Silke (2018). „Post-Wage Politics and the Rise of Community Capitalism“. In: *Work, Employment and Society* 32 (3), S. 528–545.
- Van Kersbergen, Kees und Jonas Kraft (2017). „De-universalization and Selective Social Investment in Scandinavia?“ In: *The Uses of Social Investment*. Hrsg. von Anton Hemerijck. New York: Oxford University Press, S. 216–226.
- Van Oorschot, Wim und Heejung Chung (2014). „Feelings of dual-insecurity among European workers: A multi-level analysis“. In: *European Journal of Industrial Relations* 21 (1), S. 23–37.
- Van Oorschot, Wim und Bart Meuleman (2012). „Welfare Performance and Welfare Support“. In: *Contested Welfare States*. Hrsg. von Stefan Svallfors. Stanford: Stanford University Press, S. 25–57.
- Vis, Barbara (2007). „States of welfare or states of workfare? Welfare state restructuring in 16 capitalist democracies, 1985–2002“. In: *Policy & Politics* 35 (1), S. 105–122.
- Wagner, Gabriele und Philipp Hessinger, Hrsg. (2008). *Ein neuer Geist des Kapitalismus?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weins, Cornelia (2009). „Messinstrumente im internationalen Vergleich. Möglichkeiten und Grenzen der Analyse von Vorurteilen“. In: *International vergleichende Sozialforschung: Ansätze und Messkonzepte unter den Bedingungen der Globalisierung*. Hrsg. von Birgit Pfau-Effinger, Sladana Sakač Magdalenić und Christof Wolf. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129–151.
- Weiss, Hilde (2011). „Geteiltes Risiko oder Eigenverantwortung? Zur Sozialstaatsdebatte aus der Sicht der ÖsterreicherInnen“. In: *Armut und Reichtum. Ungleiche Lebenslagen, -chancen, -stile und -welten in Österreich*. Hrsg. von Michael Rosecker und Sabine Schmitner. Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag, S. 89–105.
- Wendt, Claus (2008). „Einstellungen zu wohlfahrtsstaatlichen Institutionen in Europa – Wie werden Gesundheitssysteme von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen?“ In: *Zeitschrift für Sozialreform* 54 (2), S. 115–140.
- Wiesböck, Laura (2018). *In besserer Gesellschaft*. Wien: Verlag Kremayr & Scheriau. URL: [https://www.ebook.de/de/product/34258694/laura\\_wiesboeck\\_in\\_besserer\\_gesellschaft.html](https://www.ebook.de/de/product/34258694/laura_wiesboeck_in_besserer_gesellschaft.html).

- Winter, Bodo (2014). *A very basic tutorial for performing linear mixed effects analyses (Tutorial 2)*, S. 1–22. URL: [http://www.bodowinter.com/tutorial/bw\\_LME\\_tutorial2.pdf](http://www.bodowinter.com/tutorial/bw_LME_tutorial2.pdf) (besucht am 27.03.2019).
- Zilian, Hans Georg und Jörg Flecker (2000). *Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit*. München/Mering: Hampp.
- Zimmermann, Katharina, Jan-Ocko Heuer und Steffen Mau (2018). „Changing preferences towards redistribution: How deliberation shapes welfare attitudes“. In: *Social Policy & Administration* 52 (5), S. 1–14.

# Abstracts

## Kurzzusammenfassung

Wer sich unsicher fühlt – sei es durch prekäre Arbeitsverhältnisse oder durch wenige Sozialkontakte –, fordert sozialstaatliche Sicherungssysteme stärker als jene, die nicht verunsichert sind. Die an den Soziologen Robert Castel anknüpfende Hypothese stellt die Ausgangsbasis für die vorliegende Masterarbeit dar. Haben daher erstgenannte Personen eine höhere positive Akzeptanz für sozialstaatliche Maßnahmen? Mit den Daten des *European Social Survey 2016* (Spezialmodul zum Sozialstaat) und Mixed-Effects-Modellen wird der Einfluss von kontextbezogenen und individuellen Variablen auf die Akzeptanz in 21 europäischen Ländern gemessen. So wird nicht nur die anfangs erwähnte Hypothese untersucht, sondern auch, ob die politische Orientierung einen Einfluss auf die Akzeptanz sozialstaatlicher Leistungen hat und inwiefern länderspezifische Unterschiede z.B. durch die jeweilige Wirtschaftsleistung erklärt werden können. Es kann auch angenommen werden, dass in Ländern mit höherer sozialer Ungleichheit (gemessen mit GINI-Koeffizient) eine sozialstaatliche Umverteilung eher befürwortet wird.

Theoretisch knüpft die Masterarbeit an Robert Castel sowie Gøsta Esping-Andersen an. Beide beschreiben in ihren Sozialanalysen die Einbindungen über Erwerbsstrukturen und über den familiären Rückhalt als gesellschaftsprägend. Die Masterarbeit untersucht, wie der jeweilige sozialstaatliche Rahmen die Einstellungen von Bürger\*innen zu sozialstaatlichen Leistungen in unterschiedlichen europäischen Ländern prägt. Gleichzeitig werden – anknüpfend an Robert Castels Theorien zu Unsicherheit und Entkopplung – die Zusammenhänge zwischen eigener gefühlter Unsicherheit und der Einstellung gegenüber sozialstaatlichen Leistungen berechnet. Auch Unterschiede aufgrund der Beschaffenheit eines Staates (gemessen z.B. mit BIP/Kopf oder GINI-Koeffizient) können Einfluss auf die Bewertungen sozialstaatlicher Leistungen nehmen.

Die Ergebnisse zeigen die theoretische Mehrdimensionalität deutlich auf. Signifikante Ergebnisse auf individuellem Niveau können für die Variablen zur eigenen Arbeitsplatzunsicherheit sowie zur politischen Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala gemessen werden. Auf Länderebene zeigen sich deutliche Unterschiede, die sich weder auf Esping-Andersens Regime-Typologie noch auf die getesteten Kontextindikatoren zurückführen lassen. Die Ergebnisse weisen vielmehr darauf hin, dass die Kontexteffek-

te in kleineren regionalen Einheiten (Kanton, Bundesland etc.) zum Tragen kommen, weil der höchste Pearson-Korrelations-Koeffizient im Modell mit NUTS-Regionen erzielt worden ist.

## English Abstract

Based on Robert Castel's work, the leading hypothesis of this master's thesis is: People, who feel insecure, either due to precarious employment or private isolation, demand better social security systems than those, who do not feel insecure. Do people who feel insecure have a higher positive acceptance for welfare state measures? Using data of the *European Social Survey 2016* (special module on welfare) and mixed-effect models, the impact of contextual and individual variables on the acceptance in 21 European countries is tested. Tests include questions about: Which impact does one's political self-evaluation on a left-right-placement-scale have on the assessments of welfare benefits? And to what extent can country-specific differences be explained e.g. by the economic performance? Do people living in countries with higher social inequality (as indicated by the GINI coefficient) tend to favour redistribution?

The master's thesis follows concepts developed by Robert Castel and Gøsta Esping-Andersen. Both describe the integration in employment structures and a good family support as socially important. Therefore, the political and social approach in each country might influence how the attitudes of citizens towards the welfare state are shaped in different European countries. Following Robert Castel's ideas on uncertainty and disaffiliation, the relationships between one's own perceived insecurity and one's attitudes toward social welfare benefits are estimated. Furthermore, the influence of the general socio-economical condition of countries (as indicated by GDP/capita, the GINI coefficient, amongst others) on the perception of welfare benefits is taken into account as well.

A multidimensionality can be seen in the results. At the individual level, personal job insecurity and one's political self-evaluation show significant effects. The distinct differences between countries can neither be explained with Esping-Andersen's typology nor with the contextual variables. The results rather indicate that contextual effects are best examined on smaller regional units (canton, region, etc.), because the Pearson correlation coefficient is highest in the mixed-effects-model with NUTS-regions.



## Anhang: Zentraler R-Code

```
#Packages laden
library(haven)
library(expss)
library(psych)
library(Hmisc)
library(lme4)
library(hexbin)
library(xtable)
library(descr)
library(plyr)
library(weights)
library(optimx)

#Import file
ess8 <- read_sav("ESS8e02_1.sav")
ess8 <- as.data.frame(ess8)

#####

# mein Laendersample, mit dem ich rechnen werde. Also ohne RU und IL:
ess8filt <- subset(ess8, !(centry %in% c("RU", "IL")))

# Gewicht Variable erstellen fuer Laendervergleiche
ess8filt$totalweight <- ess8filt$weight * ess8filt$pspwght

# Regime-Typen-Variable anlegen
ess8filt <- within(ess8filt, {
  regime <- NA
  regime[centry %in% c("FI", "NO", "SE", "NL")] <- "skand"
  regime[centry %in% c("IS", "CH", "GB", "IE")] <- "lib"
  regime[centry %in% c("AT", "FR", "DE", "BE")] <- "kons"
  regime[centry %in% c("CZ", "EE", "HU", "LT", "SI", "PL")] <- "ost"
  regime[centry %in% c("IT", "PT", "ES")] <- "rud"
})

table(ess8filt$centry, ess8filt$regime)

#####

crosstab(ess8filt$gvslvol, ess8filt$essround, weight = ess8filt$totalweight,
         digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
         prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)

#####

### Deskriptiv fuer gvslvol:

compmeans(ess8filt$gvslvol, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
          missing.include = FALSE)
gvslvol_total <- crosstab(ess8filt$gvslvol, ess8filt$essround, weight = ess8filt$totalweight,
                        digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                        prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
cbind(gvslvol_total$rs, gvslvol_total$prop.tbl)

# pro Land
compmeans(ess8filt$gvslvol, ess8filt$centry, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
          missing.include = FALSE)
gvslvol_proLand <- crosstab(ess8filt$gvslvol, ess8filt$centry, weight = ess8filt$totalweight,
                          digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                          prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvslvol_proLand$prop.tbl
```

```

# pro Regime
compmeans(ess8filt$gvslvol, ess8filt$regime, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvslvol_proRegime <- crosstab(ess8filt$gvslvol, ess8filt$regime, weight = ess8filt$totalweight,
                             digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                             prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvslvol_proRegime$prop.tbl

### Deskriptiv fuer gvslvue:
compmeans(ess8filt$gvslvue, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvslvue_total <- crosstab(ess8filt$gvslvue, ess8filt$essround, weight = ess8filt$totalweight,
                         digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                         prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
cbind(gvslvue_total$rs, gvslvue_total$prop.tbl)

# pro Land
compmeans(ess8filt$gvslvue, ess8filt$cntry, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvslvue_proLand <- crosstab(ess8filt$gvslvue, ess8filt$cntry, weight = ess8filt$totalweight,
                            digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                            prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvslvue_proLand$prop.tbl

# pro Regime
compmeans(ess8filt$gvslvue, ess8filt$regime, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvslvue_proRegime <- crosstab(ess8filt$gvslvue, ess8filt$regime, weight = ess8filt$totalweight,
                              digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                              prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvslvue_proRegime$prop.tbl

### Deskriptiv fuer gvclcdr:
compmeans(ess8filt$gvclcdr, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvclcdr_total <- crosstab(ess8filt$gvclcdr, ess8filt$essround, weight = ess8filt$totalweight,
                         digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                         prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
cbind(gvclcdr_total$rs, gvclcdr_total$prop.tbl)

# pro Land
compmeans(ess8filt$gvclcdr, ess8filt$cntry, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvslvue_proLand <- crosstab(ess8filt$gvslvue, ess8filt$cntry, weight = ess8filt$totalweight,
                            digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                            prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvslvue_proLand$prop.tbl

# pro Regime
compmeans(ess8filt$gvclcdr, ess8filt$regime, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
gvclcdr_proRegime <- crosstab(ess8filt$gvclcdr, ess8filt$regime, weight = ess8filt$totalweight,
                              digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
                              prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
gvclcdr_proRegime$prop.tbl

# Korrelationen
rcorr(cbind(ess8filt$gvslvol, ess8filt$gvslvue, ess8filt$gvclcdr), type = "pearson")
corrmatrix <- wtd.cor(cbind(ess8filt$gvslvol, ess8filt$gvslvue, ess8filt$gvclcdr), weight = ess8filt$totalweight)

cortest.bartlett(corrmatrix$correlation, n = 38640, diag=TRUE)
KMO(corrmatrix$correlation)

```

```

# Faktorenanalyse fuer abhaengige Variable

# Variante mit allen drei Variablen
factor_3var <- fa(cbind(ess8filt$gvslvol, ess8filt$gvslvue, ess8filt$gvclder), rotate = "varimax",
  residuals = TRUE, scores = "regression", min.err = 0.001, max.iter = 50, symmetric
  = TRUE,
  warning = TRUE, fm = "pa", alpha = .1, p = .05, cor = "cor", use = "listwise",
  weight = ess8filt$totalweight)

factor_3var
print(factor_3var$loadings, digits = 7)
print(factor_3var$communality, digits = 7)

#####

#### Unsicherheitsvariable

# Treffen mit Freunden/privat Arbeitskollegen/Verwandten...

sozialkontakte <- wtd.table(ess8filt$sclmeet, weights = ess8filt$totalweight)
prop.table(sozialkontakte$sum.of.weights)*100
table(sozialkontakte$sum.of.weights)

# Vergleich ungewichtet:
prop.table(table(ess8filt$sclmeet))*100

# Variable sclmeet dichotomisieren

ess8filt$wenigsozialkontakt <- NA
ess8filt$wenigsozialkontakt <- ifelse(ess8filt$sclmeet < 4, 1, # max. 1x pro Monat
  ifelse(ess8filt$sclmeet > 3, 0, NA)) # mehrmals pro Monat und haeufiger
ess8filt$wenigsozialkontakt <- factor(ess8filt$wenigsozialkontakt,
  levels = c(0,1),
  labels = c("mehrmals pro Monat und haeufiger", "max. 1x pro Monat"))
fre(ess8filt$wenigsozialkontakt)

sum(is.na(ess8filt$sclmeet))
sum(is.na(ess8filt$wenigsozialkontakt))

kreuztab_sozialkontakt_centry <- crosstab(ess8filt$wenigsozialkontakt, ess8filt$centry,
  weight = ess8filt$totalweight,
  digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
  prop.c = TRUE, expected = TRUE, missing.include = FALSE)

kreuztab_sozialkontakt_centry$prop.col
t(kreuztab_sozialkontakt_centry$prop.col)

print(xtable(t(kreuztab_sozialkontakt_centry$prop.col)*100, caption = "Deskriptive Statistik der
  dichotomisierten Variablen wenige Sozialkontakte nach Land"),
  tabular.environment = "tabular")

# Wahrscheinlichkeit in den naechsten 12 Monaten arbeitslos zu werden und laenger als ein Monat zu
  sein

wahrsch_arbeitslosigkeit <- wtd.table(ess8filt$lkuemp, weights = ess8filt$totalweight)
prop.table(wahrsch_arbeitslosigkeit$sum.of.weights)*100
table(wahrsch_arbeitslosigkeit$sum.of.weights)

# Variable lkuemp dichotomisieren

ess8filt$arbeitslos_werden <- NA
ess8filt$arbeitslos_werden <- ifelse(ess8filt$lkuemp == 55, 0, # missing
  ifelse(ess8filt$lkuemp %in% c(1, 2), 0, # unwahrscheinlich

```

```

        ifelse (ess8filt$tkuemp %in% c(3, 4), 1, NA)) #
            wahrscheinlich

table(ess8filt$tkuemp, ess8filt$arbeitslos_werden)
arbeitslos_werden_total <- wtd.table(ess8filt$arbeitslos_werden, weights = ess8filt$totalweight)
prop.table(arbeitslos_werden_total$sum.of.weights)

ess8filt$arbeitslos_werden <- factor(ess8filt$arbeitslos_werden,
    levels = c(0,1),
    labels = c("unwahrscheinlich / nicht zutreffend", "
        wahrscheinlich"))

sum(is.na(ess8filt$tkuemp))
sum(is.na(ess8filt$arbeitslos_werden))

kreuztab_arbeitslos_centry <- crosstab(ess8filt$arbeitslos_werden, ess8filt$centry,
    weight = ess8filt$totalweight,
    digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3)
    ,
    prop.c = TRUE, expected = TRUE, missing.include = FALSE)

kreuztab_arbeitslos_centry$prop.col
t(kreuztab_arbeitslos_centry$prop.col)

print(xtable(t(kreuztab_arbeitslos_centry$prop.col)*100, caption = "Deskriptive Statistik der
    dichotomisierten Variablen zur Wahrscheinlichkeit eigener Erwerbsarbeitslosigkeit"),
    tabular.environment = "tabular")

kreuztab_arbeitslos_regime <- crosstab(ess8filt$arbeitslos_werden, ess8filt$regime,
    weight = ess8filt$totalweight,
    digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others =
        3),
    prop.c = TRUE, expected = TRUE, missing.include = FALSE)

kreuztab_arbeitslos_regime$prop.col
t(kreuztab_arbeitslos_regime$prop.col)

# politische Orientierung Links-Rechts-Skala

compmeans(ess8filt$lrscale, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
    missing.include = FALSE)
lrscale_total <- crosstab(ess8filt$lrscale, ess8filt$essround, weight = ess8filt$totalweight,
    digits = list(expected = 1, prop = 3, percent = 1, others = 3),
    prop.t = TRUE, missing.include = FALSE)
cbind(lrscale_total$rs, lrscale_total$prop.tbl)

# pro Land
compmeans(ess8filt$lrscale, ess8filt$centry, ess8filt$totalweight, plot = TRUE,
    missing.include = FALSE)

png("boxplot_lrscale_laender.png", width = 1000, height = 600)
compmeans(ess8filt$lrscale, ess8filt$centry, ess8filt$totalweight, plot = TRUE,
    missing.include = FALSE, xlab = "", ylab = "Links-Rechts-Skala (0-10)")
dev.off()

# zentrieren
ess8filt$lrscale_zent <- ess8filt$lrscale - 4.954341

table(ess8filt$lrscale, ess8filt$lrscale_zent)
compmeans(ess8filt$lrscale_zent, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
    missing.include = FALSE)

sum(is.na(ess8filt$lrscale))
sum(is.na(ess8filt$lrscale_zent))

# Geschlecht recodieren fuer Referenz-Gruppe Maenner
ess8filt$gnr # 1 = Maenner, 2 = Frauen
ess8filt$geschlecht <- ifelse(ess8filt$gnr == 1, 0, # Maenner
    ifelse(ess8filt$gnr == 2, 1, NA)) # Frauen

```

```

table(ess8filt$gnldr, ess8filt$geschlecht)

sum(is.na(ess8filt$gnldr))
sum(is.na(ess8filt$geschlecht))

# Alter zentrieren
compmeans(ess8filt$agea, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)

ess8filt$age_zent <- ess8filt$agea - 47.93948
compmeans(ess8filt$age_zent, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)

sum(is.na(ess8filt$agea))
sum(is.na(ess8filt$age_zent))

# Bildung zentrieren
compmeans(ess8filt$eduysr, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)
wtd.quantile(ess8filt$eduysr, weights = ess8filt$totalweight, probs=c(0, .25, .5, .75, 1))

ess8filt$edu_zent <- ess8filt$eduysr - 12.83493
compmeans(ess8filt$edu_zent, ess8filt$essround, ess8filt$totalweight, plot = FALSE,
           missing.include = FALSE)

sum(is.na(ess8filt$eduysr))
sum(is.na(ess8filt$edu_zent))

#####

# Daten einlesen und zum Datensatz hinzuspielen:

arbeitslosenquote <- read.csv2("Kontext_Arbeitslosenquote_aufbereitet.csv",
                               header = TRUE, sep = ";", dec = ",",
                               na.strings = ":")
names(arbeitslosenquote) <- c("cntry", "quote2016")
arbeitslosenquote
ess8filt$arbeitslosenquote <- plyr::mapvalues(ess8filt$cntry, from = arbeitslosenquote$cntry,
                                             to = arbeitslosenquote$quote2016)
head(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$arbeitslosenquote))
tail(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$arbeitslosenquote))
sum(is.na(ess8filt$arbeitslosenquote))

GINI <- read.table("Kontext_Gini_aufbereitet.csv",
                  header = TRUE, sep = ";", dec = ",", na.strings = ":")
names(GINI) <- c("cntry", "GINI2016")
GINI
ess8filt$GINI <- plyr::mapvalues(ess8filt$cntry, from = GINI$cntry,
                                to = GINI$GINI2016)
head(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$GINI))
tail(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$GINI))
sum(is.na(ess8filt$GINI))

sozialausgaben <- read.table("Kontext_sozialausgaben_aufbereitet.csv",
                             header = TRUE, sep = ";", dec = ",",
                             na.strings = ":")
names(sozialausgaben) <- c("cntry", "sozialausgaben2016proKopf")
sozialausgaben
ess8filt$sozialausgaben <- plyr::mapvalues(ess8filt$cntry, from = sozialausgaben$cntry,
                                           to = sozialausgaben$sozialausgaben2016proKopf)
head(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$sozialausgaben))
tail(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$sozialausgaben))
sum(is.na(ess8filt$sozialausgaben))

BIP <- read.table("Kontext_BIPKopf_aufbereitet.csv",
                  header = TRUE, sep = ";", dec = ",", na.string = ":")
names(BIP) <- c("cntry", "BIP2016proKopf")
BIP

```

```

ess8filt$BIP <- plyr::mapvalues(ess8filt$cntry, from = BIP$cntry,
                              to = BIP$BIP2016proKopf)
head(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$BIP))
tail(cbind(ess8filt$cntry, ess8filt$BIP))
sum(is.na(ess8filt$BIP))

# Multi-Level-Analyse

# Variablen:
# aufgaben
# wenigsozialkontakt
# arbeitslos_werden
# lrscale_zent
# geschlecht
# age_zent
# edu_zent
# arbeitslosenquote
# BIP (pro Kopf)
# sozialausgaben (pro Kopf)
# GINI

# Daten umformen, damit der Datensatz kleiner wird (listenweiser Fallausschluss)
analysedaten <- data.frame(ess8filt$cntry, ess8filt$pspwght, ess8filt$spweight, ess8filt$totalweight
,
                          ess8filt$wenigsozialkontakt, ess8filt$arbeitslos_werden,
                          ess8filt$lrscale_zent, ess8filt$geschlecht, ess8filt$age_zent,
                          ess8filt$edu_zent, ess8filt$arbeitslosenquote, ess8filt$BIP,
                          ess8filt$GINI, ess8filt$sozialausgaben, ess8filt$regime, ess8filt$
                          gvslvol,
                          ess8filt$gvslvue, ess8filt$gvclcdr, ess8filt$essround)
colnames(analysedaten) <- c("cntry", "pspwght", "pweight", "totalweight",
"wenigsozialkontakt", "arbeitslos_werden",
"lrscale_zent", "geschlecht", "age_zent",
"edu_zent", "arbeitslosenquote", "BIP",
"GINI", "sozialausgaben", "regime", "gvslvol", "gvslvue",
"gvclcdr", "essround")
analysedaten <- analysedaten[complete.cases(analysedaten), ]
analysedaten$GINI <- as.numeric(analysedaten$GINI)
analysedaten$arbeitslosenquote <- as.numeric(analysedaten$arbeitslosenquote)
analysedaten$BIP <- as.numeric(analysedaten$BIP)
analysedaten$sozialausgaben <- as.numeric(analysedaten$sozialausgaben)
analysedaten$cntry <- as.factor(analysedaten$cntry)

####

# abhaengige Variable aufgaben definieren
analysedaten$aufgaben <- (analysedaten$gvclcdr + analysedaten$gvslvol + analysedaten$gvslvue) / 3
analysedaten$aufgaben <- as.vector(analysedaten$aufgaben)

hist(analysedaten$aufgaben)

compmeans(analysedaten$aufgaben, analysedaten$essround, analysedaten$totalweight, plot = FALSE,
          missing.include = FALSE)
wtd.quantile(analysedaten$aufgaben, weights = analysedaten$totalweight, probs=c(0, .25, .5, .75, 1))

aufgaben_proLand <- compmeans(analysedaten$aufgaben, analysedaten$cntry, analysedaten$totalweight,
                              plot = TRUE,
                              missing.include = FALSE, ylab = "Aufgaben des Sozialstaates")

print(xtable(aufgaben_proLand, caption = "Deskriptive Statistik der abhaengigen Variablen \textit{
aufgaben}"),
      tabular.environment = "tabular")

png("boxplot_aufgaben_laender.png", width = 1000, height = 600)
compmeans(analysedaten$aufgaben, analysedaten$cntry, analysedaten$totalweight, plot = TRUE,
          missing.include = FALSE, ylab = "Aufgaben des Sozialstaates", xlab = "")
dev.off()

```

```

# Mehrebenen-Berechnungen #

# Modell 1: Intercept-Only
lmm_RIO <- lmer(aufgaben ~ (1|cntry), data = analysedaten,
              weights = totalweight,
              control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                  optCtrl=list(method='nlminb')))

summary(lmm_RIO)
BIC(lmm_RIO)
AIC(lmm_RIO)

analysedaten$lmm_RIO_est <- fitted(lmm_RIO)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RIO_est, weight = analysedaten$totalweight)

# Modell 2: Random Intercept + individuelle Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Bildung
lmm_RI_indiK <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + (1|cntry), data = analysedaten,
                  weights = totalweight,
                  control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                       optCtrl=list(method='nlminb')))

summary(lmm_RI_indiK)

BIC(lmm_RI_indiK)
AIC(lmm_RI_indiK)

analysedaten$lmm_RI_indiK_est <- fitted(lmm_RI_indiK)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RI_indiK_est, weight = analysedaten$totalweight)

lmm_RI_indiK_ohneAge <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + (1|cntry), data = analysedaten,
                          weights = totalweight,
                          control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                              optCtrl=list(method='nlminb')))

anova(lmm_RI_indiK, lmm_RI_indiK_ohneAge)

lmm_RI_indiK_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + age_zent + (1|cntry), data = analysedaten,
                                  weights = totalweight,
                                  control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                                      optCtrl=list(method='nlminb')))

anova(lmm_RI_indiK, lmm_RI_indiK_ohneGeschlecht)

lmm_RI_indiK_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ geschlecht + age_zent + (1|cntry), data = analysedaten,
                              weights = totalweight,
                              control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                                  optCtrl=list(method='nlminb')))

anova(lmm_RI_indiK, lmm_RI_indiK_ohneBildung)

# Modell 3: Random Intercept + individuelle Kontrollvariablen + LR-Skala
lmm_RI_indiK_LRskala <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + (1|cntry),
                          data = analysedaten, weights = totalweight,
                          control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                              optCtrl=list(method='nlminb')))

summary(lmm_RI_indiK_LRskala)

BIC(lmm_RI_indiK_LRskala)
AIC(lmm_RI_indiK_LRskala)

analysedaten$lmm_RI_indiK_LRskala_est <- fitted(lmm_RI_indiK_LRskala)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RI_indiK_LRskala_est, weight = analysedaten$totalweight)

anova(lmm_RI_indiK, lmm_RI_indiK_LRskala)

lmm_RI_indiK_LRskala_ohneAge <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + (1|cntry),
                                  data = analysedaten, weights = totalweight,

```

```

        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RI_indiK_LRSkala_ohneAge, lmm_RI_indiK_LRSkala)

lmm_RI_indiK_LRSkala_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + age_zent + lrscale_zent + (1|centry
),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RI_indiK_LRSkala_ohneGeschlecht, lmm_RI_indiK_LRSkala)

lmm_RI_indiK_LRSkala_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ geschlecht + age_zent + lrscale_zent + (1|centry
),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RI_indiK_LRSkala_ohneBildung, lmm_RI_indiK_LRSkala)

# Modell 4: Random Slope LRSkala + individuelle Kontrollvariablen
lmm_RS_indiK_LRSkala <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
(1 + lrscale_zent | centry),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
summary(lmm_RS_indiK_LRSkala)

BIC(lmm_RS_indiK_LRSkala)
AIC(lmm_RS_indiK_LRSkala)

analysedaten$lmm_RS_indiK_LRSkala_est <- fitted(lmm_RS_indiK_LRSkala)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_indiK_LRSkala_est, weight = analysedaten$
totalweight)

anova(lmm_RS_indiK_LRSkala, lmm_RI_indiK_LRSkala)
anova(lmm_RI_indiK, lmm_RS_indiK_LRSkala)

lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneAge <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
(1 + lrscale_zent | centry),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneAge, lmm_RS_indiK_LRSkala)

lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscale_zent +
(1 + lrscale_zent | centry),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneBildung, lmm_RS_indiK_LRSkala)

lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscale_zent +
(1 + lrscale_zent | centry),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_indiK_LRSkala_ohneGeschlecht, lmm_RS_indiK_LRSkala)

# Modell 5: Random Slope fuer individuelle Variablen
lmm_RS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt | centry),
        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                            optCtrl=list(method='nlminb'))

summary(lmm_RS)

```



```

BIC(lmm_RS)
AIC(lmm_RS)

analysedaten$lmm_RS_est <- fitted(lmm_RS)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_est, weight = analysedaten$totalweight)

lmm_RS_ohneLR <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + (1 + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_ohneLR, lmm_RS)

lmm_RS_ohneLRRS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + lrscal_zent + (1 + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_ohneLRRS, lmm_RS)

lmm_RS_ohneArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscal_zent +
  wenigsozialkontakt + (1 + lrscal_zent + wenigsozialkontakt |
  centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_ohneArbeitsloswerden, lmm_RS)

lmm_RS_ohneRSArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscal_zent +
  wenigsozialkontakt + arbeitslos_werden +
  (1 + lrscal_zent + wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_ohneRSArbeitsloswerden, lmm_RS)

lmm_RS_ohneAge <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + (1 + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS, lmm_RS_ohneAge)

lmm_RS_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + (1 + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS, lmm_RS_ohneGeschlecht)

lmm_RS_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + (1 + lrscal_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS, lmm_RS_ohneBildung)

lmm_RS_ohneSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscal_zent +
  arbeitslos_werden + (1 + lrscal_zent + arbeitslos_werden |
  centry),

```

```

        data = analysedaten, weights = totalweight,
        control=lmerControl(optimizer="optimx",
                             optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_ohneSozialkontakte, lmm_RS)

lmm_RS_ohneRSSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
    arbeitslos_werden + wenigsozialkontakt +
    (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden | centry),
    data = analysedaten, weights = totalweight,
    control=lmerControl(optimizer="optimx",
                        optCtrl=list(method='nlminb')))
anova(lmm_RS_ohneRSSozialkontakte, lmm_RS)

# Modell 6: Random Slope mit GINI
lmm_RS_GINI <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) + (GINI | centry),
    data = analysedaten, weights = totalweight,
    control=lmerControl(optimizer="optimx",
                        optCtrl=list(method='nlminb')))

summary(lmm_RS_GINI)

BIC(lmm_RS_GINI)
AIC(lmm_RS_GINI)

analysedaten$lmm_RS_GINI_est <- fitted(lmm_RS_GINI)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_GINI_est, weight = analysedaten$totalweight)

anova(lmm_RS_GINI, lmm_RS)

lm_RS_GINI_ohneRSGINI <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
    arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry),
    data = analysedaten, weights = totalweight,
    control=lmerControl(optimizer="optimx",
                        optCtrl=list(method='nlminb')))
anova(lmm_RS_GINI, lm_RS_GINI_ohneRSGINI)

lmm_RS_GINI_ohneLR <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + GINI + (1 + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) + (GINI |
    centry),
    data = analysedaten, weights = totalweight,
    control=lmerControl(optimizer="optimx",
                        optCtrl=list(method='nlminb')))
anova(lmm_RS_GINI_ohneLR, lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneLRRS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos
    _werden +
    wenigsozialkontakt + GINI + (1 + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) + (GINI | centry),
    data = analysedaten, weights = totalweight,
    control=lmerControl(optimizer="optimx",
                        optCtrl=list(method='nlminb')))
anova(lmm_RS_GINI_ohneLRRS, lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent
    +
    wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent +
    wenigsozialkontakt |
    centry) + (GINI |
    centry),

```

```

                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneArbeitsloswerden , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneRSArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_
zent + arbeitslos_werden +
                                wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent +
                                                                wenigsozialkontakt |
                                                                centry) + (GINI |
                                                                centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneRSArbeitsloswerden , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
                                GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden | centry) + (GINI
                                | centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneSozialkontakte , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneRSSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent
+ arbeitslos_werden +
                                wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent +
                                                                arbeitslos_werden | centry)
                                + (GINI | centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneRSSozialkontakte , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscale_zent + arbeitslos_
werden +
                                wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_
                                werden +
                                                                wenigsozialkontakt | centry) + (
                                                                GINI | centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneGeschlecht , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneAlter <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
wichtigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
                                wenigsozialkontakt | centry) + (GINI
                                | centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneAlter , lmm_RS_GINI)

lmm_RS_GINI_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden
+
                                wenigsozialkontakt + GINI + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden
                                +
                                                                wenigsozialkontakt | centry) + (
                                                                GINI | centry) ,
                                data = analysedaten , weights = totalweight ,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx" ,
                                                        optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_GINI_ohneBildung , lmm_RS_GINI)

```

```

# Modell 7: Random Slope mit Erwerbsarbeitslosenquote
lmm_RS_arbeitslosquote <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden
      +
        wenigsozialkontakt | centry) + (
          arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

summary(lmm_RS_arbeitslosquote)

BIC(lmm_RS_arbeitslosquote)
AIC(lmm_RS_arbeitslosquote)

analysedaten$lmm_RS_arbeitslosquote_est <- fitted(lmm_RS_arbeitslosquote)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_arbeitslosquote_est, weight = analysedaten$
  totalweight)

anova(lmm_RS_arbeitslosquote, lmm_RS)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSarbeitslosenquote <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent +
      arbeitslos_werden +
        wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote, lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSarbeitslosenquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneLR <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + arbeitslos_
  werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + arbeitslos_werden +
      wenigsozialkontakt | centry) + (
        arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneLR, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneLRRS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + arbeitslos_werden +
      wenigsozialkontakt | centry) + (
        arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneLRRS, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_
      zent +
        wenigsozialkontakt |
          centry) + (
            arbeitslosenquote |
              centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

```

```

anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneArbeitsloswerden, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_
      zent +
        wenigsozialkontakt |
          centry) + (
            arbeitslosenquote |
              centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSArbeitsloswerden, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden
      | centry) + (arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneSozialkontakte, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_
      zent + arbeitslos_werden | centry)
    + (arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneRSSozialkontakte, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent +
      arbeitslos_werden +
        wenigsozialkontakt | centry) + (
          arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneGeschlecht, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneAlter <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent +
      arbeitslos_werden +
        wenigsozialkontakt | centry) + (
          arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneAlter, lmm_RS_arbeitslosquote)

lmm_RS_arbeitslosquote_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + arbeitslosenquote + (1 + lrscale_zent +
      arbeitslos_werden +
        wenigsozialkontakt | centry) + (
          arbeitslosenquote | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

```

```

anova(lmm_RS_arbeitslosquote_ohneBildung, lmm_RS_arbeitslosquote)

# Modell 8: Random Slope mit BIP/Kopf
analysedaten$z_BIP <- scale(analysedaten$BIP)
cor(analysedaten$BIP, analysedaten$z_BIP)
summary(analysedaten$z_BIP)

lmm_RS_BIP <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry) + (z_BIP | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

summary(lmm_RS_BIP)

BIC(lmm_RS_BIP)
AIC(lmm_RS_BIP)

analysedaten$lmm_RS_BIP_est <- fitted(lmm_RS_BIP)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_BIP_est, weight = analysedaten$totalweight)

anova(lmm_RS_BIP, lmm_RS)

lm_RS_BIP_ohneRSBIP <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_
  werden +
  wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

anova(lmm_RS_BIP, lm_RS_BIP_ohneRSBIP)

lmm_RS_BIP_ohneLR <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry) + (z_BIP |
  centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

anova(lmm_RS_BIP_ohneLR, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneLRRS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_
  werden +
  wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + arbeitslos_werden +
  wenigsozialkontakt | centry) + (z_BIP
  | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

anova(lmm_RS_BIP_ohneLRRS, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent +
  wenigsozialkontakt |
  centry) + (z_BIP |
  centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

anova(lmm_RS_BIP_ohneArbeitsloswerden, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneRSArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent
  + arbeitslos_werden +

```

```

wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent +
                                wenigsozialkontakt |
                                centry) + (z_BIP |
                                centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneRSArbeitsloswerden, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
    arbeitslos_werden +
                                z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden | centry) + (
                                z_BIP | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneSozialkontakte, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneRSSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
    arbeitslos_werden +
                                wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent +
                                arbeitslos_werden | centry)
+ (z_BIP | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneRSSozialkontakte, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscale_zent + arbeitslos_werden
+
                                wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_
    werden +
                                wenigsozialkontakt | centry)
+ (z_BIP | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneGeschlecht, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneAlter <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) +
    (z_BIP | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneAlter, lmm_RS_BIP)

lmm_RS_BIP_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + z_BIP + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden
+
                                wenigsozialkontakt | centry)
+ (z_BIP | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
                    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_BIP_ohneBildung, lmm_RS_BIP)

# Modell 9: Random Slope mit Sozialausgaben/Kopf
analysedaten$z_sozialausgaben <- scale(analyzedaten$sozialausgaben)
cor(analysedaten$sozialausgaben, analysedaten$z_sozialausgaben)
summary(analysedaten$z_sozialausgaben)

```

```

lmm_RS_sozialausgaben <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden
    +
      wenigsozialkontakt | centry) + (z_
      sozialausgaben | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))

summary(lmm_RS_sozialausgaben)

BIC(lmm_RS_sozialausgaben)
AIC(lmm_RS_sozialausgaben)

analysedaten$lmm_RS_sozialausgaben_est <- fitted(lmm_RS_sozialausgaben)
wtd.cors(analysedaten$aufgaben, analysedaten$lmm_RS_sozialausgaben_est, weight = analysedaten$
  totalweight)

anova(lmm_RS_sozialausgaben, lmm_RS)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSsozialausgaben <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent +
    arbeitslos_werden +
      wenigsozialkontakt | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben, lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSsozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneLR <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + arbeitslos_werden
  +
    wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) +
    (z_sozialausgaben | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneLR, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneLRRS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent +
  arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + arbeitslos_werden +
    wenigsozialkontakt | centry) +
    (z_sozialausgaben | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneLRRS, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent +
    wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent
    +
      wenigsozialkontakt |
      centry) +
    (z_sozialausgaben | centry),
  data = analysedaten, weights = totalweight,
  control=lmerControl(optimizer="optimx",
    optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneArbeitsloswerden, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSArbeitsloswerden <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
  lrscale_zent + arbeitslos_werden +

```



```

wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_
zent +
wenigsozialkontakt |
centry)
+ (z_sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSArbeitsloswerden, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
lrscale_zent + arbeitslos_werden +
z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden |
centry) + (z_sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneSozialkontakte, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSSozialkontakte <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht +
lrscale_zent + arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent
+ arbeitslos_werden | centry)
+ (z_sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneRSSozialkontakte, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneGeschlecht <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt | centry) + (
z_sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneGeschlecht, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneAlter <- lmer(aufgaben ~ edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos
_werden +
wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt | centry) + (z_
sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneAlter, lmm_RS_sozialausgaben)

lmm_RS_sozialausgaben_ohneBildung <- lmer(aufgaben ~ age_zent + geschlecht + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt + z_sozialausgaben + (1 + lrscale_zent +
arbeitslos_werden +
wenigsozialkontakt | centry) + (z_
sozialausgaben | centry),
data = analysedaten, weights = totalweight,
control=lmerControl(optimizer="optimx",
optCtrl=list(method='nlminb'))
anova(lmm_RS_sozialausgaben_ohneBildung, lmm_RS_sozialausgaben)

```

*# Random Slope auf Basis Regionen*

```

analysedaten_regio <- data.frame(ess8filt$cntry, ess8filt$pspwght, ess8filt$pweight, ess8filt$
totalweight,
                                ess8filt$wenigsozialkontakt, ess8filt$arbeitslos_werden,
                                ess8filt$lrscale_zent, ess8filt$geschlecht, ess8filt$age_zent,
                                ess8filt$edu_zent, ess8filt$arbeitslosenquote, ess8filt$BIP,
                                ess8filt$GINI, ess8filt$sozialausgaben, ess8filt$regime, ess8filt$
                                gvslvol,
                                ess8filt$gvslvue, ess8filt$gvclcdr, ess8filt$essround, ess8filt$region)
colnames(analysedaten_regio) <- c("cntry", "pspwght", "pweight", "totalweight",
                                "wenigsozialkontakt", "arbeitslos_werden",
                                "lrscale_zent", "geschlecht", "age_zent",
                                "edu_zent", "arbeitslosenquote", "BIP",
                                "GINI", "sozialausgaben", "regime", "gvslvol", "gvslvue",
                                "gvclcdr", "essround", "region")
analysedaten_regio <- analysedaten_regio[complete.cases(analysedaten_regio), ]
analysedaten_regio$region <- as.factor(analysedaten_regio$region)
analysedaten_regio$aufgaben <- (analysedaten_regio$gvclcdr + analysedaten_regio$gvslvol +
                                analysedaten_regio$gvslvue) / 3
analysedaten_regio$aufgaben <- as.vector(analysedaten_regio$aufgaben)

lmm_regio_RS <- lmer(aufgaben ~ age_zent + edu_zent + geschlecht + lrscale_zent + arbeitslos_werden
+
                                wenigsozialkontakt + (1 + lrscale_zent + arbeitslos_werden +
                                wenigsozialkontakt | region),
                                data = analysedaten_regio, weights = totalweight,
                                control=lmerControl(optimizer="optimx",
                                optCtrl=list(method='nlminb'))

summary(lmm_regio_RS)

BIC(lmm_regio_RS)
AIC(lmm_regio_RS)

analysedaten_regio$lmm_regio_RS_est <- fitted(lmm_regio_RS)
wtd.cors(analysedaten_regio$aufgaben, analysedaten_regio$lmm_regio_RS_est, weight = analysedaten_
regio$totalweight)

```